

**94. Sitzung**

**Freitag, den 25. Juni 2010**

**Mainz, Deutschhaus**

**Fragestunde**

– Drucksache 15/4731 – ..... 5562

*Die Mündlichen Anfragen Nummern 9 bis 23 werden wegen Ablaufs der Fragestunde gemäß § 98 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags in Kleine Anfragen umgewandelt.*

*Der Antrag der Fraktion der CDU, eine Aussprache gemäß § 99 der Geschäftsordnung des Landtags zu der Mündlichen Anfrage Nummer 6 durchzuführen, wird vom Präsidenten des Landtags gemäß § 99 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags zurückgewiesen, da in der 93. Plenarsitzung am 24. Juni 2010 zu dem Thema bereits eine Aktuelle Stunde stattgefunden hat.....* 5576

*Auf Antrag der Fraktion der SPD findet eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage Nummer 5 statt. ....* 5577

**Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Verwendung und den Umgang der CDU-Fraktion mit Fraktionsgeldern, den vom Landesrechnungshof festgestellten Unstimmigkeiten und der politischen Verantwortung hierfür  
 Antrag des Abgeordneten Jochen Hartloff (SPD) und 52 weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/4687 – ..... 5584

*Der Antrag des Abgeordneten Jochen Hartloff (SPD) und 52 weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4687 – wird in namentlicher Abstimmung wie folgt mit Mehrheit angenommen:*

Abgegebene Stimmen:	96
Ungültige Stimmen:	0
Gültige Stimmen	96

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	46
Enthaltungen:	0

*Herr Abg. Herbert Mertin wird bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU, ansonsten einstimmig, zum Vorsitzenden, Herr Abg. Clemens Hoch wird mit Mehrheit zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses gewählt. ....* 5590

*Die Wortmeldung des Herrn Abg. Bracht zur Geschäftsordnung wird vom Präsidenten des Landtags aus den Gründen des § 33 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtags zurückgewiesen. ....* 5591

**Situation der Diabeteskranken in Rheinland-Pfalz**

**Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksachen 15/4366/4592/4646 – ..... 5591

*Der Tagesordnungspunkt ist mit seiner Besprechung erledigt. ....* 5596

**Erster Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz sowie Stellungnahme der Landesregierung zum ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz  
Besprechung des Berichts sowie der Stellungnahme der Landesregierung (Drucksache 15/4550, Vorlage 15/5135) auf Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP**

– Drucksache 15/4626 – ..... 5596

*Der Bericht und die Stellungnahmen werden zur Besprechung an den Ausschuss für Bildung und Jugend überwiesen. ....* 5596

**Bericht der Landesregierung über die innere Sicherheit und den Stand der Verbrechensbekämpfung für die Jahre 2007 bis 2009 in Rheinland-Pfalz  
Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 15/4514) auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/4589 – ..... 5596

*Der Tagesordnungspunkt ist mit seiner Besprechung erledigt. ....* 5603

**Tierschutzbericht 2008/2009**

**Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 15/4538) auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/4590 – ..... 5603

*Der Bericht der Landesregierung wird zur Besprechung an den Ausschuss für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz überwiesen. ....* 5603

**Anlage**

**Am Regierungstisch:**

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsministerin Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering, Dr. Carsten Kühl; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

**Entschuldigt fehlten:**

Vizepräsidentin Hannelore Klamm; die Abgeordneten Marlies Kohnle-Gros, Elfriede Marmann-Kunz, Fritz Presl; die Staatssekretäre Alexander Schweitzer und Dr. Rüdiger Messal.

**Rednerverzeichnis:**

Abg. Auler, FDP:.....	5600
Abg. Baldauf, CDU: .....	5567, 5568, 5569
Abg. Bracht, CDU: .....	5567, 5568, 5576, 5586, 5590, 5591
Abg. Dr. Enders, CDU: .....	5591
Abg. Dr. Schmitz, FDP:.....	5564, 5565, 5566, 5580, 5594
Abg. Dr. Wilke, CDU: .....	5568, 5570
Abg. Eymael, FDP: .....	5590
Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:.....	5575
Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD: .....	5565
Abg. Frau Ebli, SPD:.....	5592
Abg. Frau Fink, SPD:.....	5573
Abg. Frau Schäfer, CDU:.....	5565, 5579
Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:.....	5575, 5576, 5591
Abg. Frau Schneider, CDU:.....	5570, 5575
Abg. Frau Thelen, CDU: .....	5569, 5570
Abg. Guth, SPD: .....	5562, 5564, 5565, 5566, 5577, 5582
Abg. Hartloff, SPD: .....	5569, 5584, 5589
Abg. Hüttner, SPD: .....	5566, 5596
Abg. Lammert, CDU: .....	5598
Abg. Licht, CDU: .....	5569, 5570
Abg. Mertin, FDP: .....	5587
Abg. Schreiner, CDU: .....	5583
Abg. Strutz, FDP:.....	5571, 5573
Bruch, Minister des Innern und für Sport:.....	5571, 5573
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:.....	5595
Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:.....	5562, 5564, 5565, 5566
.....	5567, 5573, 5575, 5581
Lewentz, Staatssekretär: .....	5601
Stadelmaier, Staatssekretär: .....	5567, 5568, 5569, 5570
Präsident Mertes:.....	5562, 5564, 5565, 5566, 5567, 5568, 5569, 5570
.....	5571, 5573, 5574, 5575, 5576, 5577
Vizepräsident Bauckhage:.....	5579, 5580, 5581, 5582, 5583, 5584, 5586, 5587
.....	5589, 5590, 5591, 5592, 5593, 5595
Vizepräsident Schnabel:.....	5596, 5598, 5600, 5601, 5603

**94. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz  
am 25. Juni 2010**

Die Sitzung wird um 9:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

**Präsident Mertes:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich zur 94. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich die Kollegen David Langner und Dr. Gisela Born-Siebicke. Herr Abgeordneter Langner führt die Redeliste.

Entschuldigt sind für heute Frau Vizepräsidentin Hannelore Klamm sowie die Abgeordneten Marlies Kohnle-Gros, Elfriede Marmann-Kunz und Fritz Presl sowie die Staatssekretäre Alexander Schweitzer und Dr. Rüdiger Messal.

Wir haben die Tagesordnung bereits beschlossen. Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

**Fragestunde**

– Drucksache 15/4731 –

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Jens Guth, Margit Mohr, Ulla Brede-Hoffmann und Dr. Lars Kützing (SPD), Verlagerung von Fluglärm durch mögliche Änderungen der Flugrouten am Flughafen Frankfurt/Main** – Nummer 5 der Drucksache 15/4731 – betreffend, auf.

Herr Kollege Guth trägt die Fragen vor. – Bitte schön.

**Abg. Guth, SPD:**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung zu geplanten Änderungen der Flugrouten am Flughafen Frankfurt/Main im Einzelnen und wann sollen diese umgesetzt werden?

(Unruhe im Hause)

2. Welche Auswirkungen hätte dies auf die Gemeinden in Rheinland-Pfalz, insbesondere im rheinhessischen Landesteil und für die Landeshauptstadt Mainz?

3. Hält es die Landesregierung für notwendig, – – –

(Unruhe im Hause –  
Glocke des Präsidenten)

**Präsident Mertes:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, Sie schenken dem Vortragenden relativ wenig Aufmerksamkeit!

**Abg. Guth, SPD:**

Danke schön, Herr Präsident.

3. Hält es die Landesregierung für notwendig, dass zukünftig Land und stark betroffene Kommunen bei gravierenden Änderungen der Flugrouten am Flughafen Frankfurt/Main ein qualifiziertes Mitspracherecht erhalten, insbesondere dann, wenn mit einer erheblichen zusätzlichen Lärmbelastung zu rechnen ist?
4. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass es durch Fluglärm, insbesondere in der Nacht, zu gesundheitlichen Risiken bei der betroffenen Bevölkerung kommen kann?

**Präsident Mertes:**

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatsminister Hering. – Bitte schön.

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr,  
Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die rheinland-pfälzische Landesregierung steht aufgrund der Struktur- und Beschäftigungswirkungen des Ausbaus des Flughafens Frankfurt/Main zu diesem Vorhaben. Andererseits ist der Schutz der Gesundheit der vom Fluglärm betroffenen Menschen sicherzustellen. Unzumutbare Belästigungen sind zu vermeiden. Die Landesregierung hat sich daher bei den verschiedenen Planungsverfahren dafür eingesetzt, dass die mit dem Flughafen Frankfurt/Main verbundenen Lärmbelastigungen möglichst gering bleiben.

Die Landesregierung hält es für inakzeptabel, dass die hessische Landesregierung das zugesagte Nachtflugverbot nicht umsetzt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie sieht deshalb in den bisherigen Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofs Kassel zum Planfeststellungsbeschluss eine klare Bestätigung ihrer Forderung, in der Gesamtabwägung dem Lärmschutz der Bevölkerung das gebührende Gewicht beizumessen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen im Einzelnen wie folgt:

Zu Frage 1: Derzeit werden Mainz und Rheinhessen hauptsächlich bei Ostwindwetterlagen durch Anflüge belastet. In der Nacht besteht bislang eine spezielle Abflugroute, die auf rheinland-pfälzischem Gebiet über Nierstein, Harxheim und Nieder-Olm verläuft und sich bei Ober-Olm aufspaltet, die sogenannte Südwest-Umfliegung.

Nach den Planfeststellungsunterlagen des Flughafenbetreibers Fraport zum Bau der neuen Landebahn Nordwest sollen die Flugbewegungen auf der Südwest-Umfliegung in den Nacht- und Tagstunden bei West-

windwetterlagen weiter steigen. Der Umfang der Belegung dieser Route ist nach Aussagen der Deutschen Flugsicherung noch offen. Hinzu kommen voraussichtlich weitere Lärmbelastigungen am Tage bei Westwind durch eine neue Abflugroute.

Bisher sind die Abflüge bei der bestehenden Nord- oder Südbahn bei Westwind direkt nach Norden bzw. Nordwesten über den Taunus erfolgt. Jets, die von der bestehenden Nord- und Südbahn starten, werden nach dem Ausbau verstärkt eine neue Route nehmen, die südlicher verläuft als heute. Die neue Strecke verläuft auf rheinland-pfälzischem Gebiet über Laubenheim, Weisenau und Teilen der Innenstadt bzw. über Bodenheim, Klein-Winternheim oder Ober-Olm.

Die Deutsche Flugsicherung führt für diese neue, südlich verlaufende Abflugroute Sicherheitsgründe an. Hintergründe hierfür seien Flugzeuge, die bei Westwind aus Osten kommen, auf der neuen Nordwestbahn landen wollen und bei Notfällen durchstarten müssen. Mit der neuen Südroute soll vermieden werden, dass sich durchstartende Flugzeuge mit regulär startenden Jets kreuzen, die auf der bisherigen Tambun-Route in nördlicher Richtung über den Taunus abfliegen. Das neue Flugroutenkonzept soll mit Inbetriebnahme der neuen Landebahn Nordwest in der zweiten Jahreshälfte 2011 umgesetzt und verbindlich festgelegt werden.

Zu Frage 2: Durch die neue Landebahn Nordwest werden nach jetziger Einschätzung bis zu 250.000 zusätzliche Flugbewegungen pro Jahr möglich sein. Die Lärmbelastung im Rhein-Main-Gebiet wird daher zwangsläufig weiter zunehmen.

Sollten die von der Deutschen Flugsicherung geplanten neuen Abflugrouten umgesetzt werden, ist mit einer weiteren deutlichen Zunahme der Lärmbelastung über Mainz und Rheinhessen zu rechnen. Im Ergebnis wären die Stadt Mainz und Rheinhessen nicht nur durch Anflüge bei Ostwind – Betriebsrichtung 07 –, sondern zukünftig auch durch Abflüge bei Westwind – Betriebsrichtung 25 – mit Fluglärm belastet.

Nach Angaben des Forums „Flughafen und Region“, dem Nachfolger des Regionalen Dialogforums, sollen am 29. Juni 2010 Vorschläge des Expertengremiums „Aktiver Schallschutz und Antilärmpaket“ vorgestellt werden. Es bleibt abzuwarten, ob und in welchem Umfang die Stadt Mainz und das angrenzende Rheinhessen von den Auswirkungen des Maßnahmenpaketes profitieren können. Unabhängig hiervon haben die grundsätzlichen Planungen der Deutschen Flugsicherung hinsichtlich der Neuordnung des Flugroutensystems für Abflüge bei Westwind nach wie vor Bestand.

Bei der Gestaltung von Flugrouten sind umfangreiche Vorgaben der Internationalen Zivilen Luftfahrtorganisation – ICAO – zu beachten. Da es sich hierbei um eine sehr komplexe Materie handelt, beabsichtigt die Landesregierung daher, die von der Deutschen Flugsicherung erstellte Konzeption gutachterlich prüfen zu lassen. Wesentliche Aufgabe des Gutachtens wird es sein, das Flugroutenkonzept der Deutschen Flugsicherung zu überprüfen und die Möglichkeiten alternativer Flugrouten

auszuloten. Ziel der Studie ist die Verminderung der Fluglärmbelastung für die rheinland-pfälzische Bevölkerung.

Die Vorbereitungen für die Vergabe einer solchen luftverkehrstechnischen Expertise haben inzwischen begonnen. Mit dem Ergebnis der gutachterlichen Prüfung wird nach dem jetzigen Verfahrensstand bis Ende des Jahres 2010 gerechnet. Das Land Rheinland-Pfalz steht in diesem Zusammenhang auch mit der Stadt Mainz im Gespräch, um alle Möglichkeiten für eine weniger belastende Gestaltung der Flugrouten für Mainz und Rheinhessen auszuloten.

Zu Frage 3: Die Flugrouten werden von der Deutschen Flugsicherung erarbeitet und dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung – BAF – zur Entscheidung vorgelegt. Rechtsverbindlichkeit erhalten die Flugrouten erst mit dem Erlass einer Rechtsverordnung durch das BAF im Benehmen mit dem Umweltbundesamt. Rechtliche Möglichkeiten des Landes und der Kommunen zur wirksamen Einflussnahme auf die Flugrouten sind daher derzeit nicht gegeben. Hinsichtlich der Festlegung von Flugrouten weise ich darauf hin, dass für die beteiligten Stellen auf Bundesebene die Sicherheit und Leichtigkeit des Luftverkehrs im Vordergrund stehen. Aspekte des Lärmschutzes sind zwar in der Gesamtabwägung zu berücksichtigen, diese sind aber im Ergebnis bedauerlicherweise nachrangig. Die Einräumung eines qualifizierten Mitspracherechts bei der Flugroutenfestlegung für ein Land bzw. für Kommunen würde eine Änderung der maßgeblichen Bundesbestimmungen in der Luftverkehrsordnung erfordern.

Dies ist kurzfristig bis zur Festlegung der neuen Flugrouten für den Flughafen Frankfurt/Main bis Ende des Jahres 2011 nicht zu erwarten. Vor diesem Hintergrund strebt die Landesregierung zumindest an, zukünftig in der Fluglärmkommission für den Flughafen Frankfurt/Main vertreten zu sein, um sich aktiv in die Fluglärm Diskussion einbringen zu können.

Zu Frage 4: Der Schutz der Gesundheit der vom Fluglärm betroffenen Menschen hat für die Landesregierung einen hohen Stellenwert. Ungeachtet der Diskussionen in der Fachwelt über die wissenschaftliche Tragfähigkeit der aktuellen Studien von Professor Greiser ist unbestritten, dass Lärm im Allgemeinen zu Erkrankungen führen kann. Fluglärm wird dabei als besonders belastend und störend empfunden.

Die Landesregierung hat deshalb bereits im November 2009 einen Entschließungsantrag im Bundesrat zur Verbesserung des Verkehrslärmschutzes eingebracht. In dem Antrag wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, den luftverkehrsrechtlichen Schutz zum Schutz der Bevölkerung gegen Fluglärm zulasten des Ruhebedürfnisses der Bevölkerung in den Nachtstunden nicht zu verändern.

Die Landesregierung vertritt dabei den klaren Standpunkt, dass die bisherigen Regelungen im Luftverkehrsgesetz zur Begrenzung von Nachtflügen zukünftig nicht wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden dürfen.

Im Bundesrat steht eine abschließende Beschlussfassung über den Entschließungsantrag derzeit noch aus. Nach Informationen der Landesregierung bereitet das Bundesverkehrsministerium derzeit eine Änderung des Luftverkehrsgesetzes vor, mit der die Anforderungen an die Zulässigkeit von Nachtflügen zukünftig vermindert werden sollen.

Im Zuge der Beratungen im Bundesrat wird auch das Land Hessen letztlich Farbe bekennen müssen, welchen Stellenwert es dem Schutz der Anwohner am Flughafen Frankfurt/Main beimisst oder nicht. Die rheinland-pfälzische Landesregierung fordert im Interesse der Glaubwürdigkeit der Politik, dass das ehemals versprochene Nachtflugverbot für den Flughafen Frankfurt/Main nicht infrage gestellt werden darf.

So weit zur Beantwortung.

(Beifall der SPD)

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage des Kollegen Dr. Schmitz.

**Abg. Dr. Schmitz, FDP:**

Herr Minister, in der Vorlage für den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr vom 21. Juni 2010 ist eine Statistik auf Seite 2 enthalten, in der man bezüglich der Flugroutenbelegungen den Ist-Zustand mit dem Planungsfall 2020 vergleicht. Unter „Neue Route“ wird aufgeführt: Derzeit Tag null, also keine Flugbewegungen, und auf der neuen Route 36.184. Entspricht das der Wirklichkeit, oder ist das ein Fehler in der Dezimalstelle?

Eine zweite Frage möchte ich vielleicht gleich noch mit stellen.

**Präsident Mertes:**

Diese müssen Sie dann extra stellen, Herr Dr. Schmitz.

**Abg. Dr. Schmitz, FDP:**

Ist recht, Herr Präsident.

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Die Zahlen, die Sie so zitiert haben, wie sie in der Vorlage stehen, sind korrekt. Das ist die Dramatik, die wir Ihnen aufgezeigt haben. Es geht im Jahr um 250.000 Flugbewegungen mehr. Bisher waren Rheinhessen und Mainz nur bei Ostwind betroffen gewesen. Nach der jetzigen Planung der Deutschen Flugsicherung wird das künftig auch bei Westwind der Fall sein. Das gibt diese dramatischen Mehrbelastungen. Deswegen ist es wichtig, dass wir tätig werden.

Ich halte es deswegen für einen Skandal, dass man am Nachtflugverbot nicht festhält; denn die Akzeptanz des

Ausbaus, auch die vom Grunde her positive Stellungnahme des Landes, war an die Zusage geknüpft, dass das Nachtflugverbot eingehalten wird.

Ohne Nachtflugverbot ist diese Lärmbelästigung für die Menschen im Rhein-Main-Gebiet und in Rheinhessen unzumutbar und nicht akzeptabel.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP)

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage des Kollegen Guth.

**Abg. Guth, SPD:**

Herr Minister, mit der neuen geplanten Südroute sind Gemeinden betroffen, die bislang überhaupt noch nicht von Fluglärm betroffen waren, so beispielsweise Guntersblum, Gau-Odernheim oder Wörrstadt.

Ich frage Sie: Wissen Sie, wie der Flughafen Frankfurt diese Gemeinden über das informieren will, was auf sie zukommt?

Zweite Frage: Welche Möglichkeit haben die Kommunen selbst, gegen diese geplante Flugroutenänderung und den damit folgenden Einschnitt in der Lebensqualität und auch Wertminderung der Grundstücke vorzugehen?

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Wir halten die Art und Weise, wie informiert wird und wie betroffene Kommunen auch eingebunden werden, bei Weitem nicht für ausreichend, weil Kommunen nicht so aktiv darüber informiert wurden, welche dramatische Belastung zukünftig auf sie zukommen wird.

Wir haben auch die Entscheidung getroffen, ein Gutachten in Auftrag zu geben, weil ein gewisses gesundes Misstrauen angebracht ist. Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass auch die Landesregierung Rheinland-Pfalz, die gemeinsam mit Hessen in dem Projektflughafen Hahn eingestiegen ist, im Vertrauen auf die Zusage überprüfen will, ob die vorgeschlagenen Flugrouten wirklich diejenigen sind, die technisch die einzigen und nach den Vorschriften möglich sind, oder ob sie ausgewählt worden sind, um eventuell Belastungen in anderen Regionen zu vermindern. Das werden wir untersuchen, ob es also Alternativen gibt. Wir werden dann die sehr kritische Frage stellen, warum diese Alternativen nicht genutzt wurden.

Zur Frage der rechtlichen Möglichkeiten möchte ich feststellen, bisher sind die Flugrouten nicht im Planfeststellungsbeschluss geregelt. Die Festsetzung erfolgt durch das Bundesaufsichtsamt (BAF). Im Einvernehmen mit dem Bundesumweltamt werden sie dann als Rechtsverordnung festgelegt. Erst dann bestehen Möglichkeiten, rechtlich dagegen vorzugehen. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es solche Möglichkeiten nicht.

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage des Kollegen Dr. Schmitz.

**Abg. Dr. Schmitz, FDP:**

Herr Minister, die Landesregierung strebt die Mitarbeit in der Fluglärmkommission an. Welche Aussichten für die Mitarbeit sehen Sie? In welchem Zeitrahmen wird das noch Einfluss auf die jetzt anstehenden Entscheidungen nehmen können?

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Der Vorsitzende der Fluglärmkommission war auch Teilnehmer einer Sendung des SWR. Er hat die Zusage gemacht, wenn ein Gutachten der Landesregierung Rheinland-Pfalz, das von ihm ausdrücklich begrüßt wurde, vorliegt, wird sich die Fluglärmkommission damit beschäftigen.

Wir werden als Landesregierung Rheinland-Pfalz an die hessische Landesregierung den Wunsch herantragen, in die Fluglärmkommission aufgenommen zu werden. Ich würde es schon als sehr bedenklich betrachten, wenn wir die Antwort von der hessischen Landesregierung bekämen, wir dürften nicht Mitglied der Fluglärmkommission werden. Das würde ich für sehr bemerkenswert halten und würde dann auch Worte finden, das zu kommentieren. Dann würden wir auch hier beraten, wie wir mit einer solchen Antwort umgehen würden.

Ich gehe davon aus, sie werden uns selbstverständlich in die Fluglärmkommission aufnehmen und keine Bedenken dagegen haben, dass das, was dort erarbeitet wurde, von Gutachtern überprüft wird. Wir werden das in den nächsten ein bis zwei Wochen klären.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Guth.

**Abg. Guth, SPD:**

Herr Minister, in den letzten Jahren gab es einige Bürgerinitiativen. Ganz aktuell hat sich auch eine Fluglärminitiative Rheinhausen gegründet. Wie beurteilen Sie diese Bürgerinitiativen? Gab es auch bereits Kontakte und Gespräche zur Landesregierung?

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Es gibt Kontakte der Bürgerinitiativen mit der Landesregierung. Herr Staatssekretär Schweitzer hat auch kürzlich mit diesen ein Gespräch geführt. Wir werden selbstverständlich den Dialog mit den Bürgerinitiativen fortführen und die wertvolle Arbeit, die dort geleistet wird, aufnehmen. Dort ist mittlerweile ein hoher Sachverstand vorhanden.

Es gibt in den Bürgerinitiativen natürlich eine tiefe Enttäuschung und Misstrauen, weil man sich vom Flughafen und insbesondere von der hessischen Landesregierung hereingelegt fühlt und Wortbruch begangen wurde, weil das Nachtflugverbot nicht eingehalten wird. Es gibt große Ängste bei der Bevölkerung in Rheinhausen und Mainz, was an Belastungen auf sie zukommt.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage der Kollegin Schäfer.

**Abg. Frau Schäfer, CDU:**

Herr Minister, welche konkreten Schritte haben Sie bisher gegenüber der hessischen Landesregierung unternommen, das heißt, wie viele Gespräche haben Sie bzw. der Ministerpräsident mit dem hessischen Ministerpräsidenten geführt? Was gab es für Schreiben usw., um zu erreichen, dass es unter anderem mögliche Routenverlegungen gibt?

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Es gibt verschiedene Gespräche mit der hessischen Landesregierung zu dieser Thematik. Sie wissen, dort gibt es eine klare Positionierung, und zwar der hessischen Landesregierung, des derzeitigen Ministerpräsidenten Koch – das möchte ich ausführen – und des Koalitionspartners bezüglich des Nachtflugverbotes.

Frau Schäfer, ich bin gespannt, wie die Rückäußerung von Ihrer Seite aussieht. Wir hatten im September 2009 eine Debatte im Landtag über das Nachtflugverbot gehabt. Ich habe die übereinstimmende Auffassung der Fraktionen zur Kenntnis genommen, dass wir dafür sind, dass das Nachtflugverbot eingehalten wird. Wir haben damals über gemeinsame Gespräche zwischen der Sozialdemokratischen Partei in Rheinland-Pfalz mit Hessen berichtet. Wir hatten gebeten bzw. aufgefordert, Ihrerseits Gespräche mit Ihren Kollegen in Hessen zu führen. Wir haben von Ihnen noch keine Rückäußerung bekommen, wie die Gespräche verlaufen sind. Wir hoffen, dass Sie dort in der Lage sind, Ihre Kollegen zu bewegen, zu ihren Zusagen zu kommen, um von einem Wortbruch Abstand zu nehmen. Ich hoffe, Sie werden dort mehr Erfolg haben als wir. Wir waren leider nicht erfolgreich gewesen, die CDU Hessen von ihrem Wortbruch abzubringen.

(Beifall der SPD –  
Frau Siegrist, SPD: Sehr schön!)

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Brede-Hoffmann.

**Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:**

Herr Minister, hat es Initiativen und Angebote vom Flughafen Hahn an den Flughafen Frankfurt gegeben, im

Bereich des Kontingents von Nachtflügen, das am Hahn zur Verfügung steht, Flüge zu übernehmen und auf diese Art und Weise dem Flughafen Frankfurt die Möglichkeit zu bieten, auf die jetzt offensichtlich geplanten Nachtflüge, die die ganze Region terrorisieren würden, zu verzichten?

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Es gibt eine Vielzahl von Angeboten des Flughafens Frankfurt-Hahn an den Flughafen Frankfurt/Main, Nachtflugkontingente zu übernehmen. Man muss berücksichtigen, dass das Land Hessen 20 Millionen Euro in den Flughafen Hahn investiert hat. Sie haben eine Flughafenkooperation mit dieser Zielsetzung vereinbart. Die damalige erklärte Absicht bzw. die Zusage des Landes Hessen war, nach dem Ausbau sollen nachts keine Flüge mehr am Flughafen Frankfurt/Main im Interesse der Menschen vorgenommen werden. Dafür wird dann zum Teil der Flughafen Frankfurt-Hahn genutzt. Das war der eigentliche Grund der Zusammenarbeit der Länder für den Flughafen Frankfurt-Hahn.

Wir haben in einem Gutachten nachgewiesen, dass der Flughafen in Auftrag gegeben hat, dass Nachtflüge ohne wirtschaftlichen Schaden von Frankfurt nach Hahn verlagert werden können. Das geht ohne finanzielle Belastung der Airlines und ohne, dass Arbeitsplätze verloren gehen. Ihre Frage kann man mit einem klaren Ja beantworten, es gibt ständig diese Angebote, dass wir bereit sind, ein gewisses Kontingent an Nachtflügen zu übernehmen. Das erbringt für den Flughafen Hahn Vorteile. Dort kann ein weiteres Wachstum stattfinden. Das ist immer in der Zukunftskonzeption des Flughafens Frankfurt-Hahn enthalten gewesen. Wir sind ein bisschen enttäuscht, weil es ein Wortbruch ist gegenüber den Zusagen für den Flughafen Frankfurt-Hahn.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Guth.

**Abg. Guth, SPD:**

Herr Minister, im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung steht, dass das Luftverkehrsgesetz, insbesondere § 29 b, zugunsten wirtschaftlicher Interessen geändert werden soll. Sie sind kurz darauf eingegangen. Heißt das, dass dieser Gesetzentwurf im Bundesrat zustimmungspflichtig ist? Wie schätzen Sie die Zustimmung im Bundesrat ein? Wie wird sich Rheinland-Pfalz dabei verhalten? Wäre die Konsequenz, wenn die Änderung durchgeht, dass dann generell bundesweit Nachtflugverbote gestrichen werden könnten?

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Wir gehen davon aus, dass dies ein zustimmungspflichtiges Gesetz ist. Wir werden ein solches Vorhaben im Bundesrat ablehnen. Ich würde das auch für die Steige-

rung des Wortbruches halten; denn die Nachtflugverbote wurden im Planfeststellungsbeschluss mit folgender Begründung der hessischen Landesregierung geregelt: Ihr sei es rechtlich nicht möglich, ein komplettes Nachtflugverbot zu regeln. – Das war die Begründung der hessischen Landesregierung.

Wir haben nunmehr die Entscheidung des höchsten hessischen Verwaltungsgerichtes mit der Aussage, ein Nachtflugverbot muss geregelt werden. Also, diese Ausrede, sie sei verpflichtet, Nachtflüge zuzulassen, ist vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof nicht geteilt worden. Das Gegenteil ist der Fall. Sie sagen, es muss ein Nachtflugverbot kommen.

Wer jetzt hergeht und sagt, wir ändern dann das Gesetz, das dem zugrunde liegt, um wieder Nachtflüge zu erlauben, dann würde ich das als die Steigerung des Wortbruches erachten. Das Zutrauen zur Bundesregierung ist aufgrund ihres Verhaltens der ersten acht Monate nicht sehr groß. Ich hoffe jedoch, sie lässt sich nicht zum Instrument eines solchen Wortbruches machen.

(Beifall der SPD)

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Hüttner.

**Abg. Hüttner, SPD:**

Herr Minister, ist Ihnen bekannt, ob Prüfungen stattfinden, in welchem Maß auch andere Anflugtechniken, also Gleitflug oder Ähnliches, oder andere Höhen im Anflug möglich sind?

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Dies wird derzeit überprüft. Ich gehe davon aus, dass die Ankündigungen des Vorstandsvorsitzenden der Fraport und des regionalen Dialogforums, Vorschläge am 29. Juni zu veröffentlichen, in diese Richtung gehen. Mit Änderung der Anflughöhen kann eine deutliche Reduzierung erreicht werden. Ein Modell hierfür ist das, was bei anderen Flughäfen, zum Beispiel in London Heathrow, ermöglicht wurde. Da hat man deutliche Reduzierungen erreicht. Dies wurde allerdings von Fraport bezüglich der Belastungen und der Einschränkung der Kapazitäten abgelehnt.

**Präsident Mertes:**

Eine dritte Zusatzfrage des Herrn Kollegen Schmitz. Ich möchte dann die Frageliste schließen.

**Abg. Dr. Schmitz, FDP:**

Herr Minister, welche Rechtsbehelfe mit aufschiebender Wirkung gegen die Entscheidung des Bundesauf-

sichtsames für Flugsicherung sind für die Landesregierung gangbar?

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Die Regelung erfolgte in Form einer Rechtsverordnung und den dann möglichen Rechtsmitteln. Das werden wir parallel zu dem Gutachten, das wir jetzt bezüglich der Flugrouten erstellen lassen, prüfen. Das wird Gegenstand des Abwägungsprozesses für die Rechtsverordnungen sein müssen. Wir sind derzeit dabei zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten wir bzw. Kommunen haben, um gegen eine solche Rechtsverordnung vorzugehen bzw. was ein sinnvolles Vorgehen ist. Dazu finden Gespräche in der Region statt.

**Präsident Mertes:**

Weitere Zusatzfragen sind nicht da. Damit enden wir mit dieser Anfrage. Herzlichen Dank!

(Beifall der SPD)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Christian Baldauf und Hans-Josef Bracht (CDU), Informationsverhalten der Landesregierung zum Bericht des Landesrechnungshofs** – Nummer 6 der Drucksache 4731 – betreffend, auf.

Wer trägt vor? – Herr Baldauf.

**Abg. Baldauf, CDU:**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat der Ministerpräsident im Rahmen der Buchvorstellung „Die Nürburg-Papiere“ in den Räumen der Staatskanzlei am 15. Juni 2010 zum Inhalt des damals dem Landtag noch nicht zugeleiteten Prüfberichts des Landesrechnungshofs zum Projekt Nürburgring 2009 (vgl. Drucksache 15/3499) Stellung genommen?
2. Wenn ja, wie war der Inhalt dieser Stellungnahme?
3. Entspricht diese Vorgehensweise nach Auffassung der Landesregierung dem Grundsatz einer interorganfreundlichen Zusammenarbeit?

**Präsident Mertes:**

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Stadelmaier.

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Baldauf und Bracht namens der Landesregierung wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Der Ministerpräsident hat am 15. Juni 2010 als Laudator die Vorstellung des neuen Buches „Die Nürburg-Papiere“ von Jacques Berndorf übernommen. Im Zuge dieser Veranstaltung konnten auch Journalisten Fragen an die Beteiligten richten. Auf die sinngemäße Frage einer Journalistin, ob der Krimi nicht besser zu einem späteren Zeitpunkt erschienen wäre, weil in der Sache Nürburgring Neues zu erwarten sei, antwortete der Ministerpräsident ebenfalls sinngemäß, er habe nichts Neues mehr seit seiner Vernehmung im Untersuchungsausschuss an Fakten gehört.

Jetzt werde noch der Bericht des Rechnungshofes kommen, der zusammenstelle, was gelaufen sei. Aus Kenntnis der Vorabdrucke wisse er, dass nichts spannendes Neues mehr kommt. Er – so weiter – denke, die Fakten seien im Wesentlichen aufgearbeitet.

Zu Frage 3: Ja. Der Ministerpräsident hat im Übrigen die üblichen Formen der Höflichkeit und des Umgangs mit den Medien beachtet.

(Heiterkeit bei der CDU)

Er hat allgemein den in der Öffentlichkeit erwarteten Rechnungshofbericht, auf den die Frage wohl abzielte, erwähnt. Er hat keine Details genannt. Er hat eine sehr allgemeine Beantwortung aufgrund seiner Kenntnisse über die Schlussbesprechung des Berichtsentwurfs vorgenommen. Sie sehen, der Ministerpräsident ist sich dem Grundsatz eines interorganfreundlichen Verhaltens bewusst gewesen und hat danach gehandelt.

So weit unsere Antwort.

**Präsident Mertes:**

Gibt es Zusatzfragen? – Herr Kollege Baldauf.

**Abg. Baldauf, CDU:**

Hat der Herr Ministerpräsident vor Übersendung des endgültigen Berichtes den Rechnungshofbericht gekannt, und wenn ja, von welchem Ministerium wurde er ihm übermittelt?

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Er hat den Rechnungshofbericht nicht gekannt, sondern er hat über die Schlussbesprechung berichtet bekommen, die vom Rechnungshof mit Ministerien der Landesregierung geführt worden ist und denen eine Zusammenfassung der Betrachtungen des Rechnungshofs zugrunde gelegen hat.

**Präsident Mertes:**

Weitere Zusatzfragen? – Herr Kollege Bracht.

**Abg. Bracht, CDU:**

Herr Staatssekretär, glauben Sie, glaubt der Ministerpräsident, dass diese Stellungnahme zu einem Vorent-

wurf eines Rechnungshofberichts, den der Landtag in Auftrag gegeben hat, tatsächlich einem interorganfreundlichen Verhalten entspricht, wenn der Landtag, der Auftraggeber, diesen Bericht noch nicht kennt und dazu noch nicht Stellung nehmen konnte?

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Ja, deswegen hat sich der Ministerpräsident auch nicht im Detail geäußert und außerordentlich zurückhaltend.

(Heiterkeit bei der CDU)

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Wilke.

**Abg. Dr. Wilke, CDU:**

Herr Staatssekretär, ist eine Formulierung, dass da nichts Neues zu erwarten wäre, ein pauschales Werturteil, oder ist es das nicht?

(Frau Spurzem, SPD: Das ist kein Werturteil, das ist eine Erwartung!)

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Das ist eine Beurteilung aufgrund dessen, was in der Schlussbesprechung erörtert worden ist. Aus meiner Sicht ist es nicht so, dass aus dem jetzt vorgelegten Rechnungshofbericht neue Fakten zu erkennen seien.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Baldauf.

**Abg. Baldauf, CDU:**

Teilt die Landesregierung die Auffassung des Ministerpräsidenten, dass sich seit seiner letzten Vernehmung im Untersuchungsausschuss vom 23. März 2010 keine neuen Tatsachen und weitere Erkenntnisse und Fakten in dieser Affäre ergeben haben?

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Weder Erkenntnisse noch Fakten noch Tatsachen, sondern Bewertungen des Rechnungshofs.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Wilke.

**Abg. Dr. Wilke, CDU:**

Herr Staatssekretär,

(Eymael, FDP: So ist die Welt! – Zuruf des Abg. Licht, CDU)

widersprechen Sie der Auffassung, dass es dem Rechnungshof gegenüber eine Respektlosigkeit darstellt, wenn man das Ergebnis des Berichts vorwegnimmt, bevor der Rechnungshof selbst in der Lage ist, der Öffentlichkeit die Ergebnisse seiner Arbeit zu präsentieren?

(Frau Spurzem, SPD: Das hat er doch nicht!)

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Herr Wilke, könnten Sie das noch einmal wiederholen? Ich habe das nämlich wegen der Intervention von Herrn Licht akustisch nicht verstanden.

(Pörksen, SPD: Du störst die eigenen Leute!)

**Abg. Dr. Wilke, CDU:**

Das mache ich gerne, Herr Staatssekretär. Widersprechen Sie der Auffassung

(Weitere Zurufe aus dem Hause)

– jetzt warte ich einmal, bis alle Interventionen hier abgeschlossen sind –, dass es eine Respektlosigkeit dem Rechnungshof gegenüber darstellt, eine Bewertung dessen Arbeitsergebnisse vorzunehmen, bevor der Rechnungshof selbst überhaupt in der Lage ist und Gelegenheit hatte, die Ergebnisse seiner Arbeit der Öffentlichkeit und dem Landtag als seinem Auftraggeber bekannt zu geben?

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Ja, der widerspreche ich.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Bracht.

**Abg. Bracht, CDU:**

Herr Präsident! Ich darf noch einmal nachfragen, Herr Stadelmaier. Aus welchem Ressort und von wem ist der Ministerpräsident über den Inhalt informiert worden?

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Aus dem Finanzministerium über mich.

**Präsident Mertes:**

Weitere Zusatzfragen? – Der Kollege Licht hat eine Zusatzfrage.

(Schweitzer, SPD: Hast Du auch etwas zu sagen?)

**Abg. Licht, CDU:**

Herr Stadelmaier, vor dem Hintergrund Ihrer Aussage am Montag im Untersuchungsausschuss, dass Sie den Ministerpräsidenten nur grob unterrichten, ist seine Antwort auch in dem Falle so zu interpretieren, dass Sie ihn auch in diesem Falle nur grob unterrichtet haben?

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Ich habe ihn vollumfänglich über die Tatsachen der Schlussbesprechung unterrichtet, und ich kann in dem Bericht des Rechnungshofs, so wie ich es dargestellt habe, keine neuen Fakten erkennen. Der Rechnungshof hat Bewertungen vorgenommen. Über die werden Sie ja diskutieren. Zu denen haben wir zum Teil auch schon Stellung genommen. Aber da handelt es sich um Bewertungen des Rechnungshofs. Bei den Fakten hat sich überhaupt nichts Neues ergeben.

**Präsident Mertes:**

Eine dritte Zusatzfrage des Kollegen Baldauf.

**Abg. Baldauf, CDU:**

Welche ursprünglichen Feststellungen und Bewertungen des Rechnungshofes sind in dem jetzigen Bericht nicht mehr vorhanden?

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Die aus der Schlussbesprechung bekannte Zusammenfassung und Darstellungen des Rechnungshofes sind dort meines Wissens alle enthalten.

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage des Kollegen Hartloff.

**Abg. Hartloff, SPD:**

Herr Staatsminister, sind Ihnen Äußerungen der CDU – – –

(Staatssekretär Stadelmaier: Staatssekretär!)

– Oh, Herr Staatssekretär, Entschuldigung.

(Licht, CDU: Noch nicht!)

Herr Staatssekretär, sind Ihnen Äußerungen der CDU-Fraktion zu dem damals zu erwartenden Rechnungshofbericht über die Prüfung der Fraktionsfinanzen in Erinnerung, bevor dieser Bericht vorlag?

(Heiterkeit bei der SPD)

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Die sind mir sehr gut in Erinnerung. Darüber gibt es auch Presseberichterstattung. Der „Pfälzische Merkur“

schreibt am Beginn dieses Jahres – ich zitiere –: CDU-Fraktionschef – – –

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Hörter, CDU: Völlig unvorbereitet! – Weitere Zurufe bei der CDU)

– Ja – – –

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Mertes:**

Meine Damen und Herren, beruhigen Sie sich, sonst kommen wir zu keiner weiteren Anfrage.

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Meine Damen und Herren von der Union, Sie glauben doch nicht, wenn Sie uns durch eine solche Anfrage eine solche Vorlage liefern und den Ball auf den Elfmeterpunkt legen, dass wir das nicht darstellen. „Der CDU-Fraktionsvorsitzende“ – so schreibt der „Pfälzische Merkur“; Herr Präsident, wenn Sie erlauben, zitiere ich –

**Präsident Mertes:**

Bitte.

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

„war bereits im Oktober mit dem Entwurf des Berichts an die Öffentlichkeit gegangen“. – Dazu gibt es auch sonstige Berichterstattung, ganz breit und ausführlich. Das ist also nicht ein völlig ungewöhnlicher Vorgang.

(Baldauf, CDU: Ja, der Finanzminister hätte es ja machen können!)

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage der Kollegin Thelen.

**Abg. Frau Thelen, CDU:**

Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, wie umfangreich der erste Entwurf des Berichtes war und wie umfangreich der letzte Bericht, die Endfassung, ist?

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Ich kann Ihnen da keine genaue Seitenzahl nennen.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Licht.

**Abg. Licht, CDU:**

Herr Stadelmaier, vor dem Hintergrund Ihrer Aussage eben, indem Sie dem Plenum deutlich machen wollten, dass es keine neuen Erkenntnisse seit der Vernehmung des Ministerpräsidenten gab, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass allein der Zeuge Lüders auf einen besonderen Sachverhalt auch im Zusammenhang des ehemaligen Finanzministers aufmerksam gemacht hat, indem es Verträge gab, die ihm untergeschoben wurden, die er aber so nie abgezeichnet hatte, also es sehr wohl neue Erkenntnisse gab und Sie eben eine völlig falsche Darstellung dem Plenum vermittelt haben?

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Herr Abgeordneter Licht, mir sind die Befragungen aus dem Untersuchungsausschuss, die Sie nennen, nicht bekannt.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Bracht; es ist die dritte.

(Licht, CDU: Dann können Sie eine solche Antwort wie eben auch nicht geben!)

– Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Bracht.

(Staatssekretär Stadelmaier: Aber selbstverständlich! – Bracht, CDU: Hat sich erledigt!)

– Eine weitere Zusatzfrage der Kollegin Schneider.

**Abg. Frau Schneider, CDU:**

Herr Staatssekretär, wenn Sie meiner Kollegin Hedi Thelen nicht die genaue Seitenzahl des ursprünglichen Entwurfs und des jetzigen Berichts nennen können, haben Sie denn das Gefühl, dass der jetzige Bericht etwas dünner ist als der Entwurf?

(Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Mertes:**

Lassen Sie doch den Herrn Staatssekretär sein Gefühl beschreiben.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei der SPD)

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Meine Gefühle werde ich in der Öffentlichkeit nicht darlegen. Frau Schneider, wenn Sie mir aber vorhin zugehört haben, haben Sie gehört, dass ich auf eine Frage von einem Ihrer Kollegen, wie ich den Bericht des Rechnungshofs im Verhältnis zu dem Entwurf werte, ausge-

führt habe, dass es aus meiner Sicht keine Verkürzungen gegenüber dem Schlussbericht gegeben hat, sondern sich die Fakten, die dort aufgezählt sind, auch im Schlussbericht befinden.

**Präsident Mertes:**

Es folgt eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Dr. Wilke. Auch Frau Thelen hat noch eine Zusatzfrage. Dann möchte ich diese Mündliche Anfrage abschließen. Wir haben gestern sehr ausführlich über diese Frage im Plenum diskutiert. – Herr Dr. Wilke.

**Abg. Dr. Wilke, CDU:**

Herr Staatssekretär, wenn Sie es als durchaus normal und nicht ungewöhnlich beschreiben, dass der Herr Ministerpräsident in pauschaler Form schon vor der Veröffentlichung des Berichts den Rechnungshofbericht kommentiert, können Sie sich an andere Vorgänge erinnern, bei denen er das auch schon in der Vergangenheit getan hat?

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Die Frage von Rechnungshofberichten ist ganz unterschiedlich zu bewerten. Ich habe vorhin dargestellt, dass der Ministerpräsident danach gefragt worden ist. Dann hat er nicht die Auskunft verweigert, sondern er hat eine allgemeine Antwort im Respekt vor dem Parlament und der Verfassung gegeben.

**Präsident Mertes:**

Ich erteile Frau Thelen für eine letzte Zusatzfrage das Wort.

**Abg. Frau Thelen, CDU:**

Herr Staatssekretär, teilen Sie meine Auffassung, dass es ein Unterschied ist, ob Herr Baldauf aus einem Rechnungshofbericht zitiert, den die CDU-Fraktion, der er vorsitzt, in Auftrag gegeben hat, oder ob der Ministerpräsident aus einem Rechnungshofbericht zitiert, den der Landtag in Auftrag gegeben hat?

(Baldauf, CDU: Ein wesentlicher Unterschied!)

**Stadelmaier, Staatssekretär:**

Nein, diese Auffassung teile ich nicht. Entweder ist Ihre Argumentation, dass Sie sagen, es darf vorher überhaupt nichts gesagt werden über Berichte des Rechnungshofs oder über Gutachten, oder Sie vertreten die Auffassung, dass man mit der gebotenen Zurückhaltung dann, wenn man gefragt wird – ich vermute, der Fraktionsvorsitzende der Union ist auch gefragt worden –, dazu Stellung nimmt.

**Präsident Mertes:**

Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD)

Ich begrüße Gäste, und zwar Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Ramstein-Miesenbach und des Eleonoren-Gymnasiums Worms. Seien Sie uns herzlich willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Walter Strutz und Thomas Auler (FDP), Datenschutz bei Online-Diensten** – Nummer 7 der Drucksache 15/4731 – betreffend, auf.

Herr Strutz trägt uns die Fragen vor.

**Abg. Strutz, FDP:**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Position vertritt die Landesregierung gegenüber dem Erfordernis einer vorab erteilten Einwilligung zur Datenerfassung bzw. -erhebung?
2. Welche Position vertritt die Landesregierung hinsichtlich der weitgehend auch auf juristische Personen, wie z. B. Wirtschaftsunternehmen in Form von Personen- und Kapitalgesellschaften anwendbaren Vorschriften des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung?
3. Hält die Landesregierung angesichts der gegenwärtigen Entwicklung und der wachsenden Bedeutung von Datenschutz und -sicherheit eine gesetzliche Festschreibung des Datenschutzes als Bildungsaufgabe für sinnvoll oder geboten?
4. Auf welche Tatbestände hat sich die Anzeige des Datenschutzbeauftragten im Einzelnen nach Kenntnis der Landesregierung bezogen?

**Präsident Mertes:**

Für die Landesregierung antwortet Innenminister Bruch.

**Bruch, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Walter Strutz und Thomas Auler wie folgt: Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die globale Struktur des Internets und der neuen Dienste, wie zum Beispiel Street-View, oder soziale Netzwerke das Datenschutzrecht vor völlig neue Herausforderungen stellen.

Rheinland-Pfalz hat vor diesem Hintergrund einen Gesetzesantrag in den Bundesrat eingebracht. Dieser soll die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Er

regelt das Erheben und Weiterverarbeiten von personenbezogenen Daten, die im Zusammenhang mit der georeferenzierten großräumigen Erfassung von Gebäuden, Straßen, Plätzen oder vergleichbare Geodaten erhoben werden, um die fotografischen oder filmischen Panoramaaufnahmen im Internet zum Abruf für jedermann oder zur Übermittlung an jedermann bereitzustellen. Der Gesetzesantrag soll eine bereits ebenfalls beim Bundesrat von Hamburg und dem Saarland eingebrachte Gesetzesinitiative ersetzen, die im Wesentlichen die gleiche Zielsetzung hat.

Unsere, die rheinland-pfälzische Initiative, geht jedoch deutlich weiter. Sie sieht unter anderem die Einführung einer bereichsspezifischen Datenschutzregelung in das Bundesdatenschutzgesetz sowie einen erweiterten Anwendungsbereich vor. Die Neuregelung gewährleistet einen effektiven Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechtes und des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung, indem die verantwortliche Stelle unter anderem verpflichtet wird, dem Betroffenen mitzuteilen, bis wann die Anonymisierung oder Löschung seiner personenbezogenen Daten erfolgen wird.

Der Gesetzesantrag ist in dieser Woche in den Ausschüssen des Bundesrats beraten worden. Sechs weitere Bundesländer, unter ihnen auch Hessen und Baden-Württemberg, haben inzwischen ihre Mittragstellung erklärt, während andere ihre Unterstützung zugesagt haben. Inzwischen hat der Änderungsantrag im Rechtsausschuss mit 15 Stimmen und einer Enthaltung Zustimmung gefunden. 15 Stimmen und eine Enthaltung!

Mittlerweile – seit eben – weiß ich, dass der Innenausschuss des Bundesrats mit allen Stimmen des Bundesrats dem rheinland-pfälzischen Gesetzesantrag zugestimmt hat.

(Beifall der SPD)

Die Landesregierung sieht daher gute Chancen, dass der Gesetzentwurf noch in der letzten Sitzung des Bundesrats vor der Sommerpause am 9. Juli beim Deutschen Bundestag eingebracht werden kann, nachdem der Bundesrat entsprechende Beschlüsse gefasst hat.

Im Übrigen ist sich die Landesregierung natürlich bewusst, dass die gesetzlichen Regelungen allein nicht diese Probleme alle beseitigen können. Notwendig ist eine stärkere Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist der Datenschutz insgesamt nicht nur eine Frage von Technik und Recht, sondern auch eine Frage von Erziehung und Bildung.

Zu Frage 1: Der Gesetzentwurf sieht für die von den Panoramaaufnahmen Betroffenen anstelle der Einspruchslösung eine Widerspruchslösung vor. Die Betroffenen können gegen die weitere Verarbeitung und Nutzung ihrer im Zusammenhang mit der georeferenzierten großräumigen Erfassung von Gebäuden, Straßen und Plätzen sowie vergleichbaren Geodaten zum Zwecke des Bereithaltens fotografischer oder filmischer Panoramaaufnahmen im Internet zum Abruf für jedermann oder zur Übermittlung an jedermann erhobenen und gespei-

cherten personenbezogenen Daten Widerspruch einlegen.

Die Widerspruchslösung trägt dem Umstand Rechnung, dass die fotografischen und filmischen Aufnahmen über Gebäude, Straßen und Plätze sowie vergleichbare Objekte regelmäßig ein Zusatzwissen erfordern. Allein das Bild reicht nicht aus, um eine Zuordnung vornehmen zu können. Eine Zuordnung zu einer einzelnen natürlichen Person muss unterlegt werden, und es muss damit ein Personenbezug hergestellt werden.

Bei der dargestellten Datenerfassung steht der visuelle Eindruck der jeweiligen Straßenansicht und nicht die gezielte Erfassung einzelner natürlicher Personen im Vordergrund. Um die Betroffenen in die Lage zu versetzen – das ist die Grundfrage, die sich auch durch Ihre Anfrage zieht –, frühzeitig von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen zu können, sieht die Neuregelung vor, dass die verantwortliche Stelle auf die geplante georeferenzierte großräumige Erfassung sowie auf das Widerspruchsrecht hinzuweisen hat. Der Hinweis auf die geplante Erhebung ist im Internet bekannt zu geben sowie in Tageszeitungen zu veröffentlichen. Vor dem beabsichtigten Bereithalten der Aufnahmen zum Abruf im Internet muss im Internet und in örtlichen Tageszeitungen noch einmal auf das Widerspruchsrecht hingewiesen werden.

Zu Frage 2: Die Landesregierung hat damit insoweit die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung aufgenommen. Das gilt auch für juristische Personen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 13. Juni 2007 festgestellt, dass auch juristische Personen Träger des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung sein können. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts entsprechen sich die Schutzbedürfnisse natürlicher und juristischer Personen im Ansatz. Sie sind also nicht sehr verschieden, aber sie sind verschieden. Im Unterschied zu natürlichen Personen kann das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht aus der Menschenwürde nach Artikel 1 des Grundgesetzes abgeleitet werden. Es kommt daher im Einzelfall darauf an, ob die juristische Person in ihrer spezifischen Freiheitsausübung betroffen ist.

Der Tätigkeitsbereich juristischer Personen wird anders als der natürlicher Personen in der Regel durch eine bestimmte Zwecksetzung, beispielsweise eine wirtschaftliche Tätigkeit, begrenzt. Die Unterschiede, die zwischen den Schutzbedürfnissen natürlicher und juristischer Personen im Hinblick auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung bestehen, sind bei der Bestimmung der grundrechtlichen Gewährleistung zu beachten, so das Bundesverfassungsgericht.

Zu Frage 3: Vor dem Hintergrund der rasant fortschreitenden technologischen Entwicklung und der Erfahrungen der Datenschutzskandale der letzten zwei Jahre wird deutlich, dass Gesetzgebung und aufsichtsbehördliche Kontroll- und Vollzugsmaßnahmen nicht ausreichen, um ein angemessenes Datenschutzniveau sicherzustellen. Damit rückt die Aufgabe des „Selbstdatenschutzes“ immer weiter ins Zentrum.

Deshalb müssen Bürgerinnen und Bürger auch durch einschlägige Bildungsmaßnahmen in die Lage versetzt werden, verantwortlich mit dem eigenen Recht auf informationelle Selbstbestimmung und respektvoll mit den Daten anderer umzugehen.

Die Landesregierung hat daher in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Medien und Kommunikation, der Verbraucherzentrale, dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und jugendschutz.net das Thema „Datenschutz“ in das Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ aufgenommen und voll integriert.

Das Thema „Datenschutz“ wird durch verschiedene zielgruppenspezifische Maßnahmen für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern in den Schulen umgesetzt. Lehrkräfte, Schulleitungen und Schulaufsicht werden für die gefährdenden Inhalte und riskantes Verhalten in Bezug auf die neuen Medien – Erfahrung haben wir mittlerweile, Facebook und Ähnliches – sensibilisiert und über die geeigneten Interventions- und Präventionsstrategien sowie die konkreten Handlungskonzepte informiert.

Dieses Beispiel zeigt, dass Adressat des Bildungsauftrags alle Bildungsträger in Rheinland-Pfalz sind, und zwar gesellschaftliche wie staatliche. Die Landesregierung hält eine gesetzliche Regelung in dieser Frage nicht für unbedingt erforderlich. Das Ziel einer breiten Aufklärung und Sensibilisierung zum Datenschutz kann durchaus auch ohne eine gesetzliche Normierung erreicht werden.

Zu Frage 4: Mit Schreiben an alle Staatsanwaltschaften sowie die Generalstaatsanwaltschaften in Rheinland-Pfalz vom 11. Juni 2010 hat der Landesbeauftragte für den Datenschutz Rheinland-Pfalz Strafantrag gegen die Verantwortlichen der Firma Google Incorporated, USA, sowie die Firma Google Germany GmbH, Hamburg, wegen Verstoßes gegen die Strafvorschriften des § 44 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz gestellt.

Nach dieser Vorschrift macht sich strafbar, wer eine in § 43 Abs. 2 Bundesdatenschutzgesetz bezeichnete vorsätzliche Ordnungswidrigkeit gegen Entgelt oder in der Absicht begeht, sich oder einen anderen zu bereichern.

Gleichzeitig hat er auf einen Verstoß der genannten Unternehmen bzw. ihrer verantwortlichen Personen gegen das Verbot unbefugten Abfangens von Daten gemäß § 202 b Strafgesetzbuch und der Strafvorschriften des § 148 Abs. 1 in Verbindung mit dem Abhörverbot und der Geheimhaltungspflicht der Betreiber von Empfangsanlagen nach § 89 Telekommunikationsgesetz hingewiesen.

Zur Begründung hat der Landesdatenschutzbeauftragte gegenüber den Strafermittlungsbehörden ausgeführt, dass die im Rahmen der Erhebung für Google Street View eingesetzten Fahrzeuge technisches Gerät zur Kartografierung von WLAN-Netzen eingesetzt hätten. Hierbei seien im Rahmen der WLAN-Erhebung auch Inhaltsdaten aufgefangen worden, die über erfasste Funknetze übertragen worden seien.

Die Kommunikationsdaten einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern seien durch das Unternehmen Google rechtswidrig gespeichert worden.

So weit meine Antwort.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Mertes:**

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Strutz.

**Abg. Strutz, FDP:**

Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass auch in den USA Google unzulässigerweise WLAN-Daten erfasst hat und es mittlerweile mehrere US-Staaten gibt, die Google USA deswegen verklagt haben? Inwieweit könnte das auf den Erfolg der Klage des rheinland-pfälzischen Datenschutzbeauftragten in Deutschland Einfluss nehmen, wenn Ihnen das bekannt ist?

**Bruch, Minister des Innern und für Sport:**

Das Letzte ist eine Bewertung, die ich mich nicht getraue vorzunehmen, weil die Gerichte frei sind. Ich denke, es hat eine andere Bedeutung, wenn nicht nur Deutschland, in dem wir im Bereich des Datenschutzes als sehr sensibel in Europa und in der Welt angeschaut werden, sondern auch die amerikanische Seite sagt, so kann man es nicht machen. Es geht hauptsächlich um die WLAN-Erhebung und die Aufnahme von Daten. Das ist bekannt.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Strutz.

**Abg. Strutz, FDP:**

Herr Minister, Sie wissen sicherlich, dass es mittlerweile einige Kommunen gibt, die durch Sammelklagen Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger eröffnen, um sich gegen Google Street View und deren Erfassungsmethoden zu wenden. Inwieweit beabsichtigt die Landesregierung, solche Sammelklagen von kommunalen Einrichtungen zu unterstützen, oder hat sie dies bereits getan?

**Bruch, Minister des Innern und für Sport:**

Bisher kenne ich dies nur vom Hörensagen, dass es so etwas geben soll. Bisher gibt es noch keine Anforderung an uns, mit uns ein Gespräch über die Frage zu führen, wie wir mit den Sammelklagen umgehen und ob wir sie durch irgendwelche Maßnahmen unterstützen.

**Präsident Mertes:**

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Monika Fink, Kathrin Anklam-Trapp, Wolfgang Schwarz und Thorsten Wehner (SPD), Unwetter Schäden in Landwirtschaft und Weinbau** – Nummer 8 der Drucksache 15/4731 – betreffend, auf.

Wer trägt vor? – Darf ich die Damen und Herren bitten, sich zu entscheiden? – Frau Fink. Jetzt haben wir eine Entscheidung getroffen.

(Ministerpräsident Beck: Sie hat sich die ganze Zeit gemeldet! Ich will es nur sagen! Das ist unfair!)

**Präsident Mertes:**

Frau Fink, bitte schön.

**Abg. Frau Fink, SPD:**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Regionen mit landwirtschaftlicher Bewirtschaftung und Weinbau waren von den Unwetter Schäden im Juni 2010 in Rheinland-Pfalz besonders betroffen?
2. Ist der Umfang der Ernteauffälle mittlerweile abschätzbar?
3. Wie haben Landesregierung und DLR bisher helfen können?
4. Hält die Landesregierung vor dem Hintergrund des Klimawandels einen Abschluss von entsprechenden Hagelschutzversicherungen und anderer vorbeugender Maßnahme für sinnvoll und geboten?

**Präsident Mertes:**

Es antwortet Herr Wirtschaftsminister Hering.

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den Abendstunden des 9. und 10. Juni 2010 kam es über Rheinland-Pfalz zu schweren Unwettern, die erhebliche Schäden in Landwirtschaft und Weinbau verursachten. In weiten Gebieten wurden durch zum Teil taubeneigroße Hagelkörner die diesjährigen Triebe der Reben komplett zerstört und noch in den Randgebieten der Unwetter durch Streuhagel Gemüse und Obst so weit geschädigt, dass keine Ernte zu erwarten ist. In der Landwirtschaft wurden Kartoffeln, Zuckerrüben, aber auch Getreide und Mais erheblich geschädigt.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Von den Unwettern waren weite Bereiche der rheinland-pfälzischen Rheinebene betroffen. Zu den

massivsten Schäden kam es im Raum Landau, Bad Bergzabern, Speyer, im Bereich Edenkoben, Neustadt sowie im Gebiet der Verbandsgemeinde Freinsheim, der Verbandsgemeinde Grünstadt-Land, der Stadt Grünstadt und der Stadt Worms. Aber auch andere Ortschaften in der Pfalz und in Rheinhessen hatten unter den Folgen des Unwetters zu leiden.

Zu Frage 2: Nach Bewertungen von Fachleuten muss davon ausgegangen werden, dass mehrere Tausend Hektar Acker- und Sonderkulturflächen betroffen sind. Im Weinbau, so die Schätzungen, ist auf einer Fläche von ca. 2.800 Hektar ein Schaden von über 70 % eingetreten. Bei ca. 1.600 Hektar dürfte der Schaden zwischen 40 % und 70 % betragen. Im Gemüsebau geht man davon aus, dass ca. 1.000 Hektar und im Obstbau bis zu 650 Hektar betroffen sind. Im übrigen Bereich der Landwirtschaft wird von erheblichen Blattschäden bei Kartoffeln und Zuckerrüben, aber auch von Stängelschäden bei Getreide und Mais berichtet.

Der damit verbundene Einnahmefall bei Landwirten und Winzern lässt sich derzeit nur schwer beziffern. Er könnte sich aber auf 25 Millionen Euro bis 30 Millionen Euro summieren.

Zu Frage 3: Die Landesregierung und die Dienststellen sind unmittelbar nach dem Unwetter aktiv geworden und haben verschiedene Maßnahmen eingeleitet. Das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinpfalz richtete bereits am 10. Juni 2010 ein umfassendes Beratungs- und Informationssystem zu anbautechnischen Fragen und Unterstützungsmöglichkeiten ein.

Alle Betroffenen können sich direkt über eine zentrale Rufnummer an das DLR wenden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind aber auch vor Ort zur Einzel- und Gruppenberatung.

Das Finanzministerium hat die betroffenen Finanzämter gebeten, Stundungsanträge und Anträge auf Anpassung der Vorauszahlung zur Einkommensteuer ohne strenge Anforderung zu prüfen. Es kann ein Verzicht auf Stundungszinsen eingeräumt werden. Weitere steuerliche Erleichterungen sind vorgesehen.

Ferner können Anträge auf Erlass von Grundsteuer und damit verbundenen Abgaben an die zuständige Gemeinde gerichtet werden.

In vielen Weinbau- und Gemüsebaubetrieben sind derzeit ausländische Saisonarbeitskräfte beschäftigt, für die es nach dem Hagelereignis kaum Arbeit gibt. Die Bundesagentur für Arbeit hat in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Regelungen entwickelt, damit bei Bedarf Arbeitskräfte flexibel und unbürokratisch zu einem späteren Zeitpunkt wieder eingeladen oder diese kurzfristig an andere Betriebe vermittelt werden können.

Im Kerngebiet der Hagelereignisse werden auch viele selbstvermarktende Weinbaubetriebe von Ernteausfällen betroffen sein. Sie können die Begriffe Erzeugerabfüllung bzw. Weingut verwenden, wenn sie jetzt noch mehrjährige Pacht- und Nutzungsverträge über Weinbauflächen abschließen und auf Dauer die volle Verant-

wortlichkeit für die weitere Bewirtschaftung der Rebflächen übernehmen. Über die Modalitäten und Fristen unterrichten die Dienststellen.

Bei alten Rebanlagen, die durch den Hagel nahezu vollständig geschädigt wurden, kann es betriebswirtschaftlich sinnvoll sein, diese kurzfristig zu roden und noch in diesem Jahr neu anzulegen. Zu diesem Zweck wurde die Antragsfrist für eine Förderung nach dem Umstellungs- und Umstrukturierungsprogramm auf den 31. Juli 2010 verlängert. Die Kreisverwaltungen und Beratungsstellen sind informiert.

Sollte sich im Rahmen der Beratungsgespräche zeigen, dass es in Betrieben aufgrund des Hagelschadens zu einer Existenzgefährdung kommt, wird im Einzelfall geprüft, ob durch eine Bürgerschaftsbeteiligung wirtschaftlich gesunden Betrieben über Liquiditätengpässe hinweggeholfen werden kann.

Zu Frage 4: Nach Einschätzung von Klimaforschern wird es durch die erwartete Klimaerwärmung häufiger als in der Vergangenheit zu Starkregenereignissen verbunden mit Hagel kommen. Vor diesem Hintergrund ist allen Betroffenen zu raten, entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Unter den vorbeugenden Maßnahmen ist insbesondere der Aufbau von Kulturschutzeinrichtungen hervorzuheben. Erfreulicherweise werden im Obstbau zunehmend Hagelschutznetze errichtet. Landesweit sind allerdings erst etwa 5 % der Anlagen geschützt.

Die Möglichkeit der Verminderung eines Hagelschadens durch das Versprühen von Silberjodid durch Flugzeuge wurde vom DLR Mosel für die Ober- und Mittelmosel konzipiert. Bisher liegen weder für einen dreijährigen Modellversuch noch für eine dauerhafte Fortführung einer solchen Maßnahme auf Landesebene ausreichende finanzielle Zusagen vor.

Die Landesregierung wird sich weiterhin um das Zustandekommen dieser Gemeinschaftsaktion bemühen.

Unabhängig von solchen präventiven Maßnahmen bieten Versicherungen eine wirksame Möglichkeit, sich gegen die finanziellen Folgen von Hagelereignissen zu schützen. In den betroffenen Gebieten sind nach Auskunft der Versicherungswirtschaft über 40 % der Weinbauflächen versichert.

Der Anteil hat sich dieses Jahr spürbar erhöht, nicht zuletzt aufgrund des Zuschusses, den das Land Rheinland-Pfalz aus Mitteln der europäischen Stützungsprogramme für Wein gewährt. Die Anträge hierfür können noch bis 30. Juni bei den Kreisverwaltungen eingereicht werden.

So weit zur Beantwortung.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Mertes:**

Zusatzfragen? – Frau Kollegin Anklam-Trapp.

**Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:**

Sehr geehrter Herr Minister, ich möchte gerne noch eine Frage direkt zu der Hagelschutzversicherung stellen. Mit dem Zuschuss von 50 Euro pro Hektar ist es mit anderen Ländern vergleichbar. Die Frage bei der Verlängerung bis zum 30. Juni ist: Wie ist der Stand der Neuversicherungen?

Wie weit ist in Landwirtschaft und Weinbau vorgedrungen, dass die Möglichkeit der Versicherung gegeben ist? Können Sie einen Stand nennen?

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Meines Wissens sind wir mit einem weiteren Bundesland die einzigen, die so gute Förderungsmöglichkeiten bieten.

Nach dem Schadensereignis am 9. und 10. Juni erhalten wir täglich Anträge im Schnitt über eine Fläche von 100 Hektar, das heißt, der Zuspruch hat sich aufgrund des Zuschusses, aber auch aufgrund der massiven Schäden, die eingetreten sind, erhöht.

Wir können nur auffordern, solche Versicherungen abzuschließen, um sich gegen solche Ereignisse zu schützen.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage von Frau Kollegin Schneider.

**Abg. Frau Schneider, CDU:**

Herr Minister, Sie sind auf das Thema „Hagelflieger“ eingegangen und haben gesagt, dass es Bemühungen gebe, ein Projekt auf mindestens drei Jahre anzulegen.

Die Frage: Was würde das kosten, wie hoch wäre die bisher in den Raum gestellte Beteiligung der Wiederaufbaukasse (WAK), und wie hoch wären die Ansprüche oder die Bitten der WAK an die Landesregierung, sich finanziell zu beteiligen?

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Ich kann Ihnen die genauen Zahlen jetzt nicht referieren, die sich zum Teil geändert haben.

Die Zusage der WAK liegt vor, auch die Zusage des Landes. Wir halten es für sinnvoll, dass auch Kommunen und die Versicherungswirtschaft sich angemessen beteiligen; denn wenn aufgrund eines Einsatzes von Flugzeugen Hagelereignisse dadurch abgemildert werden, dass es nicht zur Bildung der großen Hagelkörner kommt, dann profitieren nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch alle Bürger bezüglich ihrer Fahrzeuge und die Versicherungswirtschaft davon, weil sie geringere

Schäden erstatten muss. Dann muss sie einen entsprechenden Anteil zahlen.

Einige Kommunen haben akzeptable Vorschläge gemacht. Die Versicherungswirtschaft hat es bisher abgelehnt, sich entsprechend zu beteiligen. Wir führen dort weitere Gespräche; denn es macht keinen Sinn, die Finanzierung für ein, zwei Jahre zu sichern. Wenn, muss das dauerhaft finanziell darstellbar sein. Daran arbeiten wir und werden dazu erneut Gespräche führen.

**Präsident Mertes:**

Eine weitere Zusatzfrage von Frau Kollegin Schneider.

**Abg. Frau Schneider, CDU:**

Herr Minister, wenn Sie mir die genauen Zahlen nicht nennen können, dann können Sie mir vielleicht die Zahl der Zusage des Landes an die WAK sagen und wie hoch die Deckungslücke für einen dreijährigen Modellversuch ist.

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Ich reiche Ihnen die Zahlen gerne nach. Ich habe eine Zahl im Kopf. Ich will es aber prüfen lassen; denn wir haben unser Angebot noch einmal modifiziert. Da ich in Verhandlungen stehe, will ich Ihnen das gerne nachreichen. Wir sind als Land auch bereit, uns in einem gewissen Umfang weiter zu bewegen, aber nur, wenn andere Partner sich entsprechend bewegen. Wenn ich jetzt eine Zahl nenne, dann ist die in den Verhandlungen schon als gegeben unterstellt, und andere werden sich dann weniger bewegen.

Ich bin gerne bereit, Ihnen nachher entsprechende Zahlen zu nennen.

**Präsident Mertes:**

Damit ist die Anfrage beantwortet.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kollegin, Herr Kollege, bitte.

**Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion beantrage ich die Aussprache zur Mündlichen Anfrage Nummer 5 „Verlagerung von Fluglärm durch mögliche Änderungen der Flugrouten am Flughafen Frankfurt/Main“.

**Präsident Mertes:**

Herr Kollege.

**Abg. Bracht, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Die CDU-Fraktion beantragt die Aussprache zur Mündlichen Anfrage Nummer 6 der Abgeordneten Christian Baldauf und Hans-Josef Bracht zum Thema „Informationsverhalten der Landesregierung zum Bericht des Landesrechnungshofs“.

**Präsident Mertens:**

Meine Damen und Herren, zu dem Antrag des Kollegen Bracht ist zu sagen, dass eine Aussprache einer Mündlichen Anfrage dann nicht zulässig ist, wenn zum Gegenstand einer Mündlichen Anfrage bereits eine Aktuelle Stunde beantragt worden ist. Das war gestern der Fall.

(Eymael, FDP: Nein! –  
Zuruf des Abg. Licht, CDU –  
Weitere Zurufe von CDU und FDP)

– Okay.

Ich stelle dennoch fest, nach der Geschäftsordnung regelt der Präsident im Zweifelsfall die Dinge der Geschäftsordnung.

(Dr. Weiland, CDU: Es ist kein Zweifelsfall!)

Wenn Sie dagegen Einspruch erheben, bleibt Ihnen nach § 99 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Weg über den Rechtsausschuss.

(Dr. Weiland, CDU: Parteiische Amtsführung! –  
Unruhe im Hause)

– Das weise ich zurück.

Sie wussten es. Sie wussten die Rechtsauffassung. Sie haben sie vorher abgefragt und tun es dennoch.

(Unruhe im Hause –  
Baldauf, CDU: Was haben wir?)

– Sie haben die Rechtsauffassung im Landtag abgefragt.

(Licht, CDU: Sie sprechen selbst von Zweifel!)

Es ist damit entschieden.

(Licht, CDU: Sie sprechen selbst von Zweifel! –  
Hartloff, SPD: Herr Licht, drehen Sie doch nicht das  
Wort im Munde herum!)

Herr Kollege Bracht.

**Abg. Bracht, CDU:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zur Geschäftsordnung äußern.

Herr Präsident, mit Verlaub, wir halten Ihre Entscheidung für falsch.

(Beifall der CDU und bei der FDP)

Bei der gestrigen Aktuellen Stunde ging es um das Thema „Kollektives Versagen der Landesregierung zu Warnungen vor den Finanzvermittlern im Zusammenhang mit dem Projekt „Nürburgring 2009“. Die Fragestunde heute, die Frage, die wir gestellt haben, hat zum Inhalt und zum Thema „Informationsverhalten der Landesregierung zum Bericht des Landesrechnungshofs“.

(Frau Schneider, CDU: So ist es!)

Hier geht es um das Verhalten der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Rechnungshofbericht zum Nürburgring.

(Beifall der CDU und bei der FDP)

Deshalb sind wir der Meinung, dass Ihre Entscheidung falsch ist. Wir haben den Verdacht, dass es darum geht, unliebsame Debatten zu verhindern und einen Schutzring um den Ministerpräsidenten zu errichten.

(Beifall der CDU)

Wir glauben, dass das nicht im Sinne der Sache, nicht im Sinne der Aufklärung der Angelegenheit und auch nicht im Sinne eines vernünftigen gemeinsamen Miteinanders hier im Parlament ist.

Wir bitten Sie, diese Entscheidung zu überdenken.

(Beifall der CDU)

**Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Bracht, die Geschäftsordnung ist eindeutig.

(Dr. Weiland, CDU: Ungeheuerlicher Vorgang!)

In § 99 steht: „(2) Eine Aussprache ist nicht zulässig, wenn zum Gegenstand einer Mündlichen Anfrage bereits eine Aktuelle Stunde beantragt worden ist.“

(Zurufe von der CDU –  
Licht, CDU: Hanebüchen, Frau Kollegin! –  
Keller, CDU: Das ist eine „Demokratie“ hier!)

Herr Bracht, wissen Sie, das ist wirklich – – – Könnten wir jetzt wieder einmal zur Sache zurückkommen?

(Zurufe von der CDU)

Wir haben eine Geschäftsordnung. Es sieht ganz so aus, als wäre der CDU und ihrem parlamentarischen Geschäftsführer diese Geschäftsordnung nicht bekannt. Der Begriff „Gegenstand“ ist sehr weit gefasst.

(Dr. Weiland, CDU: Quatsch!)

Der Herr Kollege Baldauf hat gestern sehr wohl in der Debatte das Thema thematisiert. Damit ist dieser Paragraph hier zutreffend.

(Zurufe von der CDU)

– Natürlich haben Sie es. Sie haben es in Ihrer Aktuellen Stunde thematisiert.

(Zurufe von der CDU)

Lieber Herr Kollege Baldauf, wenn Sie nicht haben wollen, dass demnächst der Präsident eingreifen und Ihnen in der Debatte zur Aktuellen Stunde sagen muss, das gehört hier aber nicht zu dem Thema, wenn Sie das nicht wollen, werden Sie sich wohl demnächst wieder an die Geschäftsordnung halten müssen.

(Wirz, CDU: Das kann doch wohl nicht wahr sein! –  
Licht, CDU: Ungeheuerlich! –  
Zurufe von der CDU)

Der Präsident hat hier vollkommen korrekt entschieden.

Herr Bracht, eines ist offensichtlich – vielleicht hören Sie mir einmal zu –,

(Keller, CDU: Willkür ist das!)

dieses politische Spektakel, das wollten Sie hier hochziehen; denn Sie haben sehr wohl vorher Gespräche geführt und sich erkundigt.

(Beifall der SPD –  
Zurufe von der CDU)

**Präsident Mertes:**

Herr Kollege Bracht, ich weise den Begriff „Verdacht auf Unterdrückung“ zurück. Sie haben sich juristisch über die Geschäftsordnung informiert. Sie wussten, was erfolgen würde.

(Zurufe von der CDU)

Sie können das natürlich hier sagen, weil wir ein Parlament sind, in dem man frei reden kann,

(Zurufe von der CDU: Ah!)

aber es fällt auf Sie zurück, dass Sie für ein Spektakel sogar bereit sind, den Frieden im Parlament dadurch zu stören.

(Beifall der SPD –  
Zurufe von der CDU)

Das fällt auf Sie zurück.

(Zurufe von der CDU)

– Ach, wissen Sie, wenn ich in meinem Leben Angst vor so vielen Stimmen gehabt hätte und dann zurückgegangen wäre, wäre ich nicht auf diesem Platz.

Gestern wurde dieses Thema ausführlich diskutiert.

(Bracht, CDU: Dieses Thema nicht!)

Sie haben nur eine andere Überschrift gewählt.

(Licht, CDU: Nein, nein, nein!)

Sie haben eine andere Überschrift gewählt.

Nun ziehen wir einen Schlusstrich. Dieses Thema können Sie im Rechtsausschuss weiter mit mir beraten. Danach entscheidet der Landtag. Das ist der Weg. Den haben Sie selbst mit beschlossen.

Das, was Sie hier vorgetragen haben, ist in der Tat eher der Versuch einer Verdoppelung einer Debatte, den ich nicht zulasse, Punkt!

(Zuruf der Frau Abg. Schneider, CDU)

Damit rufe ich, was beantragt worden ist, die **Aussprache** über die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Jens Guth, Margit Mohr, Ulla Brede-Hoffmann und Dr. Lars Kützing (SPD), Verlagerung von Fluglärm durch mögliche Änderungen der Flugrouten am Flughafen Frankfurt/Main** – Nummer 5 der Drucksache 15/4731 – betreffend, auf.

Bitte schön, Herr Abgeordneter Guth von der SPD.

**Abg. Guth, SPD:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gebe Ihnen jetzt ein Thema, über das wir uns alle gleichzeitig aufregen können. Vielleicht bleiben Sie noch einen Moment hier, das wird Sie auch betreffen, Herr Baldauf.

(Zahlreiche Abgeordnete der CDU-Fraktion  
verlassen den Saal –

Ramsauer, SPD: Wer auszieht, muss auch wieder  
einziehen!)

– Ich warte noch ein bisschen, bis etwas Ruhe hereinkommt.

**Präsident Mertes:**

Meine Damen und Herren, ich bitte, dem Redner zuzuhören.

**Abg. Guth, SPD:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit einigen Wochen ist bekannt, was an möglichen Flugbewegungen von Hessen nach Rheinland-Pfalz durch die Flugroutenänderungen verschoben wird, die die DFS in Abstimmung mit dem Land Hessen vorgenommen hat.

Es ist schon bezeichnend, wenn zum Beispiel Gemeinden wie Guntersblum, Gau-Odernheim oder Wörrstadt, die bislang überhaupt noch nicht vom Fluglärm betroffen waren, jetzt eine Flugroute über ihre Gemeinden gelegt bekommen. Herr Minister Hering hat das ausgeführt, mehrere 10.000 Flugbewegungen bis zu 100.000 Flugbewegungen im Jahr sollen über das mittlere Rheinhessen gelegt werden, ohne Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz, ohne Beteiligung der betroffenen Kommunen.

Das wollen und werden wir nicht akzeptieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD)

Uns ärgert aber auch, wie beispielsweise die CDU mit dem Thema umgeht.

(Heiterkeit der Abg. Frau Schäfer, CDU)

Da kam vor einigen Wochen eine Pressemitteilung ganz sanft im Rosamunde Pilcher-Stil: Ja, man habe sich einmal mit dem hessischen Ministerpräsidenten Koch getroffen und ein bisschen über Lärmschutz und den Lärm in der Landeshauptstadt und Rheinhessen diskutiert. –

Jetzt ist der Kollege Baldauf leider rausgegangen,

(Zuruf von der CDU: Er kommt wieder!)

aber Herr Bracht, Sie richten es ihm gerne aus. Herr Baldauf, da hätten wir etwas mehr erwartet. Wir hätten erwartet, dass Sie klare Kante zeigen gegenüber dem hessischen Ministerpräsidenten Koch und sagen: Wir wollen, dass das Nachtflugverbot endlich eingehalten wird.

(Beifall der SPD)

Wir wollen keine Flugroutenverlagerung von Hessen nach Rheinland-Pfalz, und wir wollen, dass das Luftverkehrsgesetz nicht geändert wird. –

(Zuruf der Frau Abg. Schäfer, CDU)

Ihre Parteifreunde sind die tragenden Säulen in dieser Debatte. Ihre Parteifreunde in Hessen und in Berlin sind die maßgeblichen Rädelsführer bei dieser Lärmgeschichte über Rheinhessen und Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD –

Keller, CDU: Es wird immer doller! –  
Ramsauer, SPD: Er sagt nur, was ist!)

Uns ärgert ein Weiteres. Die CDU in Mainz beantragt ein Gutachten, ein ähnliches wie im Raum Köln/Bonn, das untersucht, wie sich nächtlicher Fluglärm auf die Gesundheit auswirkt, Kollege Schreiner und andere.

(Vizepräsident Bauckhage übernimmt den Vorsitz)

Ich kann falsch liegen mit meiner Einschätzung, aber ich glaube nicht, dass die Menschen hier in Rhein-Main und in der Landeshauptstadt Mainz und in Rheinhessen mehr oder weniger robust sind und gesundheitsempfindlich als die Menschen in Köln/Bonn.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Richtig!)

Ich kann ebenfalls mit meiner Einschätzung falsch liegen, aber wenn wir hier endlich das Nachtflugverbot durchsetzen, dann brauchen wir kein Gutachten, wie

sich nächtlicher Fluglärm auf die Menschen und auf die Gesundheit auswirkt, weil wir dann keinen haben.

(Beifall bei der SPD)

Das muss die Linie sein, und keine Hinhaltetaktik, dass noch einmal ein Gutachten erstellt wird, das über Monate und Jahre hinweg Gesundheitsdaten erhebt. Das ist die falsche Strategie in der Frage.

Wir müssen jetzt die nächsten sechs bis neun Monate aufpassen. Wir müssen jetzt achtsam sein und aufpassen. Jetzt werden die Flugrouten festgelegt, deshalb dürfen wir nicht die Strategie einschlagen und sagen: Wir machen erst einmal ein Gutachten und schauen, was dabei herauskommt. – Das ist der falsche Weg.

Ich will noch einmal ganz kurz auf die drei Punkte eingehen, die ich gerade angesprochen habe. Fangen wir bei der Bundesgesetzgebung an, dem Luftverkehrsgesetz.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung schreibt in den Koalitionsvertrag hinein, dass das Luftverkehrsgesetz, insbesondere § 29 b, geändert werden soll. Was steht da drin? Der Paragraf regelt den aktiven Lärmschutz und somit den Schutz der Bevölkerung. Es liegt der Schluss nahe, dass Schwarz-Gelb in Berlin wirtschaftliche Interessen vor den Schutz der Bevölkerung stellen will.

(Ramsauer, SPD: So ist es!)

Herr Minister Hering hat deutlich gemacht, dass das Land Rheinland-Pfalz hier nicht mitmacht und der Bundesrat, nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen und nach der gelungenen Neubildung der Regierung, dafür hoffentlich auch keine Mehrheit geben wird. Deswegen sehen wir das etwas entspannter.

Aber die Positionen hier sind klar. Das werden wir Ihnen auch deutlich vorhalten.

(Beifall der SPD)

Zweiter Punkt: Nachtflugverbot. Ich sagte bereits, auch in diesem Punkt hätte ich eine klare Position von Ihnen erwartet. Den Menschen wurde versprochen, dass das Nachtflugverbot umgesetzt wird. Aber es passiert nichts, stattdessen wird noch geklagt, und es werden Revisionsverfahren beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof eingeleitet.

Am Dienstag nächster Woche findet ein Pressegespräch, eine Informationsveranstaltung von Fraport, dem Regionalforum und dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch statt. Dort soll vorgestellt werden, welches Maßnahmenpaket für den aktiven Lärmschutz umgesetzt und eingeleitet wird. Wir erwarten am Dienstag, dass Herr Koch verkündet, dass er seine Revisionsklage zurückzieht und das Nachtflugverbot umgehend umgesetzt wird. – Wir glauben aber nicht daran. Wir glauben, dass am Dienstag kleine Beruhigungspillen verteilt werden: Man schaut sich einmal die Neigungswinkel an, man berechnet den Rückenwind neu, man verkürzt den Zielstrahl zum Flughafen von derzeit 21 Kilometer auf

15 Kilometer oder zehn Kilometer. Dies sind Maßnahmen, die vielleicht ein bisschen etwas bringen werden.

(Glocke des Präsidenten)

Aber der ganz große Wurf wird es nicht sein.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

**Vizepräsident Bauckhage:**

Ich begrüße zunächst Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar den deutsch-portugiesischen Freundeskreis aus Kaiserslautern. Seien Sie herzlich willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Des Weiteren begrüße ich die Freiwillige Feuerwehr aus Mehren. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Schäfer von der CDU-Fraktion.

**Abg. Frau Schäfer, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Guth, ich muss schon sagen, das Niveau in diesem Hause seitens Ihrer Fraktion hat deutlich nachgelassen. Wir erleben es gerade, und ich habe es gerade an Ihrem Beitrag gehört.

(Beifall der CDU)

Sie blasen sich auf,

(Zuruf des Abg. Guth, SPD)

Sie erzählen uns, was Sie alles erwartet hätten. Aber worüber Sie nicht sprechen, sind Inhalte. Sie sprechen nicht darüber, was Sie eigentlich wirklich wollen.

(Beifall der CDU –

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ruhe, Frau Kollegin!  
Ruhe wollen wir!)

Worüber Sie nicht sprechen, sind die Versäumnisse, die Ihre Fraktion seit Jahren vor sich her trägt und die die Landesregierung begangen hat. Sie wollen uns immer einreden, wie toll Sie sind, was Sie schon alles getan haben und wie gut Sie aufgestellt sind, aber im Grunde, wenn man genauer hinschaut, sieht man, dass das alles heiße Luft ist.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD und von der Regierung, wir freuen uns, dass Sie in Sachen Fluglärm endlich aus der Reserve gekommen sind.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich kann Ihnen sagen, das ist der Erfolg der Bürgerinitiativen, die hartnäckig waren. Ich kann ihnen an dieser Stelle nur danken, dass sie nicht einfach sagen, die Regierung tut eben nichts, sondern dass sie sich in dieser Sache engagieren.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Wo sind denn Ihre Inhalte?)

Die betroffenen Kommunen sind seit Jahren aktiv, und sie warten auf eine Unterstützung seitens der Landesregierung, liebe Kollegen. Sie sind aktiv in Gesprächen mit der Fraport und mit der Deutschen Flugsicherung – so heißt diese Organisation im Übrigen, Herr Minister –, und sie haben Geld in die Hand genommen.

(Zuruf des Abg. Guth, SPD)

Die zentrale Frage, die wir uns stellen, lautet: Wo war denn die Landesregierung in den letzten Jahren? – Sie sind doch Anfang dieses Jahres überhaupt erst auf den Plan getreten, als die hessische Landesregierung darauf bestanden hat, dass auch nachts geflogen werden kann.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sie hat das Nachtflugverbot aufgegeben!)

Eines ist ganz klar, und das hat die CDU immer gesagt: Wir sind für ein Nachtflugverbot. – Dazu stehen wir, und das haben wir auch gegenüber dem hessischen Ministerpräsidenten Koch sehr deutlich vertreten.

(Beifall der CDU)

Aber Sie tun gerade so, als sei das Nachtflugverbot allein der entscheidende Punkt. Das Nachtflugverbot allein bringt nichts. In manchen Kommunen bringt es wirklich nicht sehr viel. Daher wird ein Gesamtkonzept erforderlich sein, und in diesem Punkt erwarte ich von Ihnen bzw. von der Landesregierung, vom zuständigen Minister für Wirtschaft und Verkehr, von der zuständigen Ministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, die man im Übrigen auch erst einmal darauf aufmerksam machen musste, dass sie für Lärm zuständig ist, aber auch von Herrn Ministerpräsidenten Beck, dass Sie sich hinter Ihre Bürgerinnen und Bürger stellen und ihre Interessen gegenüber der hessischen Landesregierung vorbringen. Aber in diesem Punkt hören wir nur ein Herumgeeiere, um es einmal ganz deutlich zu sagen.

Wir haben gefragt: Was haben Sie denn konkret unternommen? – Als Antwort darauf bekommen wir gesagt: Na ja, wir haben ein paar Gespräche geführt. – Toll! Über all die Jahre!

Nun hören wir, seit Kurzem sei klar, wie die Flugrouten verlaufen werden und dass nun in Rheinhessen der Fluglärm zunehmen werde. – Entschuldigung, wo leben Sie? Wo haben Sie denn in den letzten Jahren gesteckt? – Das ist doch schon lange bekannt. Da brauchte man nur einmal mit der Fraport oder mit der Deutschen Flugsicherung zu reden.

(Guth, SPD: Eben nicht!)

Man brauchte nur gelegentlich einmal auf die Homepage zu schauen: Es ist seit Langem bekannt, dass wir eine erhebliche Zunahme des Flugverkehrs bekommen werden. Natürlich gibt es immer wieder die eine oder andere Route, die noch im Gespräch ist, aber es ist bekannt. Wenn man für seine Bürgerinnen und Bürger etwas erreichen will,

(Pörksen, SPD: Muss man nicht diese blöde Rede halten!)

muss man beim hessischen Ministerpräsidenten vorstellig werden und es ihm sagen. Er ist für seine Bürger verantwortlich, aber wir sind für unsere Bürger verantwortlich. Wir dürfen zu Recht erwarten, dass sich alle Fraktionen in diesem Haus hinter diese Forderung stellen und alle Fraktionen in diesem Haus etwas tun, jeder in seiner Weise, jeder mit den Möglichkeiten, die ihm zur Verfügung stehen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Was machen Sie denn? Erzählen Sie doch einmal, was Sie tun!)

Wir tun das seit Langem, aber durch die rheinland-pfälzische Regierung ist einiges versäumt worden.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Überhaupt nichts tun Sie! Sie lassen Herrn Koch schalten und walten, wie er will!)

Wie gesagt, wir brauchen ein Gesamtkonzept zum Lärmschutz. Es geht um das Nachtflugverbot, es geht um die Routenlegung, und es geht um An- und Abflugverfahren. Dazu habe ich von Ihnen überhaupt nichts gehört. Es geht um die Frage von Messungen. Dies sind ganz entscheidende Dinge. Es wird darauf ankommen, dass wir in diesem Prozess vorankommen. Nur so wird es gehen. Aber sich aufzublasen ist nicht angemessen.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss.

Schelte gegen die hessische Regierung allein reicht nicht aus. Wir müssen aktiv werden. Die Landesregierung muss endlich in die Puschen kommen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –  
Ministerpräsident Beck: Es ist kaum zu glauben!)

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Schmitz von der FDP-Fraktion.

#### **Abg. Dr. Schmitz, FDP:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! So ist es, wenn komplizierte Themen politisch werden. Ein kompliziertes Thema besprechen wir gerade; denn auch wenn der Fokus auf dem Fluglärm liegt, muss man doch die Balance in der Diskussion wahren und muss verste-

hen, dass auch für Rheinland-Pfalz der Rhein-Main-Flughafen von außerordentlicher Bedeutung ist. Ich glaube, dem würde auch niemand widersprechen, aber ich möchte es dennoch sagen, um deutlich zu machen, wie schwierig das Thema gerade aus rheinland-pfälzischer Sicht ist.

Relevante Entscheidungen werden nicht in Rheinland-Pfalz getroffen, sondern in Hessen und in Berlin. Aber es ist auch klar, dass eine Bevölkerung eine derartige Zunahme der Flugbewegungen nicht widerspruchslos hinnehmen kann. Deshalb habe ich großes Verständnis für die Aktivitäten der Bürgerinitiativen, für die Klagen der diversen Kommunen und für den Versuch, auf der Graswurzel-Ebene über Gespräche in dieser Sache weiterzukommen und Schlimmeres zu verhindern.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, jedenfalls ist klar, dass der Heilige St. Florian auf beiden Rheinseiten zum Schutzpatron geworden ist und sich jeder vorstellt, dass die Belastungen möglichst beim anderen landen. Das ist im Übrigen sogar in Mainz und in Rheinhessen so. Dies lässt sich sogar bis auf die Stadtteil- und Gemeindeebene herunterbrechen. Es gibt welche, die grinsen von Ohr zu Ohr, wenn sie erfahren, dass der Nachbarstadtteil betroffen ist, sein eigener aber nicht.

Aber auch das führt nicht weiter. Meine Damen und Herren, die Frage des Vertrauensschutzes zum Nachtflugverbot steht in der Tat im Mittelpunkt der politischen Bewertung. Frau Kollegin Schäfer, da gebe ich Ihnen ausdrücklich recht: Es ist eine Katastrophe, dass – über die Fluglärmfrage hinaus – Zusagen nicht eingehalten werden und man Dinge, die man unter Druck oder im Mediationsverfahren des lieben Friedens willen oder des Fortgangs des Planfeststellungsverfahrens willen einräumt, zu einem Zeitpunkt wieder zurücknimmt, wo dies möglich ist und wo Festlegungen schon getroffen sind.

Es stimmt allerdings nicht – und nun muss ich mich auf die Seite der Landesregierung stellen –, dass die Landesregierung diesen Fluglärm-Schock oder Flugrouten-Schock plötzlich neu einräumt. Das trifft nicht zu, Frau Schäfer. Es wurde bereits in einer Vorlage des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr darauf hingewiesen, dass der Stand vom 7. September 2006 berichtet wird. Dieses Faktum sollten wir nicht verleugnen. Es ist auch bei einem derart kontroversen Thema in der Region wichtig, bei den Fakten zu bleiben.

Ich glaube, die Vorwürfe gegen die Landesregierung, wie Sie sie gerade erhoben haben, sind zum großen Teil nicht berechtigt. Nach meinem Dafürhalten ist eine ganz andere Frage aufzuwerfen. Für mich ist eine ganz andere Frage von zentraler Bedeutung. Wir sprechen im Landtag über die Einflussmöglichkeiten der Landesregierung und über die Einflussmöglichkeiten unseres Parlaments. Wenn eine Landesregierung aber über die Jahre feststellt, dass sie mit ganz kurzen Spießen unterwegs ist, wenn die Landesregierung im Bemühen, die Balance zwischen wirtschaftlichem Erfolg und Lärmschutz der Bevölkerung zu halten, feststellt, dass sie in den entscheidenden Gremien nicht vertreten ist, und wenn sich dies nach Jahren nicht geändert hat, dann

höre ich die Botschaft, dass man sich auch weiterhin bemüht; über die Erfolgsaussichten kann man aber füglich spekulieren.

Ich sehe bisher keinen Grund dafür, dass die Mitsprachemöglichkeiten des Landes Rheinland-Pfalz, die in der Vergangenheit unterprivilegiert waren, sich in Zukunft bessern werden. Ich höre die Botschaft, aber ich glaube leider nicht mehr an den Erfolg.

Auch Minister Hering hat für mich heute Morgen keine Klarstellung vorgenommen, die diese Einschätzung anders darstellen lässt.

Es gibt einen zweiten Punkt – das bringe ich auch zum Ausdruck –, der mich irritiert. Auf unsere Frage hin, mit welchen Rechtsbehelfen die Landesregierung unterwegs sein wird, wenn die Entscheidung da ist, habe ich nur gehört, dass man neuerdings Gespräche führt, die sich mit dieser Frage befassen. Das finde ich im Grunde eine traurige Antwort, da die zugrunde liegenden gesetzlichen Rahmenbedingungen ebenso bekannt sind wie die Möglichkeiten, juristisch vorzugehen oder es in einer Situation

(Glocke des Präsidenten)

– ich komme zum Ende –, in der man glaubt, nichts erreichen zu können, eben auch keinen Sinn macht.

(Glocke des Präsidenten)

Jedenfalls der Verweis nur nach Hessen oder Berlin führt in dieser Diskussion überhaupt nicht weiter.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Bauchhage:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Hering.

#### **Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat bezüglich des Ausbaus des Flughafens Frankfurt/Main eine sehr verantwortbare Position erarbeitet und diese auch konsequent vertreten. Wir stehen für den Ausbau des Flughafens Frankfurt/Main, weil davon auch Tausende von Arbeitsplätzen in Rheinland-Pfalz abhängig sind. Für einen exportstarken Wirtschaftsstandort ist es notwendig, dass wir einen funktionierenden, auch mit Ausbauperspektiven vorhandenen Flughafen in Frankfurt in Deutschland haben, der auch für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz eine ganz wichtige Bedeutung hat. Deswegen hat die rheinland-pfälzische Landesregierung trotz der Proteste, die es gab, gesagt, grundsätzlich sind wir für den Ausbau des Flughafens. Die Landesregierung hat aber auch immer die Betroffenheit der Menschen mit Fluglärm im Auge gehabt, Frau Schäfer. Deswegen war das immer daran geknüpft gewesen, dass dies mit ei-

nem Nachtflugverbot verbunden ist. Immer wurde die Forderung erhoben, dass Flugrouten so gewählt werden müssen, dass sie die Interessen aller im Rhein-Main-Gebiet, nicht nur der Bürger in Hessen, sondern auch in Rheinland-Pfalz, berücksichtigen.

Sie wissen auch, dass wir uns im Rahmen des Ausbaus für einen anderen Standort der neuen Landebahn ausgesprochen haben. Es wurde in Hessen – da haben wir keine Einflussmöglichkeit – schließlich eine andere Entscheidung getroffen, die neue Landebahn zu errichten. Das haben wir hinnehmen müssen.

Bezüglich der Entwicklung, dass man die Zusage zum Nachtflugverbot nicht eingehalten hat, halte ich das auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland für eine fatale Entscheidung. Das heißt doch nichts anderes, als dass Bürgerinnen und Bürger bei Großprojekten nicht mehr auf die Zusage von Regierungen vertrauen können. Ich halte das für einen massiven Vertrauensschaden, der entstanden ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir müssen künftig bei Großprojekten in Infrastruktur und in Industriensiedlungen, die wir brauchen, einen offenen und fairen Dialog mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern führen können. Wir müssen auch Möglichkeiten eines Kompromisses ausloten, um Akzeptanz für solche Vorhaben zu finden. Wie werden Bürger dann reagieren? Wenn die, die gegen solche Vorhaben sind, dann sagen „Lasst euch auf einen Kompromiss nicht ein, denkt an die Menschen im Rhein-Main-Gebiet, auch diese wurden reingelegt“, ist das die fatale Folge dieser verantwortungslosen Politik in dieser Frage der hessischen Landesregierung. Deswegen sind wir so wütend bezüglich der Entscheidung, die hier getroffen wurde.

(Beifall bei der SPD)

Das bringt uns in Schwierigkeiten, die wir haben, Frau Schäfer. Wir haben unseren Bürgerinnen und Bürgern in Rheinhessen und Mainz immer gesagt, wir stehen zum Ausbau des Flughafens Frankfurt/Main, weil wir die Zusagen der hessischen Landesregierung haben, sich für ein Nachtflugverbot einzusetzen. Wir haben gemeinsam in den Flughafen Hahn investiert. Diese Bürgerinnen und Bürger fragen die Regierung, worauf sie sich eingelassen hat. Ihr habt auf das Wort der hessischen Landesregierung vertraut, und wir müssen die Folgen tragen, dass diese Zusagen nicht eingehalten wurden. Das hat uns bezüglich der Glaubwürdigkeit, obwohl wir keine Verantwortung haben, in Schwierigkeiten gebracht. Frau Schäfer, deshalb halte ich es für ungehörig, uns Vorwürfe zu machen, wir hätten hier nicht gehandelt, wir seien zu spät wach geworden. Wir sind Opfer dieser verantwortungslosen Politik auf der anderen Rheinseite.

(Beifall der SPD)

Wer sich mit Verkehrspolitik auseinandersetzt, der weiß, das zentrale Thema in der Verkehrspolitik ist das Thema „Lärm“. Menschen werden zunehmend sensibler bei Straßenlärm, Schienenlärm und natürlich auch bei Fluglärm. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir im

Interesse, Infrastruktur zu ermöglichen, Grenzwerte festgeschrieben haben, die hinterfragt werden. Deswegen gibt es bezüglich der Lärmsanierung die Reduzierung um drei Dezibel. Wir haben die Erkenntnis gewonnen, dass das für die Menschen nicht mehr akzeptabel ist. Bei den hohen Werten muss es eine Veränderung geben.

Ähnliches gilt für die Diskussion um Schienen- und Fluglärm. Es kann nicht akzeptabel sein, dass wir in der Diskussion, bei der Menschen, weil sie krank geworden sind, sensibler werden, mit Blick auf die Akzeptanz von Infrastruktur beim Thema „Lärmschutz“ es hinnehmen, dass aus rein wirtschaftlichen Interessen, um eine Entscheidung im Nachhinein zu rechtfertigen, das Flugverkehrsgesetz geändert werden soll, um Erleichterung hinzubekommen, dass man im Prinzip mehr Lärm erlaubt. Dabei muss man die Interessen der Menschen und deren Gesundheit, aber auch die Akzeptanz von Verkehrsinfrastruktur mit berücksichtigen. Das ist untragbar und mit fatalen Folgen für die Menschen und für die Akzeptanz von Verkehrsinfrastruktur verbunden.

Die Menschen werden sagen, der Politik insgesamt kann man nicht mehr trauen. Wenn es hart auf hart kommt, werden wir reingelegt. Das ist das Fatale dieser Entscheidung, die die hessische Landesregierung im Einvernehmen mit der Koalitionsverhandlung versucht, auf den Weg zu bringen. Das muss nicht nur im Interesse der Menschen in Rheinhessen, sondern auch im Interesse eines Wirtschaftsstandortes Deutschland verhindert werden.

(Beifall der SPD)

Es ist nicht zutreffend, dass wir dort kein Konzept hätten. Klar ist, das Nachtflugverbot muss kommen. Kommuniziert worden ist, dass die Konzeption der deutschen Flugsicherung alternativlos wäre. Man hat versucht, uns das zu kommunizieren. Jetzt ist klar geworden, es gibt gegebenenfalls andere Flugrouten. Es hat Gründe gegeben, sich nicht für diese Flugrouten zu entscheiden.

Wir werden das Gutachten in Auftrag geben. Für mich ist von Interesse, warum angeblich rein technische Vorschriften ergeben haben, man müsse den Taunus entlasten und Rheinhessen mehr belasten. Es kann sein, dass rein fachliche und technische Fragen der Flugsicherung zu diesem Ergebnis kommen. Es könnte aber auch sein, dass vielleicht andere Erwägungen eine Rolle gespielt haben. Wer solide gearbeitet hat, dürfte keine Probleme haben, wenn das nochmals untersucht und bestätigt wird. Es ist vielleicht auch ganz interessant, wer wo in manchen Regionen wohnt. Das kann zu ganz interessanten und spannenden Fragen führen.

Wir werden das mit entsprechendem Sachverstand untersuchen und uns mit den Gründen auseinandersetzen.

Wir werden verlangen, dass Fraport Messpunkte in Rheinland-Pfalz und nicht nur in Hessen einrichtet. Sollte dies kurzfristig möglich sein, dann werden mit den Möglichkeiten, die wir als Land haben, eigene Messpunkte einrichten, weil wir objektive Daten brauchen.

Herr Dr. Schmitz, die Rechtsschutzmöglichkeiten bei Rechtsverordnungen sind bekannt. Ich muss abwarten, was in der Rechtsverordnung des Bundes geregelt wird. Vielleicht kommt man zu der Einsicht, Flugrouten so zu legen, dass sie für Rheinland-Pfalz akzeptabel sind. Das wäre der Idealfall. Dann müssen wir nicht dagegen klagen. Ansonsten werden wir rechtliche Möglichkeiten im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nutzen.

Zusammenfassend glaube ich, wir sollten uns in dieser Frage nicht mit Vorwürfen gegenseitig auseinanderdividieren lassen; denn die Ursachen für die Probleme wurden nicht in Rheinland-Pfalz gesetzt, sondern sie liegen in Hessen. Wir erwarten von Hessen, dass das, was man den Menschen versprochen hat, sich konsequent für Lärmschutz einzusetzen, umgesetzt wird. Das muss ein gemeinsames Anliegen des rheinland-pfälzischen Parlamentes gegenüber der hessischen Landesregierung sein. Sie soll zu ihrem Wort stehen, sich für Menschen und Lärmschutz einzusetzen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

#### Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat der Abgeordnete Guth von der SPD-Fraktion.

#### Abg. Guth, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schäfer, ich war letztes in einer Veranstaltung, einer Bürgerversammlung in Bodenheim.

(Zuruf der Abg. Frau Schäfer, CDU)

Übrigens ist das Ihr Wahlkreis. Ich habe Sie da vermisst. Die Gemeindehalle war voll. Wenn Sie in die Augen der Menschen schauen, sehen Sie, die haben Angst. Die Leute haben vor dem Angst, was auf sie zukommt. Noch besser wird es, wenn Sie in andere Gemeinden gehen.

(Frau Schäfer, CDU: Ich habe schon gehört, wie unruhig Sie waren!)

– Außerhalb Ihres Wahlkreises, nein, nicht Ihr Wahlkreis.

Wenn Sie nach Marienborn fahren, stellen Sie fest, dass sich dort eine Bürgerinitiative mit 500 Leuten gründet. Sie können auch nach Guntersblum, Gau-Odernheim oder Wörrstadt fahren. Viele haben noch nicht verstanden, was geplant ist. Diejenigen, die es verstanden haben, haben Angst.

Wenn Sie mit manchen reden, dann hören Sie, dass viele aus dem Frankfurter Raum nach Rheinhessen gezogen sind, weil die Lärmbelastung unerträglich wurde. Sie haben beispielsweise eine Familie gegründet. Sie ziehen dann nach Rheinhessen. Jetzt werden am grünen Tisch in Hessen ohne Beteiligung dieser Kommunen und ohne Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz die Flugrouten geändert. Sie bekommen den

Lärm, den sie vor Jahren in Frankfurt noch hatten, jetzt vor ihre Haustür und auf die Terrasse im mittleren Rheinhessen.

Das können wir nicht akzeptieren. Ich bin dankbar für die Aussage von Minister Hering, dass er aktiv wird.

Man kann sagen, diese Entwicklung hat sich erst in den letzten Wochen abgezeichnet. Vermisst habe ich, dass die Fraport und andere das den Kommunen entsprechend mitgeteilt hätten. Ich bin dankbar für die Berichterstattung in der „AZ“ und anderen Pressemedien. Ich bin dankbar für die Berichterstattung in SWR 3. Dort wurde das einem nähergebracht. Das hat die Menschen sensibilisiert.

Sie haben die Bürgerinitiativen angesprochen. Wir stehen mit allen in Kontakt. Ich nenne stellvertretend an dieser Stelle Friedrich Herzer, der sich seit Jahren mit diesem Thema beschäftigt. Er hat auch die Politik sensibilisiert.

(Zuruf der Abg. Frau Schäfer, CDU)

– Ja, er liefert uns wirklich fundierte fachliche Unterlagen, die es uns in der Politik ermöglichen, mit der DFS und der Fraport in einen Dialog zu treten. Es bleibt sein Geheimnis, woher er die Daten hat.

(Zuruf der Abg. Frau Schäfer, CDU)

Frau Schäfer, wir hatten als SPD-Fraktion im März im Wappensaal im Landtag eine Anhörung. Das geschah mit allen Beteiligten. Die Fraport saß mit am Tisch und hat ihre Position dargelegt. Uns geht es darum, dass wir zu einer gerechten Lärmverteilung kommen.

Ich sage es etwas deutlicher, als es der Minister gesagt hat. Ich rede gerne Klartext. Es kann nicht sein, dass die Villen im Taunus entlastet werden und die Wohnungen und Einfamilienhäuser in Rheinhessen durch die Aktion, die Hessen betreibt, belastet werden.

(Beifall der SPD)

Eine gerechte Lärmverteilung muss das Ziel sein.

Machen wir uns nichts vor. Wir werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten mit Lärm im Bereich des Flughafens Rhein-Main rechnen müssen. Es geht darum, wie man was verteilt. Ich bitte Sie, gehen Sie noch einmal zu dem hessischen Ministerpräsidenten, vielleicht ist dann schon Herr Bouffier im Amt, reden Sie mit dem und wirken Sie darauf ein, dass diese neuen Flugrouten nicht kommen. Dann haben Sie endlich einmal etwas für Ihr Land Rheinland-Pfalz und für die Region Rheinhessen erreicht. Bloße Ankündigungen helfen nicht.

(Beifall der SPD)

Mit Blick auf die Uhr will ich mit einem Zitat aus Ihrem Mund schließen, was Sie, glaube ich, im März oder April gegenüber der „AZ“ geäußert haben: Unser Ministerpräsident heißt Kurt Beck. – Ich darf noch einen Satz ergänzen. Der hessische Ministerpräsident heißt nicht

mehr länger Roland Koch, und beides ist gut für unser Land.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD –  
Zuruf von der CDU: Och!)

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schreiner von der CDU.

#### **Abg. Schreiner, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle abseits aller Rhetorik fest, wir sind uns in diesem Haus offenbar einig. Wir wollen das Nachtflugverbot für die Region und für Mainz am Frankfurter Flughafen. Wir diskutieren das heute nicht zum ersten Mal. Ich erinnere daran, dass wir ausdrücklich eine längere Nacht angestrebt haben. Unser Ziel in diesem Haus über die Parteigrenzen hinweg war, über die Mediationsnacht hinaus möglichst ein Nachtflugverbot zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr zu erreichen. Ich weiß, es ist im Rahmen einer emotionalen Debatte manchmal schwierig. Ich möchte auf einen Punkt hinweisen. Im Laufe dieses Verfahrens seit der Mediation bis heute hat es eine geänderte Rechtsauffassung des Bundesverwaltungsgerichtes gegeben. Das, was wir jetzt bekommen, ist vor allem Rechtssicherheit abseits politischer Rhetorik. Was die Klage in Hessen bringt, ist, dass der Vorstand der Fraport dazu gezwungen werden wird, ein Nachtflugverbot in Frankfurt einzuführen.

(Staatsminister Hering: Sie haben gar keins beantragt, Herr Schreiner!)

– Herr Minister, er wird dazu rechtlich gezwungen werden, weil der Vorstand von Fraport ohne Schadenersatzforderungen gegen sich selbst zu riskieren, gar nicht von sich aus darauf hätte verzichten dürfen.

(Staatsminister Hering: Die Fraport hat kein Nachtflugverbot beantragt!)

Das ist die geänderte Rechtsauffassung des Bundesverwaltungsgerichtes.

(Staatsminister Hering: Sie haben gar keins beantragt!)

– Herr Minister, wir sind uns einig, dass wir das so wollen und wir das gut finden, wenn das so kommt, und dass das vor allen Dingen nicht nur gut zu finden ist, sondern es unerlässlich ist für die Menschen hier in der Region, dass sie Lärmschutz erhalten.

Aber Herr Hering, ich muss schon auch sagen, Sie sagen, Sie haben mit den Kollegen der SPD in Hessen gesprochen. Das ist schon schwierig, wenn der Wirtschaftsminister von Rheinland-Pfalz, vor allen Dingen, wenn er hier am Pult gefragt wird, was er unternom-

men hat – das war die Frage von Frau Kollegin Schäfer –, dann formuliert, er hätte mit der hessischen SPD geredet.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Die Frage ist natürlich auch, mit wem er geredet hat. Haben Sie mit Andrea Ypsilanti geredet? Haben Sie mit Thorsten Schäfer-Gümbel geredet? Das ist ja in Hessen sehr bunt.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Bei Ihnen auch in der CDU, habe ich mir erzählen lassen!)

Ich hatte immer so ein bisschen das Gefühl, die hessische SPD hatte in den letzten Jahren vor allen Dingen mit sich selbst zu tun und war vielleicht in der Hinsicht kein guter Anwalt für die Menschen in Hessen und erst recht kein guter Anwalt für die Menschen in Rheinland-Pfalz. Mein Wunsch wäre gewesen, dass vorhin auf die Frage von Frau Schäfer, welche konkreten Schritte Sie als Landesregierung unternommen haben, Sie sich hier – Sie als SPD-geführte Landesregierung – als gute Anwälte für unser Land hätten ausweisen können, dass Sie den Kontakt mit Ihren Regierungskollegen auf der hessischen Seite gesucht hätten.

Meine Erfahrung aus den letzten Jahren ist – korrigieren Sie meinen Eindruck –, dass Sie sich nicht viel Mühe gegeben haben. Herr Schmitz, ich finde mit Verlaub auch, dass Sie sagen, wir würden mit kurzen Lanzen durch die Gegend laufen und es wäre gar nichts zu erreichen, also die SPD-Landesregierung hätte nichts erreichen können, das bestreite ich. Wer sich kümmert, wer sich Mühe gibt – das zeigt die Arbeit der Bürgerinitiativen, denn in den letzten Jahren lag die Last in Rheinland-Pfalz vor allen Dingen auf den Schultern der Bürgerinitiativen –, der kann auch was erreichen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Kümmern Sie sich darum? Worum kümmern Sie sich denn?)

Herr Wirtschaftsminister, ich habe aber ein bisschen den Eindruck, wenn es darum ging, Geld aus Hessen für den Ausbau des Flughafens Hahn zu nehmen, das haben Sie immer gern genommen, und dadurch waren Sie dann nicht ganz so engagiert, wenn es darum ging, in den letzten Jahren – man kann schon fast sagen, in den letzten Jahrzehnten – für die Interessen der Menschen in Mainz und Rheinhessen zu kämpfen.

(Ministerpräsident Beck: Das ist unglaublich!)

Herr Guth, ich möchte zu Ihnen noch einen Punkt anführen, weil Sie aus meiner Sicht unzulässigerweise die Möglichkeiten, Menschen in Mainz und Rheinhessen zu entlasten, unnötig kleingeredet haben. Sie sprachen von Verkürzung des Zielstrahls. Sie sprachen von dem geänderten Anflugwinkel. Sie sprachen von geänderten Rückenwindkomponenten.

(Guth, SPD: Schön, dass Sie das gehört haben, Frau Schäfer hat es nicht gehört!)

Das sind Bausteine eines Gesamtkonzeptes, und Sie haben gesagt, das sei zu wenig. Richtig, da gehören

noch Nachtflugverbot und viele andere Dinge dazu. Aber wir sollten uns auch auf den Weg machen, solche kleinen Schritte für die Menschen in der Region zu fordern,

(Guth, SPD: Habe ich angeregt!)

Also beispielsweise wenn die Rückenwindkomponente so geändert wird, wie im Moment diskutiert, Herr Guth, dann bedeutet das für die Menschen auf dieser Seite des Rheins, dass sie an zehn bis 15 Tagen im Jahr mehr Ruhe haben, und zwar an Tagen mit schönem Wetter. Wenn Sie den Anflugwinkel in der Art und Weise ändern, wie es diskutiert wird, dann bedeutet das hier in Mainz ein höheres Fliegen der Flugzeuge um 100 oder 150 Meter. Das ist eine echte Entlastung für die Menschen. Wir sollten solche kleinen Schritte angehen. Das ist das, was wir erreichen können angesichts der Tatsache, dass drüben in Hessen die Landebahn betoniert ist.

(Glocke des Präsidenten)

Wir sollten diesen Weg gehen. Wir sollten ihn gemeinsam gehen – wir sind uns da einig im Parlament – und uns nicht in rhetorischen Debatten verlieren.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –  
Ministerpräsident Beck: Debatten sind immer rhetorisch! Wenn Sie körperlich wären, wäre es schwierig!)

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen zu **Punkt 16** der Tagesordnung:

#### **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Verwendung und den Umgang der CDU-Fraktion mit Fraktionsgeldern, den vom Landesrechnungshof festgestellten Unstimmigkeiten und der politischen Verantwortung hierfür**

#### **Antrag des Abgeordneten Jochen Hartloff (SPD) und 52 weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/4687 –

Die Grundredezeit ist mit zehn Minuten verabredet. Ich bitte um Wortmeldungen. – Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Hartloff von der SPD-Fraktion.

#### **Abg. Hartloff, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beantragen die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses nach Artikel 91 der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz und § 2 des Untersuchungsausschussgesetzes – Sie wissen, ein Fünftel der Mitglieder dieses Landtags sind hier antragsberechtigt –, weil wir meinen, dass ein Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der CDU-

Finanzaffäre leider – ich sage bewusst „leider“ – notwendig ist.

(Frau Thelen, CDU: Scheinheilig!)

Wir beantragen diesen Untersuchungsausschuss nicht aus irgendeinem gearteten Misstrauen gegenüber dem Rechnungshof, Herr Präsident Behnke, sondern wir stützen uns hierbei auf den Bericht des Rechnungshofes. Frau Kollegin Thelen, Sie sagten vorher in der Fragestunde: Wir haben die Berichterstattung des Rechnungshofes beantragt. – Das ist sicher nicht so, dass das die CDU-Fraktion war, sondern es ist Aufgabe des Rechnungshofes qua Gesetz, die Fraktionsfinanzen für uns alle zu überprüfen. Im Rahmen dieser Prüfung ist der Bericht des Rechnungshofes vorgelegt worden. Er hat erhebliche Mängel in der Finanzführung der CDU-Fraktion in den Jahren 2003 bis 2006 festgestellt. Diese Mängel sind auch nicht aufgeklärt.

Wir haben auch kein Misstrauen gegenüber den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, die eingeleitet worden sind gegenüber verschiedenen früheren verantwortlichen Mitgliedern der CDU-Fraktion, gegenüber dem jetzigen amtierenden Finanzsenator des Stadtstaates Hamburg, Herrn Frigge, der Beratungsleistungen für die CDU-Fraktion in seiner früheren Funktion erbracht hat. Wir setzen darauf, dass diese Ermittlungen – so, wie wir es von Staatsanwaltschaften gewohnt sind – vernünftig zu Ende geführt werden und ihre Ergebnisse zeitigen.

Ein Untersuchungsausschuss des Parlamentes beschäftigt sich mit dem, was für das Parlament notwendig ist. Ich werde nachher auch noch einige Sätze dazu sagen, warum ich diesen Untersuchungsausschuss für zulässig halte und warum wir auch hier sorgfältig vorgegangen sind in dieser Frage.

Ich will auch ein Weiteres sagen, weil es im Vorfeld der Diskussion eine Rolle gespielt hat: „Das ist ja Wahlkampf!“ – Untersuchungsausschüsse sind immer auch Mittel der politischen Auseinandersetzung. Das ist keine Frage. Aber sagen Sie nicht denen gegenüber, die den Untersuchungsausschuss jetzt beantragen, dass er denn in Wahlkampfzeiten stattfindet. Der Bericht des Rechnungshofes liegt seit April dieses Jahres vor. Die CDU-Fraktion hat gesagt, sie habe alles ihr Mögliche zur Aufklärung getan. Sie hat auch entsprechende Strafanträge gestellt. Nach den mir vorliegenden Informationen ist es so, dass bereits im Jahr 2006 Unregelmäßigkeiten in der Kasse festgestellt wurden. Da heißt es in einem Artikel aus der „Mainzer Zeitung“ vom 17. April 2008: „Schon bei Übernahme der ‚schwindsüchtigen Kasse‘ war dem Vernehmen nach die komplett neue CDU-Fraktionsführung auf ungereimtes Finanzgebaren gestoßen.“

Strafantrag wurde im Jahr 2008 gestellt, zwei Jahre später. Die Ermittlungen des Rechnungshofes haben sich weiter hingezogen bis zum Jahr 2010. Das lag beileibe nicht bei der hier antragstellenden Fraktion, sondern das lag an der CDU-Fraktion, das zu tun.

Wenn der Rechnungshofbericht – ich könnte daraus zitieren – teilweise mehr Fragen über das Finanzgebaren aufwirft, als er beantworten kann nach den Möglich-

keiten, die da waren, dann ist das auch im Kontext zu dem zu sehen, was die CDU in ihrer Stellungnahme zu diesem Bericht – der Landtags-Drucksache 15/4476 – gegenüber dem Landtag gesagt hat, nämlich, eine politisch mögliche Bewertung gibt der Rechnungshof ab, sagt die CDU: „Nach Einschätzung der jetzigen CDU-Fraktion ist das eine politisch mögliche Bewertung, der die Fraktion sich bei ihrer eigenen politischen Bewertung durch die Entscheidung für die Rückzahlung der entsprechenden Mittel an den Landtagspräsidenten auch angeschlossen hat.“

Dann kommt der nächste Satz, die rechtliche Würdigung: „Unter rechtlichen und vor allen Dingen unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten liegt in der Position des Rechnungshofes aber eine unzulässige Maßstabsverschiebung zum Nachteil aller Fraktionen. Der Rechnungshof hat verkannt, wie im Verhältnis von zulässiger Fraktionsarbeit und verdeckter Parteienfinanzierung mit Grauzonen und tatsächlichen Unsicherheiten umzugehen ist.“

Meine Damen und Herren, genau das ist mangelnde Einsichtsfähigkeit der CDU, die Sie auch in dieser Drucksache dokumentieren, Herr Baldauf.

(Beifall der SPD)

Ich will das nur mit wenigen weiteren Angaben illustrieren, nämlich, dass Herr Frigge ausweislich der „Kieler Nachrichten“ vom 5. Mai 2010, also der Geschäftspartner, der im Übrigen mit dem früheren Fraktionsvorsitzenden Böhr genauso gut bekannt ist wie mit seinem jetzigen Bürgermeister, der ihn eingestellt hat, –

(Zurufe von der CDU)

– Entschuldigen Sie, also mit dem Präsidenten.

(Weitere Zurufe von der CDU)

– Ja, Sie wissen genau, dass der Hamburger gemeint ist.

– – sagt: Und auch wenn er erkannt hätte, dass möglicherweise Partei- und Fraktionsgelder nicht ordnungsgemäß ausgegeben worden seien, wäre es für ihn bedeutungslos gewesen. „Mir hätte als Berater völlig gleichgültig sein können, woher das Geld kommt.“ – Das mag ja sein, aber eine angeblich übergebene CD mit Belegen darüber ist verschwunden.

Nach den Berichten des Rechnungshofes gibt es auch keine Belege über diese Zahlungen. Da sagen Sie, zu diesem Sachverhalt gibt es keinen Aufklärungsbedarf? Ich halte eine weitere Aufklärung für geboten, damit wir – das ist dem Untersuchungsausschuss, dem Parlament vorbehalten – die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen können, was das für den Umgang mit öffentlichen Geldern bedeutet und ob wir möglicherweise andere Mechanismen – auch für die Frage, ob Fraktionen Kredite aufnehmen können oder nicht – einführen müssen.

Ich will ein Weiteres aufzeigen: Sie sagen, Sie haben alles getan, damit Aufklärung passiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, bei Ihnen sind heute noch

die gleichen Rechnungsprüfer tätig, die damals diese Sachen geprüft, für in Ordnung befunden und abgezeichnet haben, obwohl keine Belege über ca. 400.000 Euro vorhanden waren. Das ist Kontinuität.

(Bracht, CDU: Das ist eine falsche Behauptung!)

– Sie sagen, das sei eine falsche Behauptung. Im Bericht des Rechnungshofs wird das nicht anders aufgezeigt. Diese Prüfer sind nach wie vor im Amt. Sie haben keine Konsequenzen gezogen.

Sie haben auch keine Schadenersatzansprüche beispielsweise gegen Verantwortliche in der Fraktion geltend gemacht. Nach den Feststellungen des Rechnungshofs müsste das vielleicht auf der Hand liegen. Auch deshalb muss man nachfragen.

Lassen Sie mich einiges ausräumen. Sie haben in der Vordiskussion gesagt, es sei ein Tabubruch, einen solchen Untersuchungsausschuss einzurichten. Wir haben hierzu ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags eingeholt, der sagt: Nach Auffassung des Wissenschaftlichen Dienstes liegen keine Bedenken dagegen vor, dass ein Untersuchungsausschuss im Rahmen des Kontrollrechts des Parlaments sich mit einem zulässigen Gegenstand beschäftigt.

Es gab einen Untersuchungsausschuss des rheinland-pfälzischen Parlaments, der sich gebildet hatte, und zwar war das der Untersuchungsausschuss, den Landtagspräsident Diehl (CDU) am 28. April 1947 gegen sich selbst beantragt und in die Gänge gesetzt hatte, der sich mit Parlamentsfragen in diesem Parlament beschäftigt hat.

Darüber hinaus gibt es Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts teilweise zur Frage „Neue Heimat“ und teilweise zum Fall „Gysi“, die besagen, dass das Kontrollrecht des Parlaments und die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen ebenfalls ein zulässiger Gegenstand einer solchen Untersuchung sind, dass das im Interesse der Parlamentshygiene eine sinnvolle Beschäftigung ist und es zulässig ist, dass sich ein solcher Untersuchungsausschuss mit diesen Fragen befasst.

Herr Bracht, Herr Baldauf, Sie haben im Vorfeld angekündigt – möglicherweise auf Rechtsberatung von Ihnen, Herr Mertin –, dass – –

(Mertin, FDP: Ich habe kein Geld bekommen!)

– Das ehrt Sie.

– – Sie das Verfassungsgericht des Landes Rheinland-Pfalz zu dieser Frage anrufen wollen. Das ist Ihr gutes Recht. Ein solches Vorgehen werden wir respektieren. Das ist doch gar keine Frage.

(Mertin, FDP: Das müssen Sie respektieren! –  
Wirz, CDU: Das kann selbst Ihr Präsident nicht verhindern!)

Wenn ich ankündige, dass wir das respektieren, heißt das für die SPD-Fraktion, dass wir auch im Umgang mit dieser Rechtsfrage das respektieren und parlamenta-

risch vernünftig damit umgehen werden. Da gibt es die Frage, ob man etwas aussetzt oder zurückstellt, bis sich das Verfassungsgericht geäußert hat. Das ist in der Tat auch rechtlich eine spannende Frage.

Wir wollen nicht – das sage ich in dieser Offenheit – das ausforschen, was Sie in Ihrer Fraktion für die laufende oder künftige Arbeit vorbereitet haben. Wir wollen aber – das ist im Interesse der politischen Hygiene im Parlament notwendig –, dass der Verdacht aus dem Weg geräumt wird, dass unzulässig mit Fraktionsgeldern, die Ihnen aufgrund der Fraktionsgesetze zur Verfügung stehen, Parteifinanzierung betrieben worden ist, wie das eine unselige Tradition der CDU in diesem Lande gewesen ist. Ich hatte diese für abgeschlossen gehalten. Nach dem Augenschein ist das bei dieser Affäre nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich entgegenhalten lassen, dass sich das Verfassungsgericht mit der Finanzierung von Reklame, die Ihr früherer Vorsitzender Christoph Böhr gemacht hat, auseinandergesetzt hat. Ich bleibe beim Fußballvergleich: Es hat Ihnen dort eindeutig die gelbe Karte gezeigt. Das heißt, Sie wussten, die frühere Fraktionsführung wusste, wie sie mit Fraktionsgeldern umgehen muss. Gleichwohl hat sie das in keiner Weise beachtet und hat vertuschenderweise Geld zur Seite geschafft. Es lastet der Verdacht auf Ihnen, dass diese Affäre verschoben, aber nicht hinreichend aufgeklärt wurde. Deshalb ist die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses notwendig.

Meine Bitte gilt, dass dann, wenn etwas unklar ist, im Parlament insgesamt daran gearbeitet wird, dass im Rahmen eines Untersuchungsausschusses die notwendige Aufklärung erfolgt.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD –  
Wirz, CDU: Dann tun Sie das beim Nürburgring  
auch so!)

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Bracht von der CDU-Fraktion.

#### **Abg. Bracht, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, Herr Hartloff, hat zum wiederholten Male viele falsche Behauptungen aufgestellt. Wir haben das in unterschiedlichen Stellungnahmen gegenüber der Presse und auch im Ältestenrat mehrfach öffentlich widerlegt. Deshalb stelle ich heute Folgendes fest: Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz hat bezogen auf den Prüfungszeitraum 2003 bis 2006 ein unrechtmäßiges Gebaren in den Finanzen der damaligen CDU-Fraktion festgestellt. Für diese finanziellen Unregelmäßigkeiten der früheren Fraktionsgeschäftsführung entschuldige ich mich im Namen der heutigen CDU-Fraktion an dieser Stelle noch einmal öffentlich. Da sind Fehler gemacht worden. Deshalb tragen wir, obwohl wir nicht dafür ver-

antwortlich sind, heute die Konsequenzen und zahlen den Betrag aus heutigen Mitteln an den Landtag zurück, und zwar genau den Betrag, der vom Rechnungshof als nicht dem Fraktionsgesetz entsprechend verausgabt und dokumentiert bzw. dokumentiert festgestellt wurde.

Meine Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Monaten und Jahren alles getan, um die Vorgänge aufzuklären. Wir haben umfänglich mit der Staatsanwaltschaft und mit dem Rechnungshof kooperiert. Die Staatsanwaltschaft hat ermittelt, und sie ermittelt noch. Der Rechnungshof hat geprüft und einen umfangreichen Bericht vorgelegt. Dennoch beantragt die SPD-Fraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Das zur parlamentarischen Klärung solcher Sachverhalte vorgesehene Instrument des Ältestenrats haben Sie nicht genutzt. Gerade einmal ein paar wenige Fragen haben Sie da gestellt, die wir umfänglich beantwortet haben.

(Ramsauer, SPD: Jetzt lache ich aber!)

Wir hätten Ihnen weitere Fragen beantwortet, wenn Sie weitere gestellt hätten. Das haben Sie nicht getan.

Stattdessen beantragen Sie einen Untersuchungsausschuss, wodurch schon alleine belegt wird, dass es Ihnen nicht um Aufklärungsarbeit geht. Ihnen geht es einzig und allein um Wahlkampfhilfe für die SPD. Einzig und allein!

(Beifall der CDU –  
Ramsauer, SPD: Wahlkampf, den haben Sie  
rechtswidrig bezahlt!)

– Herr Ramsauer, hören Sie doch auf mit diesen falschen Behauptungen.

(Ramsauer, SPD: Natürlich!)

– Das ist Unsinn.

(Ramsauer, SPD: Sie haben es doch ausgegeben!)

– Dann hätte der Rechnungshof das festgestellt. Das hat er nicht getan. Deshalb behaupten Sie nicht ständig weiter so etwas Falsches.

Dieses Interesse an Wahlkampf Ihrerseits bestätigt Ihr Staatssekretär und SPD-Parteiratsvorsitzender Lewentz in einem veröffentlichten Interview.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wir halten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vor dem Hintergrund der Arbeit des Rechnungshofs, die sehr gründlich war, und der Staatsanwaltschaft für überflüssig. Wir halten die Einsetzung zudem auch für unzulässig.

Meine Damen und Herren, Sie missbrauchen das wichtige Instrument des parlamentarischen Untersuchungsausschusses,

(Pörksen, SPD: Seien Sie einmal sehr vorsichtig!)

nämlich das Recht, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen,

(Pörksen, SPD: Ich weiß, wovon ich rede!)

ist originär ein Recht des Parlamentes zur Kontrolle der Regierung.

(Beifall der CDU und der FDP)

Die hiesige Regierungsmehrheit der SPD deutet dieses Recht jedoch genau in das Gegenteil um. Das ist nicht in Ordnung. Hier wird der Demokratiegrundsatz der Gewaltenteilung nachhaltig verletzt.

(Beifall der CDU und der FDP)

Zudem spricht der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz in seinem Urteil vom 19. August 2002 im Zusammenhang mit der Prüfung von Fraktionsfinanzen von der Rechnungshofprüfung als dem „grundsätzlich abschließenden Kontrollinstrumentarium“.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund dieser drei Sachverhalte, Wahlkampf, Gewaltenteilung und dem abschließenden Rechnungshof-Kontrollrecht, werden wir vor dem Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz Klage erheben. Der Verfassungsgerichtshof soll klären, ob ein solcher Untersuchungsausschuss der Mehrheitsfraktion gegen eine Oppositionsfraktion zulässig ist.

Wir halten es auch für geboten, bis zur Klärung durch den Verfassungsgerichtshof keine Fakten zu schaffen. Das heißt, dass der Untersuchungsausschuss, sollte ihn die SPD heute einsetzen, seine Arbeit nicht aufnehmen darf. Zuerst muss der Verfassungsgerichtshof sprechen.

Meine Damen und Herren, wir, die CDU-Fraktion, sagen aus den genannten Gründen Nein zur Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen des Gymnasiums Ramstein-Miesenbach (2. Gruppe) und Schülerinnen und Schüler der Klasse 9 b des Marion-Dönhoff-Gymnasiums Lahnstein. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Herbert Mertin von der FDP-Fraktion.

#### **Abg. Mertin, FDP:**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechnungshof hat in seinem Bericht über die Prüfung der Fraktionsgelder festgestellt, dass früher Verantwort-

liche der CDU-Fraktion in erheblichem Umfang rechtswidrig Gelder verwandt haben, und hat dies auch ausdrücklich festgestellt mit der Folge, dass das Geld zurückzuzahlen ist.

Auch die Staatsanwaltschaft hat deshalb Ermittlungen aufgenommen. Ich erkläre für meine Fraktion, dass wir eindeutig an den Feststellungen des Rechnungshofs mit festhalten und keinen Zweifel daran haben, dass diese Feststellungen zutreffend sind.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte dies voranstellen, weil wir trotzdem, Herr Kollege Hartloff, der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nicht zustimmen werden, aber nicht weil wir der Auffassung wären, hier wäre ein Fehler des Rechnungshofs oder von wem auch immer gemacht worden, sondern weil hier schon ein Tabu überschritten und durchbrochen wird, das es bisher gab.

Der Untersuchungsausschuss ist typischerweise so ausgestaltet, dass er ein Kontrollrecht des Parlaments gegenüber der Regierung ist,

(Beifall der FDP und der CDU –  
Eymael, FDP: So ist es!)

weshalb er auch bereits mit einer qualifizierten Minderheit eingesetzt werden kann und damit die Opposition gegen die Mehrheit einen solchen Antrag auch durchsetzen kann.

Das sieht man auch in der Ausgestaltung des Untersuchungsausschussgesetzes, in dem der Regierung Beteiligungsrechte eingeräumt werden, die eigentlich bei dem, was Sie heute beantragen, nicht notwendig sind, weil es gar nicht um die Regierung geht. Daran sehen Sie schon, dass der Hauptzweck eines Untersuchungsausschusses die Kontrolle der Regierung durch das Parlament ist.

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Hartloff, Sie haben einige Tatbestände und auch Urteile genannt, in denen darüber geurteilt wurde, ob nicht auch zu anderen Zwecken ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden kann.

Es ist zutreffend, auch in diesem Hohen Hause ist das einmal geschehen, aber immer nur betreffend einzelne Abgeordnete oder andere Gegenstände. Hier wird erstmalig ein Untersuchungsausschuss gegen eine Fraktion eingesetzt. Ein solcher Untersuchungsausschuss ermöglicht es natürlich den anderen Fraktionen, sehr tiefe Einblicke in die Entscheidungsabläufe der Wettbewerber zu erlangen. Das ist schon ein Problem.

(Beifall der FDP und der CDU)

Dass wir als Fraktionen des Parlaments nicht nur völlig losgelöst von der Wirklichkeit, sondern letztlich auch Wettbewerber sind, fand auch deutlichen Ausdruck darin, wie wir alle im Gesetz geregelt haben, wie eigentlich unsere Gelder geprüft werden.

Der Landtag hat nämlich ein Fraktionsgesetz beschlossen, in dem ausdrücklich ein neutraler Dritter damit beauftragt wird, nämlich der Rechnungshof. Nur ihm gegenüber haben die Fraktionen alles offenzulegen. Wieso tun wir das denn? Wieso haben wir das so geregelt? Wir haben das so geregelt, weil jeder weiß, dass es schon ein Problem ist, wenn wir anfangen, uns wechselseitig in die Karten zu schauen.

(Beifall der FDP und der CDU)

Es ist so ausgestaltet worden, dass bereits die Feststellung des Rechnungshofs, dass Gelder zweckfremd verwandt wurden, die Rückzahlungspflicht der Fraktion auslöst. Das heißt, die Landtagsverwaltung muss überhaupt nichts mehr prüfen. Sie muss einfach nur das Geld beitreiben, wenn es nicht gezahlt wird.

Wenn die betroffene Fraktion das vermeiden will, muss sie vor Gericht gehen. Das ganze Verfahren deutet darauf hin, dass das Parlament gerade nicht wollte, dass sich die Fraktionen wechselseitig in die Karten schauen. Wenn Sie jetzt einen Untersuchungsausschuss beantragen, unterlaufen Sie eigentlich das, was wir selbst im Fraktionsgesetz geregelt haben, nämlich wie unsere Karten geprüft werden.

(Beifall der FDP und der CDU)

Herr Kollege Hartloff, um es klarzustellen. Bevor ich die Pressekonferenz durchgeführt habe, in der wir unsere Haltung erläutert haben, habe ich nicht ein Wort mit dem Kollegen Baldauf gesprochen. Er ist Manns genug, seine Entscheidungen selbst zu treffen und braucht dafür nicht meine Ratschläge.

An der Stelle meine ich, ist es begrüßenswert, wenn die betroffene Fraktion, die es jetzt gerichtlich prüfen lässt, weil es schon für die Zusammenarbeit im Hohen Hause von Interesse ist, für die Zukunft für andere Fälle, und zwar völlig losgelöst von diesem Fall, bei dieser Gelegenheit einmal geklärt bekommt, unter welchen Voraussetzungen und einschränkenden Kautelen gegebenenfalls ein solcher Untersuchungsausschuss zulässig ist.

Machen wir uns nichts vor. Über Beweisanträge und Zeugeneinvernahmen kann man doch weit über das hinaus, was in der Fraktion selbst stattfindet, bis in die Parteien hinein Dinge untersuchen. Das ist, wenn wir alle im Wettbewerb untereinander stehen, nicht gerade sinnvoll für die Demokratie.

Deshalb erhoffe ich mir jetzt eine Klarstellung durch den Verfassungsgerichtshof. Diese Klarstellung werden wir natürlich alle mit dem nötigen Respekt gegenüber dem Gericht entgegenzunehmen haben. Ich finde es richtig, dass an der Stelle die betroffene Fraktion deshalb eine solche juristische Klärung herbeiführt.

Wir werden, wenn wir vom Gericht angehört werden, eine entsprechende Stellungnahme im Sinne dessen, was ich hier ausgeführt habe, abgeben. Wenn das Gericht nur den Landtag anhören sollte, gehe ich davon aus, dass der Landtag dem Gericht unsere Stellung-

nahme ungekürzt zuleitet; denn hier geht es um die Rechte der Fraktionen als solche.

(Beifall der FDP und der CDU –  
Eymael, FDP: So ist es!)

Die müssen dann auch Gelegenheit haben, ihre Stellungnahmen abzugeben.

Aber wenn man es rein politisch bewerten will, ist meine Fraktion der Auffassung, dass der Untersuchungsausschuss leider nicht dazu beitragen wird, die Politikverdrossenheit abzubauen, sondern er wird sie gegebenenfalls noch steigern.

(Beifall der FDP und bei der CDU –  
Eymael, FDP: So ist es!)

Deshalb haben wir im Vorfeld immer davor gewarnt – – –

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Herr Ministerpräsident, Sie können es unglaublich finden, aber ich glaube nicht, dass in der Wahrnehmung am Schluss deutlich wird, worum hier gekämpft wird oder ob deutlich unterschieden wird, wer wo wie was welches Fehlverhalten an den Tag gelegt hat. Am Schluss werden wir alle in einen Sack gesteckt, und es wird draufgehauen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Aber das ist etwas, das man manchmal in Kauf nehmen muss. Das ist dann so.

Meine Fraktion ist jetzt an der Reihe. So sind die Regeln des Hohen Hauses.

Das Gesetz sieht vor, dass der Vorsitzende eines Untersuchungsausschusses ein Jurist sein soll. Bekanntlich hat meine Fraktion nur einen, und der steht jetzt hier vor Ihnen. Wir hatten deshalb überlegt, ob wir nicht von der Soll-Vorschrift Gebrauch machen sollen und vielleicht jemand anderen benennen. Aber nachdem schon munter gestritten wird unter Aufregung dessen, was bisher eigentlich nicht stattfand, ist nicht völlig ausgeschlossen, dass jemand auf die Idee kommen könnte, eine solche Entscheidung meiner Fraktion zu beklagen und überprüfen zu lassen, ob eine solche, auf die Soll-Vorschrift gestützte Entscheidung zulässig wäre.

Da meine Fraktion an der Stelle eine solche Gelegenheit nicht eröffnen wird und will – das wird auch nicht zum Abbau der Politikverdrossenheit führen –, wird meine Fraktion einen Vorschlag machen, der den Anforderungen genügen wird und eine solche Klage vermeidet. Das wollte ich an dieser Stelle nur deutlich machen, sodass jeder, der sich da etwas gedacht hat, dies nicht tun können.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Völlig unabhängig davon, ob es rechtlich zulässig ist oder nicht – das wird das Gericht zu klären haben –, würden wir, selbst wenn es das Gericht für zulässig

erachtete, heute der Einsetzung eines solchen Untersuchungsausschusses nicht zustimmen, und zwar liegt dies ausschließlich daran, dass der Staatssekretär des Inneren – wie im „TV“ nachzulesen ist – verkündet hat, man sei ja schließlich im Wahlkampf und wolle nicht in Schönheit sterben.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Daraus kann man ableiten, dass die unter Druck geratene Regierung bei ihrer Fraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen die anderen zur Entlastung einfordert, und wir würden als Opposition unser Gesicht verlieren, wenn wir einem solchen Manöver zustimmen würden.

(Beifall bei der FDP)

Also auch aus diesem Grunde stimmt meine Fraktion der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nicht zu.

(Beifall der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Herr Abgeordneter Hartloff von der SPD-Fraktion hat das Wort.

#### **Abg. Hartloff, SPD:**

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich auf ein paar Punkte eingehen.

Herr Kollege Bracht, man soll Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Ursache für die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses ist das Fehlverhalten der CDU.

(Dr. Weiland, CDU: Der Wahlkampf!)

Wenn Sie halb so verbal-radikal, wie Sie sich gegenüber der Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses äußern, mit Ihrer Aufklärung umgehen würden, wäre ich schon froh.

(Beifall der SPD –  
Zurufe von der CDU)

Im Übrigen hatten wir den Ältestenrat mit der Frage befasst. Nur, Ihre Antworten waren so stereotyp, ohne dass ich aus der nicht öffentlichen Sitzung groß etwas – – – Wie Sie öffentlich sagen, wir haben alles gemacht, wir können nicht mehr machen, also ist alles erledigt und außerdem zahlen wir, – – –

(Bracht, CDU: Es ist so!)

Teppich auf, Kiste drunter, erledigt.

Sie wollen den Untersuchungsausschuss nicht, weil Sie die komplette Aufklärung nicht wollen. Das ist Ihr Interesse und Ihre Angst. Das bemänteln Sie auch nicht mit

den staatspolitischen Erwägungen, die Herr Mertin eben genannt hat.

(Beifall der SPD –  
Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Es trifft zu, Hauptzweck von Untersuchungsausschüssen ist sicherlich die Kontrolle der Regierung. Das ist das Typische. Allerdings heißt es in Artikel 91, dass sich Untersuchungsausschüsse mit dem befassen, was der Landtag beschließt und an dem die Öffentlichkeit Interesse hat. Ein Untersuchungsausschuss des Landtags hat die Aufgabe, Sachverhalte, deren Aufklärung im öffentlichen Interesse liegt, zu untersuchen und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten. Es liegt im öffentlichen Interesse, womit die Gelder verbeutelt wurden.

Dass der Rechnungshof Bericht erstattet, dass staatsanwaltschaftlich ermittelt wird, ist in fast jedem Untersuchungsausschuss in diesem Land, im Bund und woanders so. Das unterscheidet sich in keiner Weise.

Lassen Sie mich aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zitieren, vom 21.05.1996 (2BrE 1/95), es ist ein Beschluss, Entschuldigung, eine Entscheidung. Da heißt es: „Das belegt der in der parlamentarischen Debatte wiederholt betonte Zweck des Verfahrens“, nämlich solche Untersuchungsausschüsse zu machen, „zur ‚Selbstreinigung‘ des Parlaments beizutragen“. Dann steht bei Bundesverfassungsgerichtsentscheidung 77/1, „der Bundestag kann innerhalb seines Aufgabenbereichs bei Vorliegen eines öffentlichen Untersuchungsinteresses von hinreichendem Gewicht Überprüfungsaufträge an ein parlamentarisches Gremium zur Ermittlung von Sachverhalten erteilen, die seine Integrität und seine politische Vertrauenswürdigkeit berühren.“

(Glocke des Präsidenten)

Wir alle stehen im Fokus, und genau deshalb beantragen wir diesen Untersuchungsausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. – Entschuldigung. Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Bracht von der CDU-Fraktion.

#### **Abg. Bracht, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die CDU-Fraktion beantrage ich unter Bezugnahme auf § 46 der Geschäftsordnung des Landtags namentliche Abstimmung.

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Der Fraktionsgeschäftsführer der CDU hat namentliche Abstimmung beantragt. Die amtierenden Schriftführer

sammeln die Stimmkarten am Platz der Abgeordneten mit den Abstimmungsurnen ein. Bei der Auszählung werden die amtierenden Schriftführer durch Mitarbeiter der Landtagsverwaltung unterstützt.

Sie können sich jetzt Ihrer Abstimmungskarten bedienen.

Ich weise noch einmal darauf hin, die rosa Stimmkarte bedeutet nein, die grüne Stimmkarte bedeutet ja, und die braune Stimmkarte bedeutet Enthaltung. Also Rosa nein, Grün ja und Braun Enthaltung.

(Die Stimmkarten werden von den schriftführenden Abgeordneten eingesammelt)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sind alle Stimmen abgegeben? Hat noch jemand ein Stimmkärtchen, das noch nicht abgegeben ist? – Dann stelle ich fest, dass die Stimmen abgegeben sind, und schließe den Wahlgang.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist bis zum Auszählen des Stimmergebnisses unterbrochen.

Unterbrechung der Sitzung: 12:02 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 12:04 Uhr.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung wieder. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt vor (siehe Anlage):

Abgegebene Stimmen 96,  
gültige Stimmen 96.

Mit Ja stimmten 50,  
mit Nein 46.

Damit ist der Antrag des Abgeordneten Jochen Hartloff (SPD) und 52 weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4687 – angenommen.

Wir kommen dann zur Wahl des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses. Ich bitte um Vorschläge.

Herr Abgeordneter Eymael von der FDP-Fraktion hat sich gemeldet.

#### **Abg. Eymael, FDP:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach § 5 Untersuchungsausschussgesetz wählt der Landtag aus seiner Mitte einen Abgeordneten zum Vorsitzenden. Ich darf Ihnen den Abgeordneten Herbert Mertin vorschlagen.

(Beifall der FDP –  
Dr. Altherr, CDU: Guter Vorschlag! –  
Ramsauer, SPD: Gute Wahl!)

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Herr Abgeordneter Mertin ist vorgeschlagen. Wer stimmt für den Abgeordneten Mertin? – Wer stimmt dagegen? –

Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist mit den Stimmen der SPD und der FDP bei Stimmenthaltung der CDU Herr Herbert Mertin als Ausschussvorsitzender gewählt.

Ich gratuliere ihm herzlich und wünsche ihm viel Spaß bei der Arbeit.

(Mertin, FDP: Herzlichen Dank, Herr Präsident! – Heiterkeit bei der FDP)

Wir kommen jetzt zur Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden. Ich bitte um Vorschläge.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schleicher-Rothmund von der SPD.

**Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als stellvertretenden Vorsitzenden schlage ich den Abgeordneten Clemens Hoch vor.

**Vizepräsident Bauckhage:**

Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Es ist Herr Abgeordneter Clemens Hoch vorgeschlagen. Wer stimmt für Herrn Clemens Hoch? – Wer stimmt dagegen? – Dann ist der Abgeordnete Clemens Hoch mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU gewählt.

Ich danke Ihnen.

Wir kommen zu **Punkt 17** der Tagesordnung.

Zur Geschäftsordnung hat Herr Kollege Bracht von der CDU das Wort.

**Abg. Bracht, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf noch einmal auf die Entscheidung des Präsidenten im Zusammenhang mit der Aussprache zur Mündlichen Anfrage Bezug nehmen und will hier erklären, dass die CDU-Fraktion Einspruch gegen die Entscheidung des Präsidenten einlegt.

Wir beziehen uns dabei auf § 132 Abs. 2 der Geschäftsordnung. Unsere Mitglieder des Rechtsausschusses haben eine Sondersitzung des Rechtsausschusses beantragt. Ich bitte darum, dass diese Sondersitzung unmittelbar stattfindet.

**Vizepräsident Bauckhage:**

Herr Kollege Bracht, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, wir sind bei einem anderen Tagesordnungspunkt. Es ist Ihnen unbenommen, Sie können natürlich

Widerspruch einlegen, nur hier passt es nicht in die Debatte.

(Heiterkeit bei der SPD – Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Deshalb bitte ich Sie, das zu tun, was Sie tun wollen, aber das nicht mehr hier zu begründen.

Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet und nicht zu diesem Tagesordnungspunkt.

(Zurufe von der CDU – Pörksen, SPD: Er hat den Punkt aufgerufen!)

Ich lege Wert auf die Feststellung, dass man an einer Wortmeldung zur Geschäftsordnung nicht erkennen kann, zu welchem Tagesordnungspunkt gesprochen wird. Ich habe Sie sprechen lassen, jetzt erachte ich die Sache als erledigt.

Wir kommen zu **Punkt 17** der Tagesordnung:

**Situation der Diabeteskranken in Rheinland-Pfalz  
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion  
der CDU und der Antwort der Landesregierung  
auf Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksachen 15/4366/4592/4646 –

(Unruhe im Hause – Mehrere Abgeordnete der CDU-Fraktion verlassen den Saal)

Wenn der Lärmpegel nicht nachlässt, kann ich Sie warten lassen, so ist das nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich bitte Sie auch im Interesse des Redners, den Lärmpegel zu senken; denn sonst kann man hier keine vernünftige Debatte führen.

Herr Abgeordneter Enders, ich gehe davon aus, dass Sie jetzt durchdringen mit Ihrer Stimme. Ich bitte noch einmal um mehr Ruhe.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Enders von der CDU-Fraktion.

**Abg. Dr. Enders, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde etwas lauter reden, damit das alle hören bei dem Lärmpegel.

Wir besprechen heute die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Situation der Diabeteskranken in Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, es gibt mittlerweile in Deutschland 7,5 Millionen Menschen mit Diabetes.

Jedes Jahr kommen 300.000 hinzu, allein mit Diabetes Typ 2. Somit existieren in Deutschland mit die höchsten Raten an diagnostizierten Diabetikern.

Die Intention unserer Großen Anfrage war eine grundlegende Bestandsaufnahme der Thematik. Wir gingen nicht davon aus, dass es in Rheinland-Pfalz fundamentale Defizite in der Versorgung der Diabetikerinnen und Diabetiker gibt, und diese Annahme wurde auch durch die Antwort der Landesregierung bestätigt. Das heißt aber nicht, dass es keinen Verbesserungsbedarf gibt. In Rheinland-Pfalz rechnen wir mit 200.000 bis 280.000 Menschen, die an Diabetes mellitus erkrankt sind. Die häufigste Diabetesart, Diabetes Typ 2, ist eng mit einer ungesunden Lebensweise, mit Fehl- und Überernährung sowie mit Bewegungsmangel assoziiert und tritt natürlich häufig bei Menschen auf, die übergewichtig sind, die Fettstoffwechselstörungen und Bluthochdruck haben. Insoweit ist diese Erkrankung der Prävention besonders zugänglich.

Diese Prävention ist als Investition anzusehen, da aufgrund der Begleiterkrankungen erhebliche Kosten für die Volkswirtschaft und die Krankenkassen und damit für uns alle entstehen. Schätzungen gehen davon aus, dass pro Jahr und pro Patient aufgrund von Diabetes und diabetesbedingten Erkrankungen Mehrkosten in Höhe von 2.000 Euro entstehen. Bezogen auf Deutschland bedeutet das 6,8 %, also knapp 7 % der Gesundheitsausgaben. Wir können also zu Recht von einer Volkskrankheit sprechen.

Nach der Todesursachenstatistik sind im Jahr 2008 in Rheinland-Pfalz insgesamt 966 Menschen an Diabetes mellitus verstorben. Es fehlt an einem zielgerichteten System zur Früherkennung. Dies ist aber keine rein politische Frage, sondern dabei müssen alle mitmachen. Im Durchschnitt wird die Erkrankung erst zehn Jahre nach ihrem Ausbruch diagnostiziert. Wenn man den Präventionsgedanken stärken will, lässt sich die Zuckerkrankheit um Jahre bis Jahrzehnte nach hinten verschieben, und viele Kosten lassen sich vermeiden.

Im Bereich der Prävention führt die Landesregierung in ihrer Antwort zahlreiche Projekte auf, die von ihr selbst oder von anderen Trägern unterstützt und durchgeführt werden. Es wird aber in der Antwort nicht ganz deutlich, inwieweit diese Projekte über eine abgestimmte Gesamtstrategie miteinander verbunden sind. Deshalb schlägt auch die Landesregierung eine stärkere Vernetzung und Abstimmung der Angebote der einzelnen Anbieter im Sinne eines konzertierten Vorgehens vor. In diesem Bereich gibt es also noch Handlungsbedarf. Insbesondere müssen die Präventionsaktivitäten noch zielgerichteter auf bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgerichtet werden.

Meine Damen und Herren, ich denke aber, dass spezielle Konzepte auch für Menschen mit Migrationshintergrund notwendig sind, da aufgrund von Sprachbarrieren und anderen Kulturen ein Bedarf gegeben ist. Auch die stärkere Einbindung der Ärzte in die Prävention ist zugestandenermaßen notwendig.

Insgesamt kann man sagen, dass die diabetologische und medizinische Versorgung in Rheinland-Pfalz gut ausgebaut ist und flächendeckend sichergestellt wird; allerdings ist die Menge diabetologisch qualifizierter pädiatrischer Behandlungseinrichtungen vergleichsweise gering. Je nach Wohnsitz können zu einem wohnortna-

hen pädiatrischen Diabetologen möglicherweise nicht unerhebliche Entfernungen bestehen. Dies sollte gerade im Bereich der Pädiatrie verbessert werden.

Meine Damen und Herren, der Landesdiabetesbeirat hat ein Krankenhauspapier verabschiedet, das Vernetzungsstrukturen vorgibt, die noch umgesetzt werden müssen. Nach eigenen Angaben der Landesregierung ist dies noch nicht geschehen.

Auch im stationären Bereich gibt es noch Möglichkeiten der Verbesserung. Viele von Ihnen kennen die Behandlungsleitlinien der Deutschen Diabetesgesellschaft, die beschreiben, wie eine optimale Versorgung von Diabetekranken aussehen sollte. Aufgrund von Gesprächen mit Interessensverbänden weiß ich, dass diese Leitlinien im Alltag nicht immer so umgesetzt werden, wie es notwendig wäre. Dies liegt nach Expertenmeinung häufig an der mangelnden Vernetzung der Behandlungen.

Meine Damen und Herren, Diabetiker brauchen einen Hausarzt, der sie betreut. Von Zeit zu Zeit müssen sie in eine Spezialpraxis, um gegebenenfalls neu eingestellt und geschult zu werden. Gelegentlich sind auch Krankenhausaufenthalte notwendig.

Etwas undifferenziert fällt die Antwort der Landesregierung zur Forschungssituation und diesbezüglichen Defiziten und Handlungsbedarfen aus. Die Landesregierung räumt ein, dass die Diabetesforschung in der Universitätsklinik Mainz nicht im Mittelpunkt der Fokussierung steht. Auch Möglichkeiten der Kooperation im Deutschen Zentrum für Diabetesforschung in München scheinen noch nicht abschließend geklärt zu sein. Es sollte auf eine stärkere Vernetzung der wissenschaftlichen Akteure gedrängt werden.

Ich darf zusammenfassend sagen, es gibt keine fundamentalen Defizite in der Diabetesversorgung in Rheinland-Pfalz. Den Verbesserungsbedarf habe ich aufgezeigt. Ich nenne noch einmal abschließend die Vernetzung und die Prävention.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

#### **Vizepräsident Bauckhage:**

Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Ebli von der SPD-Fraktion.

#### **Abg. Frau Ebli, SPD:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist kein Geheimnis, und wir wissen es nicht erst seit der Beantwortung der Großen Anfrage zur Situation der Diabetekranken in Rheinland-Pfalz: Diabetes mellitus wurde zur Volkskrankheit Nummer eins. Schätzungen sprechen von 200.000 bis 280.000 Menschen in Rheinland-Pfalz. Zu ähnlichen Ergebnissen ist auch Herr Dr. Enders gekommen. Bricht man die Zahlen von der Bundes- auf die Landesebene herunter, so sind sie wesentlich höher. Wir wissen auch, dass es eine hohe Dunkelziffer von Menschen mit Diabetes gibt, die es

nicht wissen und die nicht zur Behandlung gehen, die aber behandlungsbedürftig sind.

Das Besorgniserregende dabei ist, dass man künftig mit einem weiteren Anstieg der Erkrankungsfälle rechnen muss. Wenn die Krankheit früh erkannt wird und die Patientinnen und Patienten gut eingestellt sind und wenn sie selbst durch gesundheitsbewusstes Verhalten dazu beitragen, müssen sie nicht zwingend Lebensqualität oder gar Lebenserwartung einbüßen. Wenn dies allerdings nicht der Fall ist, können insbesondere bei an Diabetes Typ 2 erkrankten Menschen schwere Begleit- und Folgeerkrankungen auftreten, die die Lebensqualität, ja sogar die Lebenserwartung gravierend einschränken können. Als einige gravierende Beispiele nenne ich Herzinfarkte, Schlaganfälle, Amputationen, Nierenversagen, Erblindung und neurologische Erkrankungen.

Dies alles klingt sehr tragisch, aber es sind Tatsachen. Wenn man sich darüber hinaus die Kostenseite dieser Volkskrankheit anschaut, dann überläuft es einen regelrecht. In einer europäischen Studie wurden erstmalig die Kosten für Diabetes Typ 2 in acht europäischen Ländern analysiert. Darin wird von Kosten in Höhe von 29 Milliarden Euro jährlich ausgegangen. Der größte Anteil fiel dabei auf die erforderliche stationäre Behandlung. Danach fallen diabetesbedingt pro Jahr und Patient rund 2.000 Euro Mehrkosten an. Für Deutschland wären es nach dieser Studie 14,6 Milliarden Euro und damit 6,8 % der Gesundheitsausgaben insgesamt.

Es wurde auch festgestellt, dass der Anteil der erkrankten Frauen höher liegt als der Anteil der Männer. Auch wurde verstärkt schon bei Kindern eine Erkrankung an Diabetes Typ 2, also der sogenannten Altersdiabetes, festgestellt. Auch dieser Anteil steigt kräftig an. Damit sind sehr hohe Kosten für die Volkswirtschaft und für die Solidargemeinschaft verbunden.

Es war gut und richtig, dass sich die Landesregierung bereits in den 90er-Jahren mit vielen Partnern auf den Weg begeben hat, um die Situation der an Diabetes erkrankten Menschen in Rheinland-Pfalz zu verbessern. Im Bereich der Forschung gibt es in Rheinland-Pfalz vier Einrichtungen, darunter die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz, ein privates Institut unter der Leitung von Herrn Professor Dr. Pfützner, die deutsche Vertretung von Novo Nordisk und das rheinland-pfälzische Unternehmen Boehringer Ingelheim. Daneben gibt es Forschungsaktivitäten auf ehrenamtlicher Basis von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten wie das Pfalz-Fußnetz Südwest oder die Arbeitsgemeinschaft der Diabetologie und Endokrinologie – ADE –, die gerade ein Projekt zur Versorgungsforschung von Gestationsdiabetes, also Schwangerschaftsdiabetes, in mehreren rheinland-pfälzischen Praxen starten.

Hier höre ich, dass Screenings auf Schwangerschaftsdiabetes in gynäkologischen Praxen in Zusammenarbeit mit Diabetes-Schwerpunktpraxen durchgeführt werden und diese Zusammenarbeit im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr effektiv und sehr gut ist. Frau Morsblech nickt mir zustimmend zu.

Das ist eine der Vernetzungen, die Herr Dr. Enders auch angesprochen hat, die wichtig sind. Es ist wichtig, dass sich die Akteure untereinander vernetzen.

Frau Ministerin, ich möchte Ihnen bei dieser Gelegenheit ein herzliches Dankeschön dafür sagen, dass es dank der Erschließungsanträge der Landesregierung im Gesundheitsausschuss des Bundesrates gelungen ist, dass Kinder mit Diabetes Typ 1 endlich mit einem GdB-Wert von 50 eingestuft werden. Das war ein ganz wichtiger Kampf. Es ist gut und richtig, dass es so gelungen ist. Ich weiß, dass beispielsweise Frau Neese von der AOK Rheinland-Pfalz, die wir sehr gut kennen, jetzt richtig aufatmen wird.

Wenn man die Beantwortung der Großen Anfrage genau liest – die Antworten sind dankenswerterweise sehr detailliert –, könnte man zu dem Schluss kommen, in Rheinland-Pfalz ist alles gut. Das ist es im Grunde auch. Wir haben eine gute medizinische Versorgung. Es wird geforscht. Es gibt Netzwerke unter den Haus- und Fachärzten und Fachärztinnen. Die Arbeit und das Engagement der Selbsthilfegruppen sind gar nicht hoch genug anzuerkennen und zu loben. Die finanzielle Unterstützung durch das Land ist gut eingesetzt. Sie bekommen ca. 30.000 Euro im Jahr.

Die größte Bedeutung kommt allerdings in der Tat der Prävention zu. Damit kann man in Bezug auf Diabetes mellitus gar nicht früh genug beginnen, also in Kindertagesstätten, in Schulen, in Vereinen, in Betrieben, in Unternehmen, Verwaltungen. Die Volkshochschulen engagieren sich, die Krankenkassen, Netzwerke, Adipositas-Netzwerk beispielsweise. Hier hat die Landeszentrale für Gesundheitsförderung schon Großartiges geleistet, muss es aber auch weiterhin tun, vor allem auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung.

Wir müssen dafür sorgen, dass es den Menschen überall bewusst gemacht wird, dass sie es selbst in der Hand haben, weitestgehend gesund zu leben, gesund alt zu werden, Lebensqualität zu haben und zu erhalten. Möglicherweise kostet uns die Fortführung oder Erweiterung von Präventionsmaßnahmen wie Schulungen, Öffentlichkeitsarbeit und Ähnliches noch eine Stange Geld. Ich meine, dass man in diesem Zusammenhang durchaus weiter auf die hohe Kompetenz und die Erfahrung der Landeszentrale für Gesundheitsförderung zurückgreifen kann.

Ich meine, wenn man im Endeffekt dabei etwas Gutes für die Menschen, für die Frauen, für die Männer und vor allem für die Kinder erreicht und dazu im Endeffekt noch enorme Kosten für die Solidargemeinschaft zurückfahren kann, dann sollten wir das tun. Dann sollten wir das nicht nur tun, dann müssen wir das auch mit aller Intensität in die Prävention von Diabetes mellitus investieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Bauckhage:**

Ich erteile Herrn Dr. Schmitz für die FDP-Fraktion das Wort.

**Abg. Dr. Schmitz, FDP:**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU hat mit dieser Großen Anfrage ein sehr wichtiges Thema beleuchtet. Diabetes mellitus, insbesondere der Stufe 2, lässt sich nicht mehr anders beschreiben als eine zunehmende Epidemie. Das ist nicht nur eine Volkskrankheit – das ist ein zutreffender Terminus –, sondern ich glaube, es geht wirklich weiter. Da rollt eine Bewegung, die ungebremst größer wird. Die Zahlen, die wir jetzt haben, sind verheerend. Das Aufwachsen in diese Zahlen hinein lässt sich seit 30 bis 40 Jahren beobachten.

Wenn man Wirkungsforschung betreibt, dann kommt man schon seit Jahrzehnten zu den immer gleichen klaren Ergebnissen. Die Therapiechancen sind durch verbesserte Diagnostik und verbesserte diabetologische Regime deutlich besser geworden. Menschen mit Diabetes können heute weitgehend unproblematisch ein hohes Alter erreichen. Allerdings ist bei der Masse der Betroffenen natürlich auch zahlenmäßig ein ganz hoher Teil, der insbesondere im Alter massiv trotz guter Behandlung unter den Spätfolgen dieses Diabetes leidet. Das sind Amputationen, Erblindungen, vielfache andere Erkrankungen, denen sich Menschen ausgesetzt sehen und die im Alter die Lebensqualität beeinträchtigen und auch das Lebensalter begrenzen.

In dieser Situation Politik in das Feld hineinragen zu wollen, hieße, einen Fehler zu machen. Deswegen finde ich es gut, wie unaufgeregt Peter Enders das Thema angesprochen hat, auch Kollegin Ebli. Ich möchte selbstverständlich in der gleichen Art und Weise mit diesem Thema umgehen.

Wenn ich jetzt kritischere Fragen stelle, dann weiß Gott nicht als Kritik an der Landesregierung. Wenn ich mir überlege, was man mehr tun könnte, dann stellen sich mir erst einmal nur viele Fragen. Mit den Mitteln der Politik dieses Problem zu lösen, ist nicht einfach. Ich glaube aber schon, man wird das Ziel nicht aufgeben dürfen, das Problem zumindest für die Zukunft zu begrenzen und zu relativieren.

Wenn ich zum Beispiel das krasse Missverhältnis sehe – damit betreibe ich keine Industrieschelte oder Amerikanerschelte –, das zwischen den Werbemaßnahmen für Lebensmittel, die mit ursächlich sind für die Diabetesentwicklung, weil sie eben so häufig und so unkontrolliert zu sich genommen werden, und zwischen den Abwehrmaßnahmen der Prävention sehe, dann verstehe ich, dass insbesondere Menschen mit niedrigem Selbstwertgefühl, mit schlechter Vorbildumgebung und einer schwächeren Selbstdisziplin diesem Werbebedruck ausgesetzt sind und sich ihm auch ergeben. Das führt unter anderem dazu, dass natürlich auch in den unteren Sozialschichten jeder weiß, dass zu viel Essen, zu viel Süßes, zu fettes Essen, zu viele Weizenmehlprodukte nicht gesund sind und man sich mehr bewegen müsste; aber das Umsetzen dieses Wissen schafft man nicht.

Deshalb sind auch die Präventionsmaßnahmen wahrscheinlich nur von begrenzter Durchschlagskraft. Die

Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Wille in diesem Fall, vor allem, wenn man überlegt, wie schwer es Menschen fällt, diesen Weg zu beschreiten und dann auch dauerhaft erfolgreich zu sein. Die Dürrippen unter uns haben es leicht,

(Licht, CDU: Guter Futterverwerter!)

Herr Licht. Aber wenn ich den heroischen Kampf vieler anderer sehe, zehn Kilo herunterzubringen, um anschließend wieder mit zwölf Kilo mehr auf der Waage zu stehen, dann weiß ich, wie schwer das ist und wie ungerecht das Leben auch ist, da es in der Tat Veranlassungen über Nahrungsaufnahme und Bewegungsarmut hinaus gibt.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, allerdings glaube ich schon, dass in den Antworten, die die Landesregierung gegeben hat, neben dem selbstverständlich notwendigen Beschreiben der politischen Leistungen der Landesregierung auch mitschwingt, dass man tatsächlich in eine etwas andere Richtung gehen muss. Das Wort Evaluation taucht häufiger auf. Das Wort Settings wird nach vorne gebracht. Die Kooperationsmöglichkeiten und Netzwerke werden noch stärker in den Fokus genommen. Ich glaube, man hat überall erkannt, dass man, wenn man schon nur begrenzte Mittel zur Verfügung hat, diese dann umso gezielter einsetzen muss.

Frau Ministerin, ich glaube auch – da haben wir manchmal einen Dissens, ähnlich wie bei der Frage zielgerichteter sozialpolitischer Maßnahmen und Wirkungsüberprüfung sozialpolitischer Maßnahmen, ein Dissens, der wahrscheinlich gar nicht besteht, sondern der Politik geschuldet ist –, es wird nicht ohne das Einfordern stärkerer Eigenverantwortung im Elternbereich gehen.

Ich könnte Ihnen jetzt nicht sagen, wie man das durchsetzen wollte. Das wären zumindest politisch umstrittene Thesen, die ich aufstellen müsste. Ich bin überzeugt davon, dass es ohne das Einfordern von Eigenverantwortung, insbesondere im familiären Umfeld, nicht funktionieren wird.

Ich bin überzeugt davon, dass wir nicht nur sehr viel stärker auf die Migrationsbevölkerung oder ausländische Mitbevölkerung schauen müssen, sondern in die einzelnen Ethnien schauen müssen, weil es da riesige Unterschiede gibt. Das ist ein Ergebnis der Enquete-Kommission „Integration und Migration“. Ausländer ist ein viel zu weit gefasster Begriff. Ich glaube, wir sind gut beraten, besonders gute Aufgabenerfüllungen und besonders gute Programme mit den weniger guten zu vergleichen. Das neudeutsche Fachwort „Benchmarking“ muss auch in diesen Bereich stärker hinein. Wenn wir das schaffen, sind wir vielleicht in zehn Jahren weiter. Wenn die Lawine weiterrollt, gehen wir auf üble Zeiten zu.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP)

**Vizepräsident Bauchhage:**

Das Wort hat Frau Staatsministerin Malu Dreyer.

**Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Ich bedanke mich für die sachliche Debatte. Inhaltlich muss ich nicht großartig auf die Versorgungsstruktur in Rheinland-Pfalz eingehen. Es ist zu Recht gesagt worden, dass wir sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich eine außerordentlich gute Situation haben.

Das Thema „Diabetes“ ist schon seit vielen Jahren ein Schwerpunktthema im Land, das wir verfolgen. Wir haben inzwischen viele Diabetologen. Die Weiterbildung funktioniert sehr gut. Wir haben diabetologische Zentren, diabetologische Schwerpunkte in unseren Krankenhäusern. Die Krankenhäuser im allgemeinen Bereich müssen mit diesen Schwerpunkten auch im niedergelassenen Bereich zusammenarbeiten.

Herr Dr. Enders, in dem Bereich ist es eine Daueraufgabe, darauf hinzuwirken, dass die Vernetzung wirklich gut funktioniert. Ich glaube, im medizinischen Bereich sind wir sehr gut aufgestellt.

Ich möchte noch explizit erwähnen, die Einführung der DMP, die Disease-Management-Programme, war früher nicht unumstritten. Wir können gerade am Beispiel Diabetes, das das erste DMP war, das eingeführt worden ist, nachweisen, dass die strukturierte Behandlung von Patienten und Patientinnen Erfolge zeigt. Allein an dem Gradmesser, Bluthochdruck zu reduzieren, kann man sehr gut belegen, dass das DMP Diabetes dazu beiträgt, dass die Menschen beteiligt werden, Krankheitseinsicht haben und ihren Lebenswandel verändern.

Es gibt vielleicht zwei Punkte, die ich abschließend intensiv darstellen möchte. Erschreckend finde ich, dass 80 % der Menschen, die Diabetes mellitus haben, eigentlich durch eine gute Lebensführung dafür sorgen könnten, dass sie es nicht hätten. Das bedeutet, 80 % derjenigen, die Diabetes mellitus haben, könnten durch eine andere Lebensführung dafür sorgen, dass sie diese Erkrankung nicht haben. Das bedeutet für den persönlichen Bereich erheblich weniger Sorgen, bessere Lebensgefühle und bessere Lebensweisen. Das bedeutet für das Krankenversicherungssystem, dass wir immense Kosten sparen könnten.

Das ist Ausdruck unserer gesellschaftlichen Einstellung zur Ernährung, zur Bewegung und all den Dingen, die damit zu tun haben. Gesundheitsminister und -ministerinnen kommen oft oder sehr schnell in den Verruf der Lustfeindlichkeit. Ich hoffe, dass ich den Eindruck hier noch nie vermittelt habe.

(Pörksen, SPD: Nein!)

Ich möchte noch einmal dafür werben, dass es sogar lustförderlich sein kann, wenn man sich bewegt, sich gut ernährt und nicht mehr raucht. Es sind die ganz banalen

Dinge. Wir müssen in unserer Gesellschaft dafür sorgen, dass wir die Zuschreibungen der gesunden Ernährung abräumen, Zuschreibungen nach dem Motto, „Wer isst schon gern Salat, das schmeckt doch schrecklich“, „Ich bin doch keine Kuh, dass ich den ganzen Tag Grünzeug fresse“. Es gibt unzählige dieser Sprüche. Sie führen dazu, dass wir schlechte Vorbilder sind.

Das Zweite ist total bedrückend. Es gibt in Deutschland und in Rheinland-Pfalz inzwischen viele Kinder, die mit Diabetes mellitus zu tun haben. Das bedeutet, dass wir unsere Prävention ganz stark auf diese Gruppe fokussieren. Aus diesem Grund haben wir in Kindertagesstätten und Schulen eine Vielzahl von Projekten, die gesteuert werden und interministeriell abgestimmt sind. Kindern soll ein anderes Gefühl für Ernährung und Bewegung gegeben werden.

Es ist schon erstaunlich, dass in den benachteiligten Wohngebieten die Kinder nach Hause kommen und ihren Eltern erzählen, dass man ab und zu einen Apfel essen kann, sich die Zähne putzen muss und sich öfter bewegen sollte.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Wir sollten das im Parlament ernst nehmen. Es ist immer schade, dass zu diesen Themen so wenig Parlamentarier anwesend sind. Wir sind alle Vorbilder für unsere Kinder. Die Art und Weise, wie wir uns über Ernährung und Bewegung artikulieren und wie wir uns verhalten, hat Auswirkungen auf die Kinder in unserer Gesellschaft. Das bedeutet, wir müssen die Verantwortung wahrnehmen und müssen erklären, gesundes Essen kann etwas Gutes sein.

Ich habe leider vergessen, den Ministerpräsidenten und die Kollegin zu fragen, wie das auf dem großen Kinderfest angekommen ist. Ich habe freudig zur Kenntnis genommen, dass dort ganz viel gesunde Nahrung angeboten worden ist. Ich glaube, wir sind in allen Bereichen Vorbilder. Es ist die Bitte an Sie, das überall, zu Hause, wo Sie auch immer sind, zu verbreiten und Schluss zu machen mit den Standarderklärungen, was in der Gesellschaft schmeckt und was nicht. Man muss einen anderen Blick auf die gesunde Ernährung nehmen.

Ich komme zum letzten Punkt. Ich denke, wir sind in Rheinland-Pfalz gut aufgestellt. Wir werden weitermachen. Wir werden immer Gründe haben zu schauen, wo wir noch besser werden können. Das fassen wir immer wieder ins Auge. Ich glaube, wir können insgesamt sagen, wir tun viel in der Prävention. Das ergibt sich auch aus der Antwort auf die Große Anfrage. Wir tun viel zur Unterstützung der Menschen, wenn sie erkrankt sind, und dafür, sie auf den Weg zu bringen, mit dieser Erkrankung umzugehen. Wir alle würden uns einen ganz großen Gefallen tun, wenn wir im Bereich Vermittlung des Themas, was wir für unsere Gesundheit selbst leisten können, ein Stück weiterkämen.

Herr Dr. Schmitz, so verstehe ich auch Eigenverantwortung. An der Stelle haben wir, wenn überhaupt, nur die Debatte, wie man Eigenverantwortung organisieren kann und wie sie umgesetzt werden soll. Ich verstehe Eigenverantwortung so, dass wir uns bewusst machen müs-

sen, was wir selbst für unsere Gesundheit machen und wie wir das an unsere Kinder weitervermitteln können, damit die mit diesem Bewusstsein groß werden und hoffentlich gesund leben.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

**Vizepräsident Schnabel:**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

**Erster Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz  
sowie Stellungnahme der Landesregierung zum  
ersten Kinder- und Jugendbericht  
Rheinland-Pfalz  
Besprechung des Berichts sowie der Stellung-  
nahme der Landesregierung (Drucksache  
15/4550, Vorlage 15/5135)  
auf Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP  
– Drucksache 15/4626 –**

Die Fraktionsgeschäftsführer haben vereinbart, dass der Kinder- und Jugendbericht unmittelbar an den Ausschuss überwiesen wird. Besteht Einverständnis? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

**Bericht der Landesregierung über die innere Sicher-  
heit und den Stand der Verbrechensbekämpfung  
für die Jahre 2007 bis 2009 in Rheinland-Pfalz  
Besprechung des Berichts der Landesregierung  
(Drucksache 15/4514)  
auf Antrag der Fraktion der SPD  
– Drucksache 15/4589 –**

Es ist eine Grundredezeit von zehn Minuten vorgesehen. Bleibt es dabei?

(Pörksen, SPD: Muss nicht sein, geht weniger!)

Zehn Minuten steht da, das lassen wir auch so. Herr Kollege Hüttner hat sich für die SPD gemeldet.

**Abg. Hüttner, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kollegen! So wie der Bericht über die Polizeiliche Kriminalstatistik im Allgemeinen, so ist der Bericht über die Innere Sicherheit im Besonderen immer eine Bilanz, eine Rückschau und eine Schwerpunktsetzung, aus der man erkennen kann, was die Polizei leistet und wo Schwerpunkte zu setzen sind.

Wenn man diesen Bericht durcharbeitet, kann man sehr klar erkennen, Rheinland-Pfalz ist wieder ein Stück sicherer geworden. Warum ist es sicherer geworden? – Weil unsere Polizei mit einem sehr großen Engagement und mit einer ganz großen Leistung hier für diese tolle Arbeit und damit letztendlich auch für unsere Sicherheit sorgt. Deswegen gilt es, an den Minister bzw. an den

Staatssekretär in Vertretung dieses Dankeschön der SPD an die Polizei weiterzugeben.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist Fakt, dass in den letzten Jahren die Zahl der Straftaten auf 283.000 gesunken ist. Das sind 15.000 weniger als zu Beginn dieses Berichtszeitraums. Das sind 5,3 % weniger. Diese 5,3 % weniger bedeuten, dass wir deutlich besser sind als der Bundesdurchschnitt mit etwa 4,0 %. Dementsprechend ist daraus auch abzuleiten, dass wir in Rheinland-Pfalz sehr gut aufgestellt sind.

Wenn wir nun diese Zahlen einfach einmal nackt betrachten, dann kann man sie nur schlecht ins Verhältnis setzen. Deswegen gibt es die sogenannte Häufigkeitszahl. Nach dieser Häufigkeitszahl, die feststellt, in welcher Relativität man möglicherweise Opfer einer Straftat werden kann, hat dieses Reduzieren der Straftaten dazu geführt, dass wir jetzt mit 7.029 Punkten auf einem Niveau liegen, das zuletzt 2003 erreicht war. Das bedeutet, auf der Bundesebene stehen wir damit insgesamt auf Platz 6, einer sehr guten Quotierung für unser Land.

Wenn wir aber über die Anzahl der Straftaten reden, müssen wir auch eines sehen, die Polizei selbst sorgt mit einem immensen Arbeitsaufwand dafür, dass wir das Dunkelfeld permanent weiter erhellen, also mehr Straftaten angezeigt werden, um letztendlich dann auch die Sicherheit zu transportieren. Das heißt, man bringt im Prinzip seine eigene Statistik ein Stück weit durcheinander. Das Gleiche gilt für die Holkriminalität. Insbesondere im Bereich der Betäubungsmittel ist dies der Fall. Das heißt, auch da sorgt man mit dem besonderen Engagement dafür, dass letztendlich eine hohe Anzahl von Straftaten zur Anzeige kommt.

Lassen Sie mich einige Punkte einmal im Detail betrachten. Wir sehen zum Beispiel den Aspekt des Diebstahls, der vor etwa 30 Jahren zwei Drittel aller Straftaten ausgemacht hat. Das ist bundesweit, aber auch in Rheinland-Pfalz im Besonderen, auf nur noch etwa ein Drittel zurückgegangen. Das ist natürlich auch der Situation zu verdanken, dass in der Zusammenarbeit von Polizei und verschiedenen Unternehmen die Sicherheitssysteme immer besser greifen. Wenn Sie die Fahrzeuge über Wegfahrsperren oder Codierungen an Autoradios betrachten, so wird in dieser Richtung unheimlich viel getan.

Wenn Sie einmal erlebt haben, wie es ist, wenn in ein Haus eingebrochen wird und was es für einen Menschen bedeutet, wenn in sein Haus eingebrochen wird, so ist es eine ganz wichtige Arbeit, wie man Sicherungssysteme an den Häusern schafft. Wenn Sie es einmal erlebt haben, wenn Ihnen die Polizei vorführt, dass man binnen fünf Sekunden jedes herkömmliche Fenster öffnen kann, dann werden Sie auch erkennen, wie wichtig diese präventive Arbeit ist, die noch einmal zusätzlich geleistet wird.

(Beifall der SPD)

Wenn wir einen Blick auf diese sogenannten Vermögensdelikte werfen – insbesondere der Betrugsbereich

fällt hier hinein –, dann müssen wir feststellen, dass das in etwa auf einem Niveau verbleibt. Das geht mal ein bisschen hoch und mal ein bisschen runter. Wir müssen aber eines dabei sehen, dass die Internetkriminalität permanent ansteigt. Bei der Internetkriminalität haben wir ein besonderes Phänomen zu beachten. Hier wirkt der Geschädigte oder das Opfer letztendlich mit. In der Hoffnung, dass er irgendwo ein Schnäppchen macht, sitzt er vor seinem Computer und glaubt, in eBay oder sonstigen Angeboten irgendwo den großen Sieger platzieren zu können, und wundert sich dann am Schluss, dass er betrogen wurde. Hier ist natürlich diese besondere Situation noch einmal zusätzlich zu beachten.

Wenn Sie sehen, dass wir bei den Straftaten der sexuellen Selbstbestimmung ebenfalls eine Reduzierung haben, muss man zusätzlich beachten, dass wir bei diesem besonderen Umgang, den wir mit aller Vorsicht zu leisten haben, hier auch ein großes Dunkelfeld haben, aber insbesondere wiederum die Leistung der K-2-Kommissariate zu sehen ist. Für diejenigen, die sich nicht damit auskennen, das ist das Kriminalkommissariat 2, das diese Straftaten bearbeitet. Durch permanente Aufklärungsarbeit in den Schulen, in den Universitäten und Ähnlichem wird dafür Sorge getragen, dass ein ganz großes Selbstbewusstsein vorhanden ist. Auch das trägt zur Reduzierung mit bei.

Wir haben auch bei der Situation der sogenannten Rohheitsdelikte ebenfalls eine Stagnation. Wir haben aber dort zwei Phänomene zu beachten. Vor drei Jahren kam das sogenannte Stalking dazu, also diese Permanentbelästigung. Hier sind auch ganz immense Zahlen festzustellen, die dort natürlich auch zu Steigerungen geführt haben. Auf der anderen Seite haben wir das Problem, dass immer mehr – insbesondere junge Menschen – dazu neigen, über Alkohol ihre Hemmschwellen ein wenig zu reduzieren. Da gibt es eine fantastische Arbeit in der Kooperation zwischen Polizei, den Ordnungsämtern und den Genehmigungsbehörden, wenn es um Veranstaltungen geht: Wenn Sie die Auflagen sehen, die dort immer wieder gemacht werden, um letztendlich dafür Sorge tragen zu können, dass wir hier eben nicht einen jungen Menschen haben, der sich betrinkt, dann ist dies in der Tat schon einmal eine tolle Sache.

Wenn wir aber in der Zusammenfassung sehen, dass wir dennoch nicht weiterkommen, so können wir das nicht nur aus der Sicht der Kriminalpolizei oder der Polizei im Allgemeinen betrachten, sondern dann müssen wir darüber hinaus auch die gesamtgesellschaftliche Situation sehen. Wenn ein 12-Jähriger mit einer Flasche Wodka auf eine Party geht, dann müsste man eher fragen, warum Eltern eine solche Situation zulassen, als dass wir dann mit der Keule „Polizei“ oder einem ähnlichen Instrument hintendran stehen. Ich denke, hier muss man auch mit anderen Instrumenten in der Familie aufwarten.

(Frau Spurzem, SPD: So ist es!)

Ich habe vorhin angesprochen, dass Prävention – das ist nicht nur so, weil es im Gesetz steht – einfach wirklich der Schwerpunkt bei der Polizei ist: Gewaltprävention, Kriminalitätsprävention, aber auch Verkehrsprävention. – Hier geht nun wirklich die Polizei in all diesen Sektoren

sehr sorgfältig mit den ganzen Sachen um. Wir haben eine Unmenge an Programmen, wobei mit den verschiedenen Systemen an die Schulen gegangen wird. Wir haben aber auch diese Situation, dass man schon im Vorschulalter Verkehrserziehung leistet, wie man richtig Fahrrad fährt und wie man sich richtig verhält. Auch das sind Sensibilisierungen, die auf die Dauer die Menschen prägen und insgesamt auch dazu führen, dass wir eine bessere Situation erreichen können.

Wir haben aber auch an einer ganz anderen Stelle eine Schwierigkeit, die in den letzten Jahren permanent wächst oder ansteigt. Das ist die Situation des Extremismus. Wir haben in der letzten Sitzung hier auch darüber gesprochen. Wenn man die Gesamtzahl betrachtet, so haben wir mit Stand von 2009 zwar nur 1.156 Fälle – also von 283.000 relativ wenig –, wir müssen aber auch sehen, dass wir auf der Bundesebene fast ganz hinten in der Liste der Bundesländer mit dieser Anzahl der Straftaten stehen. Wir dürfen aber nicht verkennen, dass wir hier eine besondere Situation haben. Dabei ist es ganz egal, ob das Rechtsextremismus, Linksextremismus oder der religiöse Extremismus ist. Wenn Sie einfach einmal sehen, als es darum ging, dass eine Bombe in einem Zug platziert war, hätten wir statistisch möglicherweise über eine Straftat gesprochen. Aber welche Auswirkungen eine solche Situation hätte, belegt, dass man deswegen das in der Gesamtsumme betrachten muss und nicht nur die Zahl allein sehen darf.

Man darf die Zahl auch nicht nur allein sehen, wenn bei der Summierung immer noch zwei Drittel aus dem Bereich des Rechtsextremismus sind. Wir müssen dies aber erkennen und dabei auch weiter unsere Schwerpunkte in diesem Sektor halten. Gerade diese Bereiche des Extremismus sorgen summa summarum auch dafür, dass die Polizei eine enorm hohe Einsatzlage hat. Das heißt also, man ist permanent neben der normalen Arbeit, die hervorragend läuft, auch immer wieder damit beschäftigt, zusätzliche Einsätze fahren zu müssen. Rechtsextremismus und Linksextremismus treten meist in dieser Gemengelage auf. Wenn Sie aber diese Einsatzlagen weiter betrachten, kommt man auch auf Fußballspiele. Dabei betrifft das nicht nur unsere Bundesligisten. Wenn Sie einmal betrachten, dass wir – ich glaube, das war die dritte Liga – bei dem Spiel der zweiten Mannschaft des 1. FC Kaiserslautern gegen Waldhof Mannheim 800 Polizisten einsetzen müssen, dann müssen wir uns natürlich die Frage stellen, wo das insgesamt noch hinführt.

(Ministerpräsident Beck: Das war die vierte Liga!)

– Vierte Liga, noch eins niedriger. Wir haben aber auf der anderen Ebene Demos, ob das in Büchel ist – –

(Ministerpräsident Beck: Nicht einfach mit Koblenz gleichsetzen!)

– Sie spielen jetzt in der dritten Liga, das wird uns auch noch ein bisschen beschäftigen.

Wenn wir aber die Situation sehen, in der die Demonstrationen in Büchel laufen, in denen es Großeinsätze bei „Rock am Ring“ und beim 24-Stunden-Rennen gibt, so ist immer wieder das besondere Engagement der Polizei

herausgefordert. Dementsprechend gilt das Lob immer wieder auch, diese hohe Motivation weiterzutragen.

Lassen Sie mich noch einmal einen letzten Einzelpunkt ansprechen. Das ist die Verkehrssituation und auch die Verkehrsprävention. Wir haben eine Situation, dass die Unfallzahlen etwa bei 125.000 per anno gleich bleiben.

Wir haben aber auch die Situation, dass die Schwere der Unfälle permanent rückläufig ist. Wenn es zu einem Unfall kommt, ist darüber hinaus die Situation gegeben, dass wir immer weniger Leicht- und Schwerverletzte haben und die Zahl der tödlichen Unfälle in Rheinland-Pfalz rückläufig ist. Auch dies geht auf die Zusammenarbeit zwischen der Polizei in mehreren Stufen mit den Autoherstellern einher.

Natürlich haben wir auch auf der anderen Ebene die Situation, dass eine hohe Leistung in die Verkehrserziehung im Sinne von Kontrolle oder auch im Sinne von Ermahnungen und Verwarnungen geht. Dementsprechend befinden wir uns auch in diesem Bereich auf einem guten Weg, auch wenn die Zahl der Unfälle noch ein Stück zu hoch ist.

Für die SPD darf ich sagen: Die Innere Sicherheit ist ein Schwerpunkt. Insgesamt haben wir die Polizei gut aufgestellt. Mit der zweigeteilten Laufbahn, die nahezu abgeschlossen ist, haben wir eine sehr gute Lebensperspektive. Wir haben mit knapp 9.500 Leuten eine sehr gute Mannschaft stehen. Mit der technischen Ausrüstung haben wir ebenfalls nahezu alles perfekt geleistet, dies zuletzt mit den Waffen bzw. Schutzwesten, die im Einzelnen an die Beamten ausgeliefert wurden.

(Beifall der SPD)

Es lässt sich damit abschließend feststellen: Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Rheinland-Pfalz hat eine gute und motivierte Polizei. Lassen Sie uns alle gemeinsam daran arbeiten, dass wir dies so fortsetzen können.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Lammert das Wort.

#### **Abg. Lammert, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst zu den Fakten: Rheinland-Pfalz steht derzeit in einigen sicherheitspolitischen Punkten im Bundesvergleich in der Tat relativ gut da. Wir haben gerade gehört, bei der Häufigkeitszahl – sie misst die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden – nimmt Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich immerhin den sechsten Platz ein. Bei der Aufklärungsquote liegen wir im Bundesdurchschnitt auf Platz 3.

Gerade aber die Aufklärungsquote macht deutlich, dass die rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und -beam-

ten eine hervorragende Arbeit leisten. Meine Herren und Damen, dies trotz einer Belastung von rund 1,5 Millionen Überstunden und einer äußerst problematischen Personalstärke. Die Personalausstattung ist nach wie vor nicht auf dem Stand, der notwendig wäre, um die wachsenden Anforderungen bewältigen zu können.

Wie hoch die Belastung bei unseren Polizistinnen und Polizisten ist, zeigen auch der hohe Krankenstand und die zunehmende Zahl der dienstunfähigen Beamtinnen und Beamten. Daneben gibt es einen Beförderungsstau und die Frage der Lebensarbeitszeit. Das sind wichtige Themen, die derzeit intensiv und kritisch in den Polizeikreisen diskutiert werden.

Ich darf an dieser Stelle auch für meine Fraktion daher allen Polizistinnen und Polizisten in diesem Land unseren ausdrücklichen Dank und unsere Anerkennung dafür aussprechen, dass sie trotz dieser widrigen Umstände Hervorragendes leisten.

(Beifall der CDU)

Dies vorweggenommen – es wäre sicherlich unredlich zu versäumen, die einen oder anderen positiven Aspekte im Hinblick auf Aufklärungsziffern und Häufigkeitszahlen zu erwähnen –, muss man allerdings die Zahlen in diesem Bericht insgesamt in einen Zusammenhang stellen, der die rheinland-pfälzische Sicherheitslage nicht mehr ganz so rosig aussehen lässt, wie es uns die Landesregierung gerne glauben lassen würde.

Wenn man sich die Zahlen des Bundes betrachtet – dabei lege ich die aktuelle Polizeikriminalstatistik 2009 zugrunde –, fällt auf, dass unsere Nachbarn, die Bundesländer im Osten und im Süden, deutlich besser dastehen. Die Häufigkeitszahlen in Hessen und Baden-Württemberg sind wesentlich geringer als die in Rheinland-Pfalz, obwohl es dort eine wesentlich größere Zahl von Städten gibt, die auch größer sind als bei uns.

Die drei anderen Länder, in denen ebenfalls niedrigere Häufigkeitszahlen registriert werden, sind übrigens Bayern, Sachsen und Thüringen. Da fällt Ihnen sicher etwas auf. All diese Länder werden seit Jahren von der Union regiert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist wohl kein Zufall. Dort, wo die Union seit Jahren und seit Jahrzehnten regiert, leben die Menschen eben sicherer.

(Beifall der CDU –

Pörksen, SPD: Was sagt ihr zu Hamburg?)

Meine Damen und Herren, außerdem wissen wir, dass man Zahlen zur Kriminalität eben nicht isoliert für einen Zeitraum von ein oder zwei Jahren betrachten darf. Jetzt kommt es: Gewisse Schwankungen nach oben und unten sind in kurzen Zeiträumen ganz natürlich und haben nur wenig Aussagekraft. In diesem Sinne ist der Rückgang der Fallzahlen in Rheinland-Pfalz von 2006 bis 2009 um rund 5,3 % – übrigens ist auch bundesweit eine Abnahme von Straftaten zu verzeichnen – zu relativieren.

Betrachtet man einen längeren Zeitraum, dann zeigt sich, dass die Fallzahlen in Rheinland-Pfalz entgegen dem Bundestrend von 1993 bis 2009 um rund 20 %

gestiegen sind. Diese Entwicklung ist besonders deshalb brisant, weil die Fallzahlen im Bund im gleichen Zeitraum um 11,5 % abgenommen haben. Es wäre redlich gewesen, wenn Sie diese Entwicklung in den Sicherheitsbericht aufgenommen und in ihm dargestellt hätten. Dann hätten sie auch nicht im Widerspruch zu Ihrer eigenen Aussage auf Seite 24 des Berichts gestanden. Dort heißt es nämlich im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit: „Um aussagekräftige Tendenzen in der Verkehrsunfallentwicklung erkennen zu können, bedarf es einer Langzeitanalyse (...)“ – Dies gilt aber auch und meiner Meinung nach erst recht für die Kriminalität. Stattdessen haben Sie hier aber langfristige Entwicklungen nur dann dargestellt, wenn sie positiv belegbar sind. Die negativen Sachen haben Sie herausgenommen.

(Ministerpräsident Beck: Das ist nicht zu glauben!  
So böse Menschen sind wir!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, der Minister wird nachher dazu auch noch etwas sagen. Ich kann mir schon vorstellen, dass eine Antwort darauf lautet: Die Kriminalität ist langfristig nur deshalb gestiegen, weil die Bürgerinnen und Bürger mehr Straftaten zur Anzeige gebracht haben. – Diese Aussage zieht sich nämlich wie ein roter Faden durch den gesamten Bericht der Landesregierung. Immer dann, wenn wir bei einer Deliktsgruppe einen Anstieg zu verzeichnen haben, schieben Sie das auf eine höhere Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung. Sie müssen den Bericht dahin gehend einmal durchgehen. Sie finden das wirklich bei jedem Punkt.

Was kann man also im Grunde genommen von dieser Aussage ableiten? Die Bürgerinnen und Bürger sind selbst schuld am Anstieg der Kriminalität. Würden sie weniger anzeigen, wären die Zahlen besser.

Meine Damen und Herren, ich meine aber nicht, dass die Anzeigebereitschaft der alleinige Grund für die gestiegene Kriminalität ist. Jedenfalls spricht der Vergleich mit dem Bund dagegen, da dort die Anzeigebereitschaft nicht wie in Rheinland-Pfalz gestiegen ist.

Schauen wir uns aber einmal einzelne problematische Deliktsbereiche näher an. Wir sehen zunächst, dass sich die Zahl der Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum seit 2006 mehr als verdoppelt hat. Die Rohheitsdelikte haben um 1 % und die gefährlichen und schweren Körperverletzungen um 1,7 % zugenommen. Überhaupt hat – das ist eine bedenkliche Entwicklung – die Zahl der Körperverletzungsdelikte seit Einführung der polizeilichen Kriminalstatistik vor rund 39 Jahren kontinuierlich zugenommen. Erschreckend ist auch, dass immer mehr Rohheitsdelikte dieser Art im alkoholisierten Zustand begangen werden, insbesondere von jungen Menschen. Ich meine, in diesem Fall ist die Landesregierung gefordert gegenzusteuern.

Sie schreiben in Ihrem Bericht, dass das auf ein verändertes Werteverständnis in der Gesellschaft zurückzuführen wäre, dass diese Taten stärker geächtet würden und dies zu einer steigenden Anzeigebereitschaft führen würde. In diesem Fall wird das auch wieder mit einer stärkeren Anzeigebereitschaft begründet. Sind diese Zahlen möglicherweise nicht auch Ausdruck eines ge-

nau entgegengesetzten Werteverständnisses? Sind sie nicht vielleicht eher Ausdruck eines allgemeinen gesellschaftlichen Trends zu einer gewissen Verrohung, insbesondere zu einer Verrohung des öffentlichen Raums? Wie gesagt, es ist bedauerlich, dass die Landesregierung in diesem Bericht nicht einige Dinge in Angriff genommen hat, damit wir dagegen etwas unternehmen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch etwas zum Thema „Politisch motivierte Gewalt“ sagen. Mein Kollege ist schon darauf eingegangen. Diesen Bereich betrachten wir meiner Meinung nach alle mit großer Sorge. Die politisch motivierte Gewalt nimmt bedauerlicherweise seit dem Jahr 2001 extrem zu. Dies gilt nicht nur für die rechtsextremistisch motivierten Taten, sondern das gilt selbstverständlich auch für die linksextremistischen Taten.

Die Zahl der als gewaltbereit eingestuften Linksextremisten ist im Zeitraum von 2008 auf 2009 geringfügig von rund 100 auf rund 120 linksextremistische gewaltbereite Personen angestiegen. Das rechtsextremistische Spektrum ist ein Stück weit gleich geblieben bei rund 125 gewaltbereiten Personen. Diese Entwicklung war schon intensiver Gegenstand von Diskussionen in diesem Haus. Über diesen Punkt haben wir uns schon mehrfach ausgetauscht. Ich meine, in diesem Bereich müssen wir insgesamt als Parlament gegensteuern. Es liegt ein Antrag vonseiten der CDU zum Extremismus in diesem Land vor, über den noch verhandelt wird. Zu diesem Antrag werden wir sicherlich auch noch einiges sagen. Er wird sicherlich bei nächster Gelegenheit diskutiert werden.

Es ist im Übrigen in diesem Zusammenhang erfreulich, dass sich auch die Innenministerkonferenz auf Initiative der Union darauf geeinigt hat, den Strafraumen bei Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte von zwei Jahren auf drei Jahre zu erhöhen und auch den Einsatz von gefährlichen Werkzeugen härter zu bestrafen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch wenige Punkte zum Abschluss bringen. Wir mussten uns in den letzten Jahren auch intensiver mit einer gestiegenen Internetkriminalität beschäftigen. Betrügereien im Internet, insbesondere das sogenannte „Phishing“ von Kontozugangsdaten und viele andere Taten im Zusammenhang mit modernen Kommunikationsmitteln, nehmen bedauerlicherweise immer mehr zu.

So ist beispielsweise die Computerkriminalität von 2008 auf 2009 um rund 25 % gestiegen. Es ist interessant, dass diese Zahl nur in der Polizeilichen Kriminalstatistik verzeichnet ist und in Ihrem Bericht überhaupt nicht auftaucht. Offensichtlich ist das kein Thema. Ich denke, das ist ein großes Thema gerade für viele in der Bevölkerung. Doch auch hier können wir keine Strategie der Landesregierung erkennen, wie sie dieses Problem in den nächsten Jahren in den Griff bekommen will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt viel zu tun. Es besteht überhaupt kein Grund, dass sich die Landesregierung auf der Aufklärungsquote, die sehr gut

und erfolgreich ist, ausruht. Das liegt an unseren hoch motivierten Polizeibeamtinnen und -beamten

(Ministerpräsident Beck: Jawohl!)

und nicht an dem geringfügigen Rückgang der Straftaten, die sich über den langen Zeitraum dramatisch entwickelt hatten und jetzt Gott sei Dank geringfügig zurückgehen. Was die Zahlen betrifft, so muss es doch unser Ziel sein, an die unionsregierten Südländer heranzukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das geht am besten, wo die Union regiert. Hierzu haben die Wählerinnen und Wähler im nächsten Jahr hervorragende Chancen. Dazu fordere ich Sie auf.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

#### Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf zunächst als Gäste auf der Zuschauertribüne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbandsgemeinde Hahnstätten begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Mit besonderer Freude begrüße ich Mitglieder der Vereinigung ehemaliger Abgeordneter des Landtags von Sachsen-Anhalt. Herzlich willkommen im Landtag!

Ich freue mich, dass Sie von dem Kollegen Koggel, der Kollegin Neubauer und der Kollegin Radatz begleitet werden. Herzlich willkommen im Landtag an Ihrer alten Arbeitsstätte!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Auler von der FDP-Fraktion das Wort.

#### Abg. Auler, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kriminalitätsbericht, der uns von der Landesregierung vorgelegt wurde, zeigt ganz eindeutig, dass Rheinland-Pfalz ein sicheres Land ist, wir zur Spitzengruppe gehören und uns im vorderen Drittel befinden.

Meine Vorredner haben schon vieles dazu gesagt. Deshalb habe ich mir zwei, drei Dinge herausgeholt, die zumindest in dem Maß noch nicht angesprochen wurden. Wir müssen bei der Polizeilichen Kriminalstatistik auch berücksichtigen, dass diese so oder so ausgelegt werden kann. Das ist bei jeder Statistik so. Nur der Bundesgesetzgeber kann etwas dafür; denn wir sprechen über ein Bundesstatistikgesetz.

Nehmen wir einmal die sogenannte Holkriminalität. Das sind zum Beispiel Rauschgiftdelikte; denn ein Rausch-

gifttäter wird nicht auf die Idee kommen, sich selbst anzuzeigen. Wenn die Straftaten angestiegen sind, ist das ein Hinweis darauf, dass in aller Regel die Polizei ganz besonders motiviert und fleißig vorangegangen ist und die Ermittlungen aufgenommen hat. Diese Straftaten fließen auch in die Statistik mit ein.

Wir haben auch Bereiche – das betrifft ganz besonders die Aufklärungsquote –, bei denen der Täter direkt mitgeliefert wird. Das ist zum Beispiel in vielen Bereichen der Rauschgiftkriminalität, aber auch bei Verstößen und Straftaten gegen das Ausländergesetz der Fall. Es gibt noch eine Menge anderer Straftaten, bei denen der Täter mit feststeht und die Aufklärungsquote entsprechend nach oben geht.

Wir müssen berücksichtigen, dass die Aufklärungsquote keine Verurteiltenstatistik ist. Hier gibt es Riesenlöcher. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch berücksichtigen, dass wir gerade im Bereich der Straßenkriminalität, aber auch in anderen Bereichen sehr niedrige Aufklärungsquoten haben, die aber durch die zuvor genannten Straftaten wieder ausgeglichen werden.

Wenn wir all dies sehen, was hier geleistet wurde – ich möchte noch einmal betonen, dass Rheinland-Pfalz ein relativ sicheres Land ist –, muss man sich manchmal fragen, wie die Polizei das heute noch schafft; denn wir wissen – ich glaube, dass man das auch seitens der Landesregierung ähnlich sieht –, dass man bei einem solch großen Behördenapparat, wie ihn die Polizei im Land darstellt, ständig evaluieren muss, ob noch alles richtig aufgestellt ist.

Daran habe ich langsam meine Zweifel. Wenn wir über den Apparat sprechen, müssen wir vielleicht einmal sehen, dass wir mehr Beamtinnen und Beamten von der Verwaltung weg auf der Straße einsetzen sollen. Ich denke, dass man sich darüber in der nächsten Legislaturperiode in den Ausschüssen einmal unterhalten muss.

Wenn man das Wort „Polizeiliche Kriminalstatistik“ hört, spricht man immer wieder von den Straftaten. Für die Polizei kommt auch noch der gesamte Bereich des Verkehrs, nämlich Verkehrsunfälle, Prävention usw., hinzu. An die Polizei werden ganz gewaltige Anforderungen gestellt, die sie aus Sicht der FDP-Fraktion mit Bravour erledigt. Dafür möchte ich der Polizei im Land Rheinland-Pfalz auch seitens der FDP-Fraktion unseren herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall der FDP)

Wir wissen, dass die Polizei diese Aufgaben nur mit einer extrem hohen Motivation und sehr viel Fleiß bewältigen kann. Wir hoffen, dass wir diesbezüglich auch in Zukunft so gut aufgestellt sind. Wir hoffen, dass wir der Polizei, auch was den Bereich der Beförderung anbelangt – dieser ruft oft Unzufriedenheit hervor –, in Zukunft noch entsprechende Stellen zur Verfügung stellen können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP)

**Vizepräsident Schnabel:**

Für die Landesregierung hat Herr Staatssekretär Lewentz das Wort.

**Lewentz, Staatssekretär:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Hüttner, Herr Abgeordneter Auler, man hat in Ihren Darstellungen schon festgestellt, dass Sie diesen Bericht mit dem geschulten Auge eines Kriminologen gelesen haben. Ich möchte Ihnen herzlich für das Lob danken, das Sie der rheinland-pfälzischen Polizei ausgesprochen haben.

Herr Auler, wir sind im vorderen Drittel. Das ist richtig. Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Es stimmt absolut, dass die Polizei ihre Arbeit mit Bravour erledigt.

Sehr geehrter Herr Lammert, es steht mir nicht zu, sonst müsste ich Ihren letzten Satz mit dem Stichwort „Wahlkampf“ umschreiben. Wenn man über die Zeit vor 1991 spricht – das will ich gern tun –, dann gehört zu der Bilanz dazu, dass wir 1991 in diesem Land, als wir die Verantwortung übernommen haben, 8.700 Polizeibeamtinnen und -beamten vorgefunden haben. Heute sind es 9.500.

Sie wissen, dass wir damals das Gros unserer Polizeibeamtinnen und -beamten im mittleren Dienst hatten. Wir haben noch nie eine so gut ausgebildete und so gut bezahlte Polizei gehabt, wie wir sie heute haben. Das sind Leistungen, auf die wir sehr stolz sind.

Zu Ihren Aussagen zum Anzeigeverhalten der Bürgerinnen und Bürger möchte ich sagen, dass ich das, was Sie den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern in das Stammbuch schreiben, dass sie offenkundig ein schlechteres Anzeigeverhalten als Bürgerinnen und Bürger anderer Länder haben, stark in Zweifel ziehen will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich ist ein solcher Bericht eine gute Gelegenheit, der Polizei zu danken und Lob auszusprechen. Dem will ich mich gern anschließen.

Wenn man die wesentlichen Botschaften dieses Berichts herausarbeitet – ich möchte insgesamt neun nennen –, will ich, auch wenn Sie, Herr Lammert, meinen, dies relativieren zu müssen, den Rückgang der Straftaten um 5,3 % noch einmal ganz bewusst oben anstellen. Im Bundesvergleich ist der Rückgang nur um 4 % zu konstatieren.

Wir haben eine deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegende Aufklärungsquote. Das hat natürlich etwas mit der Leistungsfähigkeit und der Bereitschaft der einzelnen Polizeibeamtin und des einzelnen Polizeibeamten zu tun. Das hat aber auch etwas damit zu tun, dass wir im Land Rheinland-Pfalz insgesamt eine gute Polizeiorganisation haben.

Ich möchte drittens den weiteren Rückgang der Straftaten gegen das Leben nennen, die sich auf dem niedrigen-

ten Stand seit Einführung der bundesweiten Polizeikriminalstatistik befinden.

Herr Lammert, Sie haben gesagt, wir sollen etwas weiter zurückgehen.

Das will ich gerne tun. Ich hoffe, das Jahr 1971 reicht Ihnen. Straftaten gegen das Leben bedeuten Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen und fahrlässige Tötung. 2006 162 dieser Fälle, 2007 144, 2008 und 2009 jeweils 131.

Sie haben mich gebeten, in der Zeit sehr weit zurückzugehen. 1971, zu Beginn dieser Statistik, waren es 250 Fälle.

(Zuruf des Abg. Lammert, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, viertens möchte ich die Abnahme der besonders schwerwiegenden Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wie Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Missbrauch von Kindern nennen.

Fünftens, Rückgang der Raubdelikte – Herr Lammert, auch hier komme ich Ihnen gerne entgegen – auf den niedrigsten Stand seit 1976. Das sollte eigentlich für den Blick nach hinten ausreichend sein.

Ich will dann aber auch bei dem sechsten Punkt diese Jahreszahl zugrunde legen. Erhebliche Rückgänge bei den Diebstahlsdelikten auf den niedrigsten Stand seit 1976.

Herr Hüttner, Sie haben gesagt, was ein Diebstahlsdelikt bei den Bürgerinnen und Bürgern, die davon betroffen sind, an Ängsten und Sorgen auslöst. Ich glaube, wir können sehr stolz darauf sein, dass die Polizei es erreicht hat, auf den niedrigsten Stand seit 1976 zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Siebtens, wir haben eine zahlenmäßige Stagnation angezeigter Körperverletzungsdelikte und Sachbeschädigungen.

Achtens eine Stagnation der Vermögens- und Fälschungsdelikte auf hohem Niveau, wobei das Tatmittel Internet eine zunehmende Rolle spielt. Dazu ist einiges gesagt worden. Lassen Sie mich nur ergänzen, 2009 wurde bei etwa jedem fünften Vermögens- und Fälschungsdelikt schon das Medium Internet als Tatmittel eingesetzt. Es ist richtig, dass die Polizei eigene Schwerpunkte gesetzt hat. Das werden wir auch noch verstärken.

Neuntens, wir haben einen Anstieg – das müssen wir eingestehen – bei den Rauschgiftdelikten, allerdings als Ergebnis – davon sind wir fest überzeugt – intensivster polizeilicher Kontrolle und Ermittlungstätigkeiten.

Herr Lammert, wir haben uns einen solchen Einsatz gemeinsam bei Nature One/Pydna angeschaut. Da haben wir erläutert bekommen, was die Polizei dort mit

vielen hundert Beamten an Verstärkung leistet und wie dann die Zahlen automatisch nach oben springen.

Meine Damen und Herren, insgesamt kann ich feststellen, wir haben einen Rückgang bei schwerwiegenden Delikten, und weniger einschneidende Delikte gelangen viel häufiger zur Anzeige.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal die Fallzahlentwicklung und die Aufklärungsquote gesondert ansprechen. Die Polizei hat im Berichtszeitraum erneut Aufklärungsquoten von über 60 % erreicht. Die Aufklärungsquote liegt damit zum fünften Mal in Folge über 60 %. Bundesweit liegt die Aufklärungsquote im Augenblick bei 55,6 %. Das ist ein Ergebnis und ein Spitzenplatz, auf den wir gemeinsam stolz sein können.

Die Häufigkeitszahl – sie wurde angesprochen –, also das Risiko, in Rheinland-Pfalz Opfer einer Straftat zu werden, lag 2007, 2008 und 2009 erneut unter dem Bundesdurchschnitt. Ich glaube, das sind Zahlen, über die wir uns sehr freuen können.

Meine Damen und Herren, angesprochen wurde es von allen drei Vorrednern, natürlich haben wir dieses für uns insgesamt neuere Phänomen, nämlich die Verhinderung von terroristischen Anschlägen mit islamistisch-extremistischem Hintergrund, als sehr große Belastung für unsere Polizei zu beobachten.

Ich will die Sauerland-Attentäter nennen, die versuchten, Autobomben herzustellen, um nach eigenen Angaben insbesondere US-Bürger in Deutschland zu töten. Sie können sich an dieses schreckliche Wort der weichen Ziele noch erinnern.

US-Bürger in Deutschland bedeuten immer einen ganz besonderen Blick nach Rheinland-Pfalz, eine ganz besondere Verantwortung der rheinland-pfälzischen Polizei. Die nehmen wir sehr ernst.

Auch die rheinland-pfälzische Polizei hat im Berichtszeitraum im Auftrag der Generalbundesanwaltschaft mehrere Ermittlungsverfahren von herausragender Bedeutung geführt. Beispielhaft ist hier das Ermittlungsverfahren gegen eine Person aus Germersheim anzuführen, die im Dezember 2008 vom OLG in Koblenz wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer achtjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Sie konnten es lesen.

Wir werden natürlich mit diesen Anstrengungen fortfahren, nämlich den islamistischen Terrorismus zu bekämpfen. Auch da muss man kein Prophet sein, diese Herausforderungen werden anhalten. Das hat auch etwas damit zu tun, dass die Bundesrepublik Deutschland insgesamt im Ausland immer stärkere Verantwortung übernimmt, übernehmen muss im Auftrag der UNO, im Auftrag der NATO. Afghanistan als Stichwort sei genannt.

Wenn man Afghanistan und den Balkan nennt, dann ist das jedes Mal mit persönlich sehr gefährlichen Einsätzen auch von rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und -beamten verbunden. Neue Einsatzstrategien, die auf der Bundesebene im Augenblick diskutiert werden,

werden uns abverlangen, dass wir auch im Innenausschuss sehr intensiv über diese neuen Strategien reden müssen, weil wir dann deutsche, rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in noch gefährlichere Einsatzsituationen entsenden müssen, wenn wir entscheiden, diese Wege mitzugehen.

Meine Damen und Herren, die Einsatzbelastungen der Polizei sind genannt. Ich will Ihnen eine Zahl nennen. Die Polizei hat allein im Jahr 2009 über 600 Einsätze bewältigt, bei denen mehr als 20 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eingesetzt waren. Über 600 sind quasi zwei pro Tag, bei denen mehr als 20 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eingesetzt werden mussten.

Der amerikanische Präsident Obama war im US-Hospital in Landstuhl zu Besuch. Wir hatten Großdemonstrationen im Bereich Büchel. Wir haben NPD-Aufmärsche und Einsätze in anderen Bundesländern gehabt. Der 1. Mai in Berlin sei nur exemplarisch genannt.

Wenn ich andere Bundesländer nenne, dann können wir mit Stolz gemeinsam feststellen, dass im Gegensatz zu einigen Bundesländern das Land Rheinland-Pfalz seine Bereitschaftspolizei nicht zurückbaut. Wir halten die Stärke der Bereitschaftspolizei und sind dann auch in der Lage, anderen Bundesländern Hilfe angedeihen zu lassen.

Meine Damen und Herren, ich will das Thema „Extremismus“ an der Stelle verlassen. Wir haben in der letzten Landtagssitzung ausführlich darüber gesprochen.

Opferschutz ist nicht mehr Bestandteil dieses Berichts. Der zweite Opferschutzbericht wird derzeit erstellt. Aber natürlich ist auch die rheinland-pfälzische Polizei in dieser Situation immer sehr bemüht, sehr eng an der Seite der Opfer zu stehen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Kriminalprävention, Prävention insgesamt ist für uns sehr wichtig, weil wir dort sehr eng und sehr gut mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land zusammenarbeiten können. Hier sei als Beispiel nur auf die 106 Kriminalpräventiven Räte verwiesen. Im Berichtszeitraum im Oktober 2009 hat die Stiftung Kriminalprävention, die Bundesstiftung in Münster, diese rheinland-pfälzische Kampagne „Wer nichts tut, macht mit“ mit dem Deutschen Förderpreis Kriminalprävention 2009 ausgezeichnet, ein Preis, auf den wir alle sehr stolz sein dürfen. Es gibt weitere Beispiele und Projekte, Erlebnisaktion, Spaß und Information.

Wir können die schulischen Präventionsmaßnahmen nennen. Da will ich mit einer Zahl argumentieren. Mit dem 1994 neu geschaffenen Haushaltstitel „Maßnahmen zur Gewaltprävention in den Schulen“ hat die Landesregierung ihre Präventionsarbeit kontinuierlich verstärkt. Seit 1994 stehen Haushaltsmittel zur Verfügung. 2007 waren es 103.000 Euro, 2008 109.000 Euro und 2009 117.000 Euro. Also auch an der Stelle ein Beleg dafür, dass wir versuchen, die Möglichkeiten, Prävention in den Schulen gemeinsam mit dem Bildungsministerium zu betreiben, sehr ernst zu nehmen und mit den notwendigen Mitteln ausstatten.

Medienkompetenz, Sensibilisierung für die Gefahren im Netz, Verbraucherschutz und Bekämpfung strafbarer oder jugendgefährdender Inhalte im Internet will ich exemplarisch nennen. Auch hier arbeiten wir sehr eng mit Organisationen wie jugendschutz.net oder der Verbraucherzentrale zusammen.

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, dass die Sicherheitsarchitektur in Rheinland-Pfalz eine sehr gute ist, die sich im Bundesvergleich mehr als sehen lassen kann. Wir können mit allen, die an der Inneren Sicherheit im Lande Rheinland-Pfalz mitwirken, insbesondere – darum geht es heute – mit der Arbeit unserer Polizei, sehr zufrieden sein.

Ich möchte mich sehr herzlich dafür bedanken, dass die Damen und Herren Mitglieder des Landtags regelmäßig die Polizeieinrichtungen besuchen, bei Übungsmöglichkeiten der Polizei dabei sind, aber auch bei Einsätzen. Ich habe eben einen genannt. Ich könnte andere nennen. Ich habe den Arbeitskreis Innen der CDU-Landtagsfraktion auf dem Nürburgring getroffen und den SPD-Innenarbeitskreis mehrfach selbst begleiten dürfen.

Herrn Auler habe ich bei Polizeiveranstaltungen getroffen.

Also das tut unserer Polizei gut. Wir sind Ihnen sehr dankbar.

Ich glaube, dieser Bericht zeigt, dass wir in einem sehr sicheren Land leben. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Polizei so motiviert ist wie Sie sie, Herr Auler, Herr Hüttner, beschrieben haben, und dass die Innere Sicherheit auf diesem Niveau auch weiter bleiben wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und des Abg. Auler, FDP)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Der Bericht ist mit seiner Besprechung erledigt.

Ich darf Sie, bevor ich Punkt 20 der Tagesordnung aufrufe, der ohne Aussprache an den Ausschuss überwiesen werden soll, darum bitten, noch zwei, drei Minuten dazubleiben, weil unser langjähriger Mitarbeiter, der für das Parlamentsekretariat zuständig ist, Klaus-Dieter Steinmetz, heute zum letzten Mal an dieser Sitzung teilnimmt. Dazu möchte ich noch ein paar Sätze sagen.

Ich rufe **Punkt 20** der Tagesordnung auf:

**Tierschutzbericht 2008/2009  
Besprechung des Berichts der Landesregierung  
(Drucksache 15/4538)  
auf Antrag der Fraktion der SPD  
– Drucksache 15/4590 –**

Es ist vorgesehen, den Bericht an den Ausschuss zu überweisen. – Dagegen gibt es von Ihrer Seite aus keine Bedenken. Damit wären wir eigentlich am Ende unserer heutigen Sitzung, aber ich habe darauf hingewiesen,

dass Ministerialrat Klaus-Dieter Steinmetz heute die letzte Sitzung mit uns verbringt.

Herr Steinmetz gehört der Landtagsverwaltung seit dem 19. Mai 1970, also 40 Jahre, an. Er wurde 1979 zum Leiter des Parlamentssekretariats ernannt und 1994 über den Verwendungsaufstieg in den höheren Dienst übernommen.

Herr Steinmetz hat in diesen 40 Jahren 870 Plenarsitzungen vorbereitet.

(Beifall im Hause)

Es wird heute wohl seine letzte sein.

Er hat insgesamt zwölf Ministerpräsidentenwahlen vorbereitet und sorgte dafür, dass ein reibungsloser Ablauf gewährleistet war. Er hat eigentlich an allen Wahlen der Ministerpräsidenten mitgewirkt, außer der von Peter Altmeier.

Udenkbar sind aber auch die 26 Landtagsfastnachtsitzungen gewesen,

(Beifall im Hause)

in denen er zweifelsohne mit seiner Frohnatur und mit scharfer Zunge anheizt und auch eine politische Bühne verschafft. Es ist die einzige Sitzung in dieser Form in Deutschland und war auch immer Teil im Fernsehen, also wenn Sie so wollen „Mainz wie es singt und lacht“ aus dem Landtag auch im Fernsehen.

25 Jahre gehörte er dem Personalrat an. Er war davon 21 Jahre Personalratsvorsitzender. Wie ich erlebt habe und wie ich mir sagen ließ, war er jemand, der sich immer für die Interessen des Personals eingesetzt, auf der anderen Seite aber auch vertrauensvoll mit seinem Arbeitgeber, also mit der Landtagsverwaltung, zusammengearbeitet hat und da auch die Probleme gesehen hat.

Seine freundliche und umgängliche Art hat dazu geführt, dass insbesondere auch das Personal nicht zu kurz kam.

Herr Steinmetz vollendet am 17. September sein 65. Lebensjahr. Man glaubt es kaum, aber es ist so. Er wird mit dem Ablauf des Monats September ausscheiden, aber heute, wie gesagt, war und ist seine letzte Sitzung.

Ich glaube, das darf ich sagen, er hat ein Stück Geschichte in Rheinland-Pfalz mitgeschrieben. Als Chef des Parlamentssekretariats hat man ja immer die Zügel in der Hand. Ich kann mich entsinnen, er war auch immer wieder bemüht, dass keine Fehler passieren. Im Gespräch hat er immer wieder geäußert, es darf nichts schiefgehen. Es hat auch zum überwiegenden Teil geklappt.

Lieber Herr Steinmetz, deshalb herzlichen Dank und insbesondere der Dank des gesamten Hohen Hauses. Wir werden Sie zweifelsohne ein Stück vermissen, Ihre Art, wie Sie herummarschiert sind und geschaut haben, dass es funktioniert.

Eine interne Verabschiedung wird noch erfolgen. Ich denke, da wird der Landtag, zumindest die Spitze, eingeladen sein.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung angelangt. Die nächste Plenarsitzung

nach den Sommerferien ist am Mittwoch, den 8. September um 14:00 Uhr.

Ich darf Ihnen allen einen schönen und geruhsamen Urlaub und einige ruhige Tage wünschen.

Ende der Sitzung: 13:24 Uhr.

**A n l a g e**

**Anlage**

**Namentliche Abstimmung**

**Antrag der Fraktion der SPD „Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Verwendung und den Umgang der CDU-Fraktion mit Fraktionsgeldern, den vom Landesrechnungshof festgestellten Unstimmigkeiten und der politischen Verantwortung hierfür“ – Drucksache 15/4687 –**

		45. Krell, Dr. Matthias (SPD)	ja
		46. Kuhn, Werner (FDP)	nein
		47. Kützing, Dr. Lars (SPD)	ja
		48. Lammert, Matthias (CDU)	nein
		49. Lang, Bernd (SPD)	ja
		50. Langner, David (SPD)	ja
		51. Leppla, Ruth (SPD)	ja
		52. Licht, Alexander (CDU)	nein
		53. Maximini, Alfons (SPD)	ja
		54. Mertes, Joachim (SPD)	ja
		55. Mertin, Herbert (FDP)	nein
		56. Meurer, Elfriede (CDU)	nein
		57. Mittrücker, Dr. Norbert (CDU)	nein
		58. Mohr, Margit (SPD)	ja
		59. Morsblech, Nicole (FDP)	nein
		60. Noss, Hans Jürgen (SPD)	ja
		61. Pepper, Renate (SPD)	ja
		62. Pörksen, Carsten (SPD)	ja
		63. Puchtler, Frank (SPD)	ja
		64. Raab, Heike (SPD)	ja
		65. Ramsauer, Günther (SPD)	ja
		66. Rosenbauer, Dr. Josef (CDU)	nein
		67. Sahler-Fesel, Ingeborg (SPD)	ja
		68. Scharfenberger, Heike (SPD)	ja
		69. Schäfer, Dorothea (CDU)	nein
		70. Schellhaaß, Uta (FDP)	nein
		71. Schleicher-Rothmund, Barbara (SPD)	ja
		72. Schmidt, Ulla (CDU)	nein
		73. Schmitt, Arnold (CDU)	nein
		74. Schmitt, Astrid (SPD)	ja
		75. Schmitz, Dr. Peter (FDP)	nein
		76. Schnabel, Heinz-Hermann (CDU)	nein
		77. Schneider, Christine (CDU)	nein
		78. Schneiders, Herbert (CDU)	nein
		79. Schreiner, Gerd (CDU)	nein
		80. Schwarz, Wolfgang (SPD)	ja
		81. Schweitzer, Harald (SPD)	ja
		82. Seekatz, Ralf (CDU)	nein
		83. Siegrist, Hiltrun (SPD)	ja
		84. Sippel, Heiko (SPD)	ja
		85. Spurzem, Anne (SPD)	ja
		86. Stretz, Norbert (SPD)	ja
		87. Strutz, Walter (FDP)	nein
		88. Thelen, Hedi (CDU)	nein
		89. Wagner, Rita (FDP)	nein
		90. Wansch, Thomas (SPD)	ja
		91. Wehner, Thorsten (SPD)	ja
		92. Weiland, Dr. Adolf (CDU)	nein
		93. Weiner, Thomas (CDU)	nein
		94. Wilke, Dr. Axel (CDU)	nein
		95. Winter, Fredi (SPD)	ja
		96. Wirz, Walter (CDU)	nein
		<b>Abstimmungsergebnis:</b>	
1. Adams, Bertrand (CDU)	nein	Abgegebene Stimmen	96
2. Ahnen, Doris (SPD)	ja	Ja	50
3. Altherr, Dr. Walter (CDU)	nein	Nein	46
4. Anklam-Trapp, Kathrin (SPD)	ja	Enthaltungen	0
5. Auler, Thomas (FDP)	nein		
6. Baldauf, Christian (CDU)	nein		
7. Bauckhage, Hans-Artur (FDP)	nein		
8. Beck, Kurt (SPD)	ja		
9. Beilstein, Anke (CDU)	nein		
10. Born-Siebicke, Dr. Gisela (CDU)	nein		
11. Bracht, Hans-Josef (CDU)	nein		
12. Brandl, Martin (CDU)	nein		
13. Brede-Hoffmann, Ulla (SPD)	ja		
14. Brück, Bettina (SPD)	ja		
15. Conrad, Margit (SPD)	ja		
16. Dickes, Bettina (CDU)	nein		
17. Dötsch, Josef (CDU)	nein		
18. Dreyer, Malu (SPD)	ja		
19. Dröscher, Peter Wilhelm (SPD)	ja		
20. Ebli, Friederike (SPD)	ja		
21. Elsner, Petra (SPD)	ja		
22. Enders, Dr. Peter (CDU)	nein		
23. Ernst, Guido (CDU)	nein		
24. Eymael, Günter (FDP)	nein		
25. Fink, Monika (SPD)	ja		
26. Fuhr, Alexander (SPD)	ja		
27. Fürst, Irmgard (SPD)	ja		
28. Geis, Manfred (SPD)	ja		
29. Günther, Thomas (CDU)	nein		
30. Guth, Jens (SPD)	ja		
31. Haller, Martin (SPD)	ja		
32. Hartloff, Jochen (SPD)	ja		
33. Hayn, Brigitte (CDU)	nein		
34. Heinrich, Heribert (SPD)	ja		
35. Henter, Bernhard (CDU)	nein		
36. Hering, Hendrik (SPD)	ja		
37. Hoch, Clemens (SPD)	ja		
38. Hörter, Michael (CDU)	nein		
39. Huth-Haage, Simone (CDU)	nein		
40. Hüttner, Michael (SPD)	ja		
41. Keller, Josef (CDU)	nein		
42. Kessel, Adolf (CDU)	nein		
43. Klee, Stefan (SPD)	ja		
44. Klöckner, Dieter (SPD)	ja		